

Bericht

Konferenz der irischen EU- Präsidentschaft



www.eu2004.ie

Teilhabe von Armut betroffener Menschen *“Teilhabe ist keine Einbahnstraße”*

**3. Europäische Tagung von Armut
betroffener Menschen
Palais d’Egmont, Brüssel,
28. – 29. Mai 2004**

Organisiert mit Unterstützung von

Europäische Kommission

Abteilung Armutsbekämpfung, Öffentlicher Sozialschutzdienst, Belgien

Und mit Hilfe von

Europäisches Netzwerk zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung (EAPN)

EAPN

Rue du Congres 37-41

B 1000 Brüssel

Dieser Bericht liegt in gedruckter Form in englischer und französischer Sprache vor.

In elektronischem Format ist er in folgenden Sprachen verfügbar: Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Finnisch, Griechisch, Holländisch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch, Schwedisch, Spanisch, und Ungarisch.

Der Bericht kann von der Website des EAPN unter www.eapn.org heruntergeladen werden.

Deutsche Übersetzung:

Elisabeth Frank-Großebner, Wien

Christa Zeller Thomas, Ottawa

Dank

Projektkoordination: Micheline Gerondal

Berichterstellung und Meinungsumfrage: Margo Gorman

Photographie: Mathias Horemans

Vorwort der irischen Präsidentschaft

Eine der größten Herausforderungen, die die Mitgliedstaaten beim Gipfel des Europäischen Rates in Lissabon im Jahr 2000 übernommen haben, war bis 2010 „die Beseitigung von Armut entscheidend voranzubringen“. Langfristig gesehen ist das Gesamtziel, die Armut nicht nur zu reduzieren, sondern sie auszumerzen. Zur Erreichung dieses Ziels sollen bis zum Jahr 2010 entscheidende Fortschritte gemacht werden. Zu diesen kann nicht nur die verbesserte einzelstaatliche Fürsorge für von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen zählen, sondern auch grundlegendere Initiativen, die die Gründe für die in Europa weiterhin bestehende Armut und soziale Ausgrenzung direkt bekämpfen, sowie gezielte Anstrengungen zur Beseitigung von Armut.

Die Mitgliedstaaten unternehmen in Form der Methode der offenen Koordinierung gemeinsame Bemühungen, diesen Herausforderungen durch ihre nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu begegnen. Dabei ist klar, dass zur Beseitigung von Armut nicht nur Maßnahmen und das Engagement der Regierungen, sondern auch Schritte von Seiten der Gesellschaft, einschließlich aller wichtigen Interessensgruppen, erforderlich sind. Ein Konsultationsprozess ist somit notwendig.

Eine eindeutig wichtige Interessensgruppe in diesem Zusammenhang sind die von Armut Betroffenen. Schließlich sind sie es, die die Auswirkungen von Armut erleben und unter diesen leiden, und die aus dieser Erfahrung wertvolle Einblicke in die Gründe für Armut, wie man sie am besten beseitigt, und welche Prioritäten gesetzt werden sollen, gewinnen.

Die irische Präsidentschaft hat daher mit Freude auf EU-Ebene die Beratungen mit dieser wichtigen Interessensgruppe vorangetrieben und als Gastgeberin der dritten Tagung von Armut betroffener Menschen, am 28. und 29. Mai 2004, fungiert. Die Europäische Kommission, die belgische Regierung und das Europäische Netzwerk zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung (EAPN) haben Unterstützung bzw. Hilfe geboten.

Ich möchte allen Beteiligten recht herzlich für ihre großartige Unterstützung bei der Organisation dieser Tagung und insbesondere allen TeilnehmerInnen für ihre Bemühungen danken, die Tagung zu einem Erfolg zu machen. Ein ganz besonderes Dankeschön geht an die TeilnehmerInnen aus den neuen Mitgliedstaaten, da diese Tagung die erste dieser Art in der erweiterten Union war. Sie haben eine neue Dimension in die Diskussionen eingebracht und durch ihren Beitrag den Vorsatz, die Beseitigung von Armut auch weiterhin als eine der Hauptprioritäten der Europäischen Union sicherzustellen, weiter bestärkt.

Das Thema der Tagung - „Participation is a two way street / Teilhabe ist keine Einbahnstraße“ – war der hohe Stellenwert, der der aktiven Einbeziehung der von Armut betroffenen Menschen von Seiten der Regierungen auf nationaler und EU-Ebene zukommt, wobei ihren Bedenken und Anträgen beim Entwurf von

Politiken voll Rechnung zu tragen ist. Der Wortlaut der Botschaft der irischen Präsidentschaft an den Ministerrat von 1. – 2. Juni 2004, die die Ergebnisse der Diskussionen zu diesem Thema reflektiert, ist in diesem Bericht wiedergegeben.

Generell bietet der Bericht eine hervorragende Bilanz der Konferenzverfahren und wir hoffen, dass von Armut betroffene Menschen und jene, die im Bereich der Armutsbekämpfung arbeiten, sowie Regierungen und alle anderen wichtigen Interessensgruppen in der gesamten Europäischen Union, breiten Zugriff darauf haben werden.

Das von Marie-Jose JACOBS, der Ministerin für Familie, soziale Solidarität und Jugend von Luxemburg, gegebene Versprechen, die luxemburgische Präsidentschaft werde im nächsten Jahr als Gastgeberin der Tagung fungieren, nehme ich gerne an. Es sollte mit dazu beitragen, die Weiterführung dieser Tagung als wichtige jährliche Veranstaltung im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung sicherzustellen.

MARY COUGHLAN TD
Ministerin für Familie und Soziales

Anmerkung: Inzwischen hat Mary Coughlan andere ministerielle Aufgaben übernommen. Derzeitiger Minister für Familie und Soziales ist Seamus Brennan TD.

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einführung

Hintergrund

Überlegungen des Vorsitzenden

Botschaft der irischen Präsidentschaft an den Ministerrat,
Juni 2004

Teil 2: Konferenzbericht

Eröffnungspenarsitzung

Erfahrungsaustausch: Berichte aus den Arbeitsgruppen

Dialog zwischen TeilnehmerInnen und Podium

Schlussbemerkungen

Reflektion: Von der Theorie zur Praxis

Teil 3: Meinungsumfrage

Fragebogen

Beispiele

Anhang I: Programm

Anhang II: TeilnehmerInnenliste

Teil 1: Einführung

Hintergrund

Der Europäische Rat von Lissabon (2000) einigte sich auf eine EU-Strategie mit dem Ziel, bis zum Jahr 2010 die Beseitigung von Armut in den Ländern der Europäischen Union entscheidend voranzubringen. Der Europäische Rat von Nizza (Dezember 2000) einigte sich auf gemeinsame Ziele für diese Strategie, von denen eines die Mobilisierung aller Akteure ist – einschließlich der Menschen, die von Armut betroffen sind – und sie in die Einzelaspekte der Strategie einzubeziehen.

In Reaktion darauf organisierte die belgische Präsidentschaft (2001) eine europäische Tagung von Armut und Ausgrenzung bedrohter Menschen. Eine ähnliche Initiative unter der griechischen Präsidentschaft der Europäischen Union folgte im Jahr 2003. Diese Tagungen bestärkten, wie wichtig es ist, die von Armut Betroffenen in den Prozess einzubeziehen und demonstrierten, dass durch eine derartige Einbeziehung die Standards für den Entscheidungs- und Durchsetzungsprozess gehoben werden. In Weiterführung dieses Prozesses organisierte die irische Präsidentschaft (2004) diese dritte europäische Tagung von Armut Betroffener in den EU-Ländern mit Unterstützung der Europäischen Kommission und der belgischen Regierung. Das Europäische Netzwerk zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung (EAPN) bot technische und logistische Hilfe bei der Organisation dieser Tagungen.

Diese dritte europäische Tagung von Armut Betroffener fand kurz nach der offiziellen Erweiterung der EU statt. Die irische Präsidentschaft hieß Delegationen aus den neuen Mitgliedstaaten der EU, die zum ersten Mal an dem Treffen teilnahmen, herzlich willkommen. Diese Entwicklung bot eine wichtige Gelegenheit für den Aufbau neuer Beziehungen und die Einflechtung neuer Einblicke und Ansätze in den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Der Bericht der griechischen Präsidentschaft über die zweite europäische Tagung von Armut und Ausgrenzung Betroffener im Juni 2003 an den Rat für Beschäftigung und Soziales enthielt den Antrag, dass: *„Die Mitgliedstaaten ihre Bemühungen verstärken, die Teilhabe der von Armut Betroffenen auf allen Ebenen zu fördern und strukturelle Netzwerke zu entwickeln.“* Das Ziel der dritten Tagung war:

„Weitere Möglichkeiten zur Förderung der Teilhabe durch von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen auf allen Ebenen zu fördern und zu stärken und die nötigen strukturellen Netzwerke zur Erleichterung dieser Einbeziehung zu entwickeln.“

Zur Förderung dieses Ziels beschloss die irische Präsidentschaft, mit Kooperation des Ausschusses des Programms zur Sozialen Integration und des

EAPN, eine Meinungsumfrage zur Erhebung von Informationen über das Ausmaß an Unterstützung für ein derartiges strukturelles Netzwerk durchzuführen. Die Umfrage war an Informationen zu Mechanismen, welche die von Armut Betroffenen zur Teilnahme anregen, interessiert sowie an Informationen dazu, ob diese bei dem Entwurf der nationalen Aktionspläne für soziale Integration, die für die Einbeziehungsstrategie der EU von zentraler Bedeutung sind, nützlich waren. Mitglieder des Ausschusses des Programms zur Sozialen Integration der Europäischen Kommission und des EAPN sammelten die Antworten auf nationaler Ebene. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind in Teil 3 des vorliegenden Berichts zu finden.

Die Delegationen der verschiedenen Länder hatten vor Abhalten der dritten Tagung Gelegenheit zu einem Treffen, um ihren Beitrag für die dritte Tagung vorzubereiten. Dies bot die Möglichkeit, Fragen und Themen zu entwickeln, die sich aus der jeweiligen lokalen und nationalen Erfahrung ergeben. Diese Fragen aus dem Erfahrungsbereich und der Analyse von Menschen, die direkt von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, sorgten in der dritten Tagung für regen Dialog.

Die Mehrheit der TeilnehmerInnen an der Konferenz sind von der Realität der Armut und Ausgrenzung konfrontiert und haben begonnen, gemeinsam mit anderen in dem Versuch zusammenzuarbeiten, ihre eigene Situation und die ihrer Familie und ihrer Gemeinschaften zu verbessern. Andere TeilnehmerInnen waren Vertreter von nicht-staatlichen Organisationen (NROs), die sich mit der Armutsbekämpfung befassen, und SozialarbeiterInnen an der vordersten Front. Ebenfalls stark vertreten waren EU-Institutionen und Mitglieder des Ausschusses für Sozialschutz und des Ausschusses des Programms zur Sozialen Integration.

Die europäische Tagung von Armut und Ausgrenzung betroffener Menschen ersetzt nicht die Arbeit der vielen Organisationen und Netzwerke, die zum Schutze der Interessen der von Armut und Ausgrenzung Betroffenen existieren. Sie stellt vielmehr die Erkenntnis auf Ebene der Präsidentschaft der EU dar, dass die ‚Stimme‘ der von Armut und Ausgrenzung Betroffenen wichtig ist, und veranschaulicht ihre Bedeutung im gemeinsamen Einsatz mit strukturellen Netzwerken, die ihr gesellschaftliches Engagement erleichtern.

Überlegungen des Vorsitzenden

Die drei Europäischen Tagungen von Armut betroffener Menschen haben die BürgerInnen Europas von ganz unten nach ganz oben gebracht, von der Peripherie ins Zentrum, aus den Hochhauswohnungen, Lagern und Heimen, den Seitengassen, vergessenen Dörfern und einsamen Orten in ein Palais, das Palais d'Egmont, wo sonst Staatsmänner zusammentreffen. Sie stehen damit für einen Prozess mit revolutionärem Potenzial. Die dritte Tagung im Mai 2004 zeigte, wieviel Fortschritt seit den ersten beiden gemacht wurde, und doch auch, wie viel mehr noch erreicht werden könnte.

Was habe ich mir im Vorfeld erwartet? Ich hatte über die lange Geschichte der Armut als politische Fragestellung in ganz Europa nachgedacht: die Armenrechtssysteme, die Untersuchungen und Untersuchungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts, die zunehmende Bedeutung des Sozialstaates ab der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, später dann die Entdeckung der Lücken im Wohlfahrtsnetz, die Wiederentdeckung der Armut in den Anfangsjahren der europäischen Integration, den frühen 1960er Jahren. Der Vertrag von Rom, mit dem die europäische Integration begann, erwähnte weder Armut noch soziale Ausgrenzung, aber die Verschlechterung der Wirtschaftslage und die „Krise des Sozialstaates“ in den 1970er Jahren machten es wahrscheinlich unumgänglich für die EU, das Problem als solches anzuerkennen und etwas dagegen zu tun.

In den 1970er Jahren stand die Armut nur in wenigen Ländern auf der nationalen Tagesordnung. Seither steht sie dort in der Mehrzahl der Länder und mit den Jahren haben Armut bzw. soziale Ausgrenzung auf der europäischen Agenda zunehmend Bedeutung erlangt. Das ist der Initiative und Hartnäckigkeit von Schlüsselpersonen im Zentrum des EU-Projekts zu verdanken. Für die Mitgliedstaaten der EU und vielleicht auch für andere Länder spielten die EU-Institutionen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, dass Armut thematisiert und Maßnahmen ergriffen werden, sodass langsam, aber sicher Fortschritte gemacht werden.

Die drei europäischen „Armutsprogramme“ standen am Anfang dieser Entwicklung. Dem Zeitgeist entsprechend schienen die ersten beiden in den 1970er und 1980er Jahren in beträchtlichem Maß das Hauptaugenmerk auf Verbesserungen zu legen, bei denen die Hauptlast auf die lokalen Handlungsträgern und von Armut betroffenen Menschen selbst abgewälzt wurde. Das Problem stellte sich als Mangel an Koordination (nationaler und lokaler Maßnahmen und Leistungen) dar, als Lösung galt die Mobilisierung auf lokaler Ebene, einschließlich der Beteiligung von Armut betroffener Menschen; die Kosten entsprachen bescheidenen Zuschüssen. Mit Fortschreiten der 1980er Jahre führten die Entdeckung der „neuen Armut“ – eine Bedrohung für die Exponierteren in der sonst sorgenfrei lebenden Mehrheit – und die Erkenntnis, dass die Schaffung des Binnenmarktes und die Sanierung der Industrie ihre

sozialen Nachteile hatte, zu einem Gesinnungswandel. Das Jahr 1989 war ein Wendepunkt in der Politik in Mittel- und Osteuropa: in einem historischen Moment überwand „die Macht der Menschen“ die staatliche Kontrolle. Dieses Jahr war auch ein Wendepunkt in der Sozialpolitik der EU. Der neue Begriff lautete „soziale Ausgrenzung“ und das Scheinwerferlicht richtete sich auf die nationale Politik und ihre Unfähigkeit, soziale Ausgrenzung zu verhindern. Im dritten EU-Programm, Armut III, verschob sich das Schwergewicht zur Rolle der staatlichen Stellen auf regionaler und lokaler Ebene und die Art, in der sie in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern koordinierte und wirkungsvolle Aktionen und Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung in die Wege leiten könnten und sollten. Der Ball wurde damit den Mitgliedsstaaten zugespielt.

Nach Armut III gab es eine Unterbrechung des Prozesses: Die Zuständigkeit der EU im Zusammenhang mit der Frage der Armut wurde in Frage gestellt. Dieses Problem wurde mit dem Vertrag von Amsterdam 1997 gelöst, als dieser es dem Europäischen Rat offiziell gestattete, die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Bezug auf „soziale Ausgrenzung“ zu fördern. Das eröffnete die Möglichkeit, beim Rat von Lissabon 2000 das Ziel, die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen und größeren sozialen Zusammenhang zu erreichen, zu verabschieden, und beim Rat von Nizza im selben Jahr eine neue Politik zu beschließen (NAPs/Einschließung), um den Mitgliedstaaten Anreize zu geben, sich der Frage der sozialen Einschließung über einen proaktiven, gezielten und umfassenden Ansatz zu stellen. Im folgenden Jahr, 2001, begann dieser EU-weite Prozess, und im selben Jahr fand die erste Europäische Tagung von Armut betroffener Menschen statt.

Im Verlauf von dreißig Jahren haben sich „von Armut betroffene Menschen“ in europäischen Ländern also von **Objekten** von bzw. Teilnehmern an lokalen Armutsprojekten zu **Subjekten**, also gleichberechtigten Beteiligten an Konferenzen zu nationaler und europäischer Armutsbekämpfungspolitik auf EU-Ebene entwickelt.

Es war mir eine Ehre, den Vorsitz bei der dritten Europäischen Tagung von Armut betroffener Menschen zu führen. Es war mir eine Ehre, vor, während und nach der Tagung mit der irischen Präsidentschaft und den unentwegten VertreterInnen des Organisationskomitees unter der Führung des EAPN zusammenzuarbeiten, die große Anstrengungen unternahmen, um alles in bester Weise für die TeilnehmerInnen zu organisieren. Es war mir eine Ehre, die Minister Irlands, Belgiens und Luxemburgs und die VertreterInnen der Kommission kennenzulernen, die ihr persönliches Engagement für Konsultation und Dialog über Armut auf europäischer Ebene bewiesen. Es war mir eine besondere Ehre, die TeilnehmerInnen kennenzulernen. Sie tauschten miteinander und mit den OrganisatorInnen und Gästen ihre Erfahrungen und Ängste aus, sie erzählten, was sie durchgemacht und gelernt hatten, zeigten uns, was sie uns lehren können und was wir von ihnen über Armut und das, was dagegen getan werden kann und soll, lernen können.

Für mich hatte diese Tagung drei Hauptthemen, die jeweils für bereits Erreichtes und noch zu erfüllende Zusagen stehen; sie entsprechen drei Aktionsebenen:

- 1) Validierung der Erfahrungen und Ansichten von Menschen, die selbst von Armut betroffen sind:

Persönliche Erfahrung: Wie gut auch immer die Absichten und der Informationsstand der PolitikerInnen sein mag, sie können keine Politiken, Programme und praktischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung entwickeln, wenn sie nicht wissen, wie es ist, wenn man arm ist. Nur die Armen selbst können ihnen das sagen. Die Europäischen Tagungen von Armut betroffener Menschen zeigen, dass dies möglich ist. Bei der jüngsten Tagung haben wir sehr plastische Darstellungen vieler Aspekte der Armut in ihren heutigen Formen gehört. Es gibt immer wieder neue Fragestellungen. Erwähnt wurden die Implikationen offener Märkte, weniger Verständnis bei den öffentlichen Stellen, bei den Versorgungsbetrieben (Wasser, Strom). Mangelnder Zugang zu Informationstechnologie ist eine neue Form der Armut bei Kindern. Wir hörten auch über die grenzüberschreitende Verschleppung und Ausbeutung junger Menschen, ein neuer, verwerflicher europäischer Markt für Menschenhandel. Es gab jedoch auch Geschichten über gute Entwicklungen, Initiativen, die die Armen selbst und diejenigen, die ihnen zur Seite stehen, ergreifen, um ihren Rechten und Wahlmöglichkeiten zum Durchbruch zu verhelfen.

- 2) Offizielle Vorkehrungen für die Beteiligung Armer am politischen Gestaltungsprozess auf nationaler Ebene:

Konsultation auf nationaler Ebene: Die in diesen Bericht aufgenommene Studie zeigt, dass es eine breite Palette von Mechanismen gibt, mit denen die Beteiligung „armer“ Menschen am politischen Gestaltungsprozess auf nationaler Ebene gefördert wird. Die anwesenden Minister berichteten über Initiativen in ihren jeweiligen Ländern, die es dem Staat ermöglichen sollen, die Stimmen von unten zu hören. Die Botschaften, die von dort kommen, können in die nationale Planung einfließen und bei Tagungen des Europäischen Rates diskutiert und in Maßnahmen umgesetzt werden. Die Terminologie und die Konsultationssysteme sind von Land zu Land anders. In Irland und Belgien gibt es „Partnerschaftsabkommen“, auf Grund derer die Organisationen der und für die Armen einen Platz unter den ursprünglichen „Sozialpartnern“ haben. In Luxemburg haben die NROs das Recht errungen, im *Conseil Supérieur* anwesend zu sein, in Frankreich gibt es seit 1998 einen *Conseil National de Lutte contre les Exclusions* und in diesem Jahr bildete eine Mitteilung an die Öffentlichkeit über den Kampf gegen Ausgrenzung Teil des französischen NAP. In Dänemark besteht ein „Rat für gefährdete Gruppen“. Diese Initiativen könnten als Vorbild für viele weitere Länder dienen.

Für die Tagungsteilnehmer sind jedoch alle diese Konsultationssysteme problematisch. Manchmal dient der Konsumentenschutz den Bedürfnissen der Bessergestellten, nicht der Armen; auch Konsultationsprozesse zum Sozialschutz können zu Verbesserungen führen, die jenen mit stärkeren Interessen zu Gute kommen, nicht denen, denen es am schlechtesten geht. In welchem Ausmaß verschaffen sich einzelne von Armut betroffene Menschen im Vergleich zu Armutsorganisationen Gehör? Und wie groß ist die Toleranz gegenüber Aktivisten und „Unruhestiftern“, auch wenn sie einen guten Zweck verfolgen?

Was auch immer noch damit verbunden sein mag, die nationalen Kommunikations- und Konsultationsmechanismen und die Verbindungen zu den nationalen Regierungen bieten Instrumente, um Verbindungen zwischen den von Armut betroffenen Menschen und den europäischen Systemen der politischen Gestaltung zu schaffen. Die Regierungen sind die wichtigsten Akteure auf der europäischen Bühne.

3) Weiterer Handlungsbedarf auf EU-Ebene:

Aktionen seitens der EU: Wie bereits eingangs angedeutet, ist die Arbeit der EU-Institutionen, oder zumindest jener, die mit sozialen Fragen beschäftigt sind, im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung lobenswert und fortschrittlich und hat die Entwicklungen auf nationaler Ebene beeinflusst. Europäische Initiativen gegen soziale Ausgrenzung werden von den bestehenden Verträgen zugelassen und sind im Entwurf der europäischen Verfassung vorgesehen. Die Methode der offenen Koordinierung, wie sie sich in den Nationalen Aktionsplänen zur sozialen Integration niederschlägt, beginnt für die Armen in ganz Europa bereits Früchte zu tragen. Allerdings – und das ist eine große Einschränkung – sind die wichtigsten Anliegen der EU wirtschaftlicher Natur und wie die Dinge stehen, stehen soziale Anliegen an zweiter Stelle. Daher sind nicht nur die Armen im Nachteil, auch die Sozialminister agieren auf nationaler und europäischer Ebene von einer schlechteren Ausgangsposition aus. Trotz der Spannungen zwischen Politik und Sozialbewegungen müssen Aktivisten und Politiker koexistieren. Es ist deshalb im Interesse der von Armut Betroffenen, dass jene Regierungsmitglieder, die für das Problem der Armut zuständig sind, im Wettbewerb mit anderen Ministern, deren Aufgaben andere sind, gestärkt werden. Das ist der Grund, weshalb soziale Reformen so kompliziert sind: die Reformer in der Politik sind in der Zwickmühle. Die bei unserer Tagung anwesenden Minister versprochen, die Botschaften der Tagungsteilnehmer dem Europäischen Rat vorzutragen und bei ihren eigenen Regierungen und im Rat auf weitere Veränderungen zu drängen.

Uns bleibt nur zu hoffen, dass jene, die scheinbar in verschiedenen Richtungen unterwegs sind, umso eher gemeinsame Sache machen, je mehr diese Straße

der politischen Konsultation und Diskussion über Armut – die eben keine Einbahnstraße sein darf – frequentiert wird. Wenn dies eintreten soll, so müssen wir weiteren Europäischen Tagung von Armut betroffener Menschen entgegensehen.

Séamus Ó Cinnéide
Jean Monnet-Professor für europäische Sozialpolitik
National University of Ireland, Maynooth

Botschaft der irischen Präsidentschaft an den Ministerrat, Juni 2004

Die irische Präsidentschaft hat mit Unterstützung der Europäischen Kommission und in Zusammenarbeit mit der belgischen Regierung und des Europäischen Netzwerks zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung (EAPN) die dritte europäische Tagung von Armut betroffener Menschen organisiert, die am 28. und 29. Mai 2004 in Brüssel stattfand. Folgende Schlüsselbotschaften sind aus der Tagung hervorgegangen:

Im Kontext der Anstrengungen von Seiten der Mitgliedstaaten zur Realisierung der in Lissabon gesetzten Ziele, die Beseitigung von Armut entscheidend voranzubringen und größeren sozialen Zusammenhalt zu erreichen, lässt sich zunehmend wirksame Teilhabe der von Armut Betroffenen beobachten. In dieser Hinsicht gibt es zahlreiche Beispiele guter Praxis („good practice“) in allen Mitgliedstaaten.

Die Priorität nunmehr ist, diesen Prozess zu erweitern und zu vertiefen:

1. Die Umsetzung und Weiterentwicklung der nationalen Aktionspläne für soziale Integration (NAPs/Integration) ist ein zentraler Aspekt dieses Prozesses. Dank dieser Pläne ist das Thema der Beseitigung von Armut sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene an der Spitze der politischen Agenda geblieben, und die Teilnahme aller Interessensgruppen gewann an Schwung. Die von Armut Betroffenen sind eine wichtige Interessensgruppe in diesem Prozess und müssen daher einbezogen werden.
2. Um erfolgreich zu sein, muss diese Beteiligung gut organisiert sein und über gute Ressourcen verfügen. Sie stellt aufgrund ihres Beitrages zum Erreichen der Ziele der NAPs/Integration und generell größerer sozialer Kohäsion eine Schlüsselinvestition auf sozialer Ebene dar.
3. Teilhabe ist keine Einbahnstraße. Reziprozität von Seiten der Regierungen ist von entscheidender Bedeutung und erfordert Offenheit und wirksame Initiativen, um den gestellten Herausforderungen fortlaufend zu begegnen. Dazu zählt die Teilnahme am Monitoring und an der Evaluierung der Durchsetzung der Pläne, einschließlich des Einsatzes von Indikatoren zur Messung des Fortschritts auf nationaler Ebene und für den Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten. Der Austausch von Informationen, Erfahrung und Verfahrensweisen („best practices“) unter den 25 Mitgliedstaaten ist ein Schlüsselement der Methode der offenen Koordinierung, nicht nur für die Regierungen, sondern für alle Interessensgruppen, insbesondere für von Armut betroffene Menschen. Sie müssen wissen, was zur Beseitigung von Armut getan werden kann, indem die Ergebnisse in anderen Mitgliedstaaten unter Beachtung wirtschaftlicher und anderer Faktoren analysiert werden. Bei der vorgeschlagenen Rationalisierung des Prozesses muss man Sorgfalt

walten lassen, um die Wirksamkeit eines derartigen Austausches politischer Maßnahmen nicht zu reduzieren, sondern zu verbessern.

4. Die Gründe für Armut sind komplex und vielfältig. Die Meinungen und Bedenken der verschiedenen von Armut betroffenen Gruppen müssen in Betracht gezogen werden. Zu den von der Konferenz identifizierten, besonderer Unterstützung bedürftigen Gruppen zählen ImmigrantInnen und ethnische Minderheiten, Opfer von Menschenhandel, besonders Kinder, Menschen, die in Substandardwohnungen leben, Wohnungslose, Behinderte und alleinerziehende Eltern.
5. Die vielschichtige Art der Armut macht Maßnahmen durch eine Reihe von Ministerien erforderlich, darunter jenen für Gesundheit, Bildung, Wohnungswesen, Justiz und Inneres sowie Finanzen.
6. Ein Hauptgrund der Armut für viele ist die Diskriminierung. Von Armut betroffene Menschen befinden sich in einer Position, in der sie die Quellen der Diskriminierung und Möglichkeiten deren Beendigung identifizieren können. Ihre Teilnahme an Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung sollte gefördert und unterstützt werden.

Die irische Präsidentschaft nahm die vorgebrachten Ansichten zur Kenntnis, dass:

- Die Mitgliedstaaten
in Partnerschaft mit allen anderen Interessensgruppen die Teilhabe der von Armut Betroffenen auf allen Ebenen ausbauen und vertiefen sollen, um der Herausforderung, die Beseitigung von Armut entscheidend voranzubringen und größere soziale Kohäsion zu erzielen, gerecht zu werden.
- Die Mitgliedstaaten und die Kommission
sicherstellen sollen, dass von Armut betroffene Menschen eine sinnvolle Rolle im Monitoring und in der Evaluierung der Umsetzung der NAPs/Integration und in der Erarbeitung zukünftiger Pläne erhalten, und dass der Notwendigkeit, diese Teilhabe zu erleichtern, bei der Rationalisierung des Prozesses der offenen Koordinierung voll Rechnung getragen werden muss, insbesondere, was die nationalen Aktionspläne/Integration betrifft.
- Die Europäische Kommission
sicherstellen sollte, dass den Interessen der von Armut Betroffenen in der Debatte um die Zukunft der Strukturfonds und bei der Überprüfung der Sozialpolitischen Agenda voll Rechnung getragen wird.

Die irische Präsidentschaft begrüßt die von Luxemburg bei der Tagung abgegebene Zusage, ein Treffen dieser Art während der luxemburgischen Präsidentschaft im Jahr 2005 in Brüssel vorzusehen, und wiederholt den

Vorschlag der griechischen Präsidentschaft gegenüber dem Ministerrat 2003, die Europäische Kommission und zukünftige EU-Präsidentschaften sollten Vorkehrungen für die Organisation solcher Tagungen als Bestandteil des Jahresarbeitsprogramms (von der Art des jährlichen Round-Table) treffen.

Teil 2: Konferenzbericht

Eröffnungsplenarsitzung

Vorsitzender:

Professor Seamus O' Cinneide, University of Maynooth, Irland

Hauptredner:

- **Gerry Mangan, Vertreter der irischen Präsidentschaft**
- **Maria Arena, Ministerin für soziale Integration, Großstadtpolitik, Chancengleichheit und öffentlichen Dienst, Belgien**
- **Marie-Josée Jacobs, Ministerin für Familie, soziale Solidarität und Jugend, Luxemburg**
- **Odile Quintin, Generaldirektorin für Beschäftigung und Soziales, Europäische Kommission**
- **Isabelle Leborgne, Association Action Partenariat International Economique et Social, Teilnehmerin an der zweiten Tagung**

Der Vorsitzende, **Professor Seamus O' Cinneide**, eröffnete die dritte Tagung im Namen der irischen Präsidentschaft. Er erinnerte die Versammlung an die lange Geschichte der Armutsbekämpfung in Europa,

„In Anbetracht der Dominanz wirtschaftlicher Interessen auf dem Weltmarkt kann man dem Konzept eines sozialen Europa leicht zynisch gegenüberstehen, Europa hat jedoch seit 30 Jahren auf das Problem der Armut hingewiesen und sichergestellt, dass Maßnahmen zur Beseitigung von Armut in ganz Europa gesetzt werden.“

Er hieß die Hauptredner sowie alle TeilnehmerInnen willkommen und ermunterte sie zu einem offenen Dialog und fruchtbaren Austausch während der nächsten Tage.

Gerry Mangan, Vertreter der irischen Präsidentschaft, hieß die TeilnehmerInnen im Namen von **Ministerin Mary Coughlan, T.D., Ministerin für Familie und Soziales**, willkommen, die ihn gebeten hatte, der Tagung ihre Grüße und ihre Erwartung zu übermitteln, später, besonders während der Abschlussdiskussionen, an der Tagung teilzunehmen, sowie ihrem Engagement

für das vom Europäischen Rat festgesetzte Ziel, die Beseitigung von Armut bis 2010 entscheidend voranzubringen, Ausdruck zu geben. Dieses Ziel wird seit 1. Mai 2004 von zehn neuen Mitgliedstaaten geteilt, und Gerry Mangan hieß daher die VertreterInnen der neuen Mitgliedstaaten besonders willkommen. Im Namen von Ministerin Mary Coughlan, T.D., der Ministerin für Familie und Soziales, führte er des Weiteren aus:

„Die nationalen Aktionspläne für soziale Integration, die derzeit umgesetzt werden, illustrieren die Komplexität der Aufgabe der Beseitigung von Armut, für die es nicht eine einzelne Ursache oder Lösung gibt, und die engagierte Initiativen nicht nur von Seiten der Regierungen, sondern von der gesamten Gesellschaft erfordert. Meine Erfahrung mit dem Entwurf von NAPs/Integration in Irland hat mir klar gemacht, wie viele verschiedene Gruppen sich am Entwurf und der Realisierung dieser Pläne beteiligen müssen. Dazu zählen Akademiker und Experten für die Analyse der Ursachen und möglichen Lösungen, die Sozialpartner, d.h. die Arbeitgeber und Gewerkschaften, sowie die Zivilgesellschaft. Von besonderer Wichtigkeit ist die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, die mit von Armut betroffenen Menschen arbeiten, da diese über ein spezielles Verständnis der Thematik verfügen. Das EAPN ist ein guter Vertreter dieser Gruppen. Ebenfalls notwendig ist, dass die Regierungen, insbesondere die Ministerien für Soziales, eine führende Rolle übernehmen, und dass internationale Solidarität und die Unterstützung der Europäischen Union und der Europäischen Kommission vorhanden sind. Vor allem aber erforderlich ist die Beteiligung der von Armut Betroffenen, die wissen, was es bedeutet, arm zu sein, die die Ursachen der Armut kennen, und die wissen, mit welchen Lösungen man Armut beseitigen und ihnen die Lebensqualität ermöglichen kann, die wir alle als gegeben hinnehmen. Aus diesem Grund ist diese Tagung ein wirklich wesentlicher Teil des Engagements für diesen Prozess. Unser besonderer Dank geht an Belgien für seinen laufenden Einsatz und seine Unterstützung dafür. Die irische Präsidentschaft ist froh, in der Lage zu sein, die Fortsetzung des Prozesses sicherstellen zu können. Wenn wir die Armut wirklich beseitigen wollen, müssen wir den von Armut Betroffenen zuhören. Ministerin Mary Coughlan freut sich darauf, ihre MinisterkollegInnen über die Ergebnisse der Tagung unterrichten zu können und hofft, dass sie ihnen eine klare und starke Botschaft übermitteln kann.“

Ministerin Marie Arena bezeichnete die dritte Tagung als wichtig für den Prozess der Teilhabe, der nachhaltig sein und auf die Bedürfnisse und Bestrebungen der Betroffenen eingehen muss.

„Diese dritte Tagung ist ein Signal dafür, dass wir jedes Jahr eine solche Veranstaltung brauchen. Armut existiert nach wie vor in zahlreichen Formen, wie aus den Statistiken ersichtlich ist. Es gibt Armut finanzieller Art, aber auch, was den Zugang zu Bildungsmöglichkeiten und neuen Technologieformen betrifft.“

Eine Reihe von Maßnahmen, die durch die nationalen Aktionspläne für soziale Integration realisiert wurden, müssen weiter verstärkt werden. Ein soziales Europa ist kein abstraktes Konzept, sondern ein Kampf auf verschiedenen Ebenen, der sichtbar gemacht werden muss. Um diese Arbeit sichtbar zu machen, muss gezeigt werden, wie ein soziales Europa funktioniert, und wir müssen dazu unsere Stimme erheben. Die Kommunikation mit der Basis darf nicht abbrechen. Wir müssen sicherstellen, dass in diesem sozialen Europa die Grundbedürfnisse durch solide Sozialschutzsysteme gedeckt sind, die allen einen Platz in der Gesellschaft sichern.

Wenn es uns schwer fällt, die Ziele von Lissabon zu erreichen, gibt es immer welche, die sagen, wir sollten den Kampf doch aufgeben. Darauf antworte ich, wir müssen unsere Bemühungen erneuern und verstärken. Wir müssen mehr tun, als den Menschen aus der Armut herauszuhelfen; wir müssen sicherstellen, dass niemand verarmt. Beziehungen zu anderen Ministerien auf nationaler Ebene, wie z. B. die Beziehungen zum Ministerium für Chancengleichheit in Belgien, sind ebenfalls ein wichtiges Erfolgselement.“

Ministerin Maria Arena gratulierte den Organisatoren zum Geist der Offenheit im Dialog dieser dritten Tagung und freute sich darauf, die Botschaften für die Tagung des Rats zu hören. Sie unterstrich die wichtige Rolle aller TeilnehmerInnen bei der Überbringung dieser Botschaften an die jeweils vertretenen Länder.

Ministerin Jacobs sagte einleitend, dass es eine Ehre sei, an dieser dritten Tagung teilzunehmen. Sie verwies auf den Bericht der zweiten Tagung, in der der partizipative Prozess so beschrieben ist, dass er die Fähigkeit zu richtigem Zuhören von Seiten der Entscheidungsträger verlangt. Ministerin Jacobs sprach über zwei ihrer eigenen Überzeugungen im Zusammenhang mit der Bedeutung des „Zuhörens“ und „Treffens“:

- „Man hört wesentlich besser zu, wenn die Sprecher uns direkt ansehen.“
- „Die Qualität von Politiken steigt durch die Einbeziehung des Wissens jener, die direkt von ihnen betroffen sind.“

„Als Ministerin für soziale Solidarität habe ich es immer unternommen, die von den Maßnahmen in meinem Verantwortungsbereich direkt betroffenen Personen zu treffen. Die Größe Luxemburgs erleichtert derartige Treffen natürlich!“

Ministerin Jacobs setzte mit einer kurzen Darstellung einiger Schlüsselprinzipien fort und veranschaulichte diese durch Beispiele:

„In der heutigen Gesellschaft basieren Sozialpolitiken, insbesondere die Integrationspolitik, nicht mehr auf dem Wohlfahrtsprinzip, sondern auf wechselseitigen Verpflichtungen, die sich durch alle Bereiche ziehen. Das Engagement der Gesellschaft für die Förderung des Zugangs aller zu

angemessenen Wohnmöglichkeiten sollte Hand in Hand mit dem Engagement des Einzelnen gehen, die nötigen Anstrengungen zur Realisierung dieses Zugangs zu unternehmen. Das Prinzip von wechselseitigen Verpflichtungen gibt enteigneten Personen ihre Würde: es gibt ihnen den Status von Akteuren und nicht von Menschen, denen man hilft. Der zur zweiten Tagung veröffentlichte Bericht macht das in folgender Aussage völlig klar:

„Teilhabe ist ein Recht, kein Gefallen“

Hier erinnere ich mich an eine Schlussfolgerung des Europäischen Rates von März 2004, die mir in dem Kontext, der uns heute zusammenbringt, besonders wichtig erscheint. Der Europäische Rat fordert die Mitgliedstaaten auf, „Partnerschaften für Reformen“ ins Leben zu rufen. Diese Partnerschaften sollen die Zivilgesellschaft in die Förderung von Politiken einbinden, die die Strategie von Lissabon voranbringen. Auf Ebene der Sozialpolitik sollen diese Partnerschaften alle Anstrengungen unternehmen, die aktive Beteiligung der Bürger am Aufbau eines sozialen Europas zu verstärken. Wenn der Aufforderung des Europäischen Rates Folge geleistet wird, wird es diese Partnerschaften auf nationaler Ebene in allen Mitgliedstaaten geben. Ich bin sicher, dass diese Partnerschaften von Interesse für Sie sein werden!

Eine Partnerschaft aller Akteure setzt die aktive Teilnahme aller Bürger, d.h. jedes/jeder Einzelnen von Ihnen, voraus. Erlauben Sie mir, Luxemburg als konkretes Beispiel zu verwenden: Am 6. Mai 2004 wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das Nichtregierungsorganisationen, die sich mit der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung befassen, das Recht zur Mitgliedschaft im Hohen Rat (Conseil Supérieur) erteilt, einem politischen Beratungsorgan. Das stellt eine Verlagerung in Richtung einer breiteren Teilhabe seitens der Zivilgesellschaft dar.

Es ist natürlich möglich, dass dieser Schritt, der die Teilhabe der von Armut Betroffenen mit Hilfe der sie vertretenden Organisationen bewirkt, jene enttäuscht, die eine direkte Teilnahme verlangen. Als Antwort darauf möchte ich daran erinnern, dass unsere Demokratien auf dem Prinzip der Vertretung aufbauen. Die Organisationen, welche von Armut betroffene Menschen repräsentieren, sind die „Verbündeten“, die Brücken zwischen den von Armut Betroffenen und den Zivilbehörden aufbauen. Die Behörden Luxemburgs sind durchaus geneigt, ihre Botschaften anzuhören und ihnen Rechnung zu tragen.

Ich wünsche Ihnen fruchtbringende Arbeit und gebe gleichzeitig auch ein Versprechen für die Zukunft ab: Luxemburg wird im Rahmen seiner Präsidentschaft mit Freude die vierte Tagung im selben Geiste der Unterstützung und Zusammenarbeit organisieren, die die dritte Tagung kennzeichnen, und unter Beteiligung des EAPN, der belgischen Regierung und der Europäischen Kommission.

Madame Quintin sagte einleitend, dass die dritte Tagung das Engagement der Union für die Beseitigung von Armut, einer der größten Herausforderungen für Sozialschutzsysteme, symbolisiert, und darauf hinweist, dass der europäische Ansatz zur Reform dieser Systeme alle Aspekte des Sozialschutzes vereint. Diese Reform kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn die von Armut Betroffenen aktiv am Kampf gegen soziale Ausgrenzung teilnehmen. Ein soziales Europa käme allen zugute, sowohl durch die Schaffung von Arbeitsplätzen als auch durch die Bekämpfung von Ausgrenzung. Es wäre sinnlos, wenn es nur für Unternehmen und Politiker existierte.

Seit Europa im Dezember 2000 beschloss, die nationale Politik zur Bekämpfung von Ausgrenzung zu koordinieren, hat es sich ein wichtiges Ziel gesetzt: die Einbeziehung und Mobilisierung aller Akteure, beginnend mit den von Armut Betroffenen. Die europäische Charta der Grundrechte proklamiert die Rechte aller, mit ausreichenden Mitteln und in einer angemessenen Unterkunft mit Würde zu leben, aber auch das Recht auf den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung. Die Teilhabe derer, die den Kampf gegen die Armut austragen, insbesondere auf lokaler Ebene, ist eine logische Konsequenz dieses Rechts auf Würde.

Die Zeiten, in denen Politiken von einigen wenigen Bürokraten entwickelt wurden, die „wussten“, was am besten war, haben sich geändert. Heute gewinnt die Stimme der Betroffenen zunehmend an Bedeutung für politische Entscheidungen. Ein Beispiel dafür wurde im ersten Peer Review-Seminar im Bereich der sozialen Integration gegeben, das letzten April in Stockholm (Schweden) stattfand. Dieses Seminar zeigte, dass die von lokalen Verbänden erstellten Pläne ein wichtiges Element in den lokalen Strategien im Kampf gegen soziale Ausgrenzung waren. Am Aufbau einer Struktur, die die Teilhabe der von Armut Betroffenen gewährleistet, bleibt aber noch viel Arbeit zu tun. Ermutigend ist jedoch, dass seit der Vorbereitung der nationalen Aktionspläne für 2003 mehrere Länder die Teilhabe ausgegrenzter Menschen und den Konsultationsprozess mit den NROs, die diese vertreten, verstärkt haben.

Während einige nationale Aktionspläne nach wie vor in Richtung lediglich beschreibender Berichte tendieren, anstatt echte strategische Aktionspläne zu sein, zeigen die Pläne für 2003 dennoch die Bereitschaft zahlreicher Mitgliedstaaten, die Bekämpfung von Ausgrenzung durch einen integrierteren Ansatz und mit ehrgeizigeren Zielen zu verstärken. Darüber hinaus ist es einigen gelungen, die Anzahl der von langfristiger Armut Betroffenen zu reduzieren.

Das Abkühlen der Wirtschaft und ein Anstieg in der Arbeitslosenrate in einigen Ländern haben dazu geführt, dass die Anzahl der von Armut Gefährdeten, speziell bei den am stärksten exponierten Gruppen, angestiegen ist; psychische Krankheiten, Alkoholismus und Drogenabhängigkeit entstellen und schwächen unsere Gesellschaften weiterhin. Diese lokalen Situationen rechtfertigen die Integration des Kampfes gegen Ausgrenzung in einen globaleren Rahmen, in

dem die Modernisierung und Reform der Sozialschutzsysteme mit einem Ansatz kombiniert ist, der direkt auf die Gruppen abzielt, die mit den meisten Schwierigkeiten konfrontiert sind. Auf europäischer Ebene hat dieser Prozess der Integration oder „Rationalisierung“ der gemeinsamen Ziele im Hinblick auf eine Reform der Pensionssysteme, die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und die Modernisierung der Gesundheitssysteme bereits begonnen und wird 2006 abgeschlossen sein.

Die zehn neuen Mitgliedstaaten werden ihre ersten nationalen Aktionspläne Ende Juli vorlegen; dank dieser Tagung werden sie den grundlegenden Bedürfnissen der von Armut Betroffenen näher kommen. In den neuen Mitgliedstaaten, in denen die Zivilgesellschaft sehr oft noch immer nicht ausreichend entwickelt ist und erforderliche Infrastrukturen nach wie vor fehlen, sollten die Entwürfe der ersten Aktionspläne die Entscheidungsträger zu größerem Ehrgeiz anspornen. Die vorangegangenen Tagungen haben gezeigt, wie wichtig angemessene Finanz- und Humanressourcen sind, um die Teilhabe der von Armut Betroffenen sicherzustellen. Ebenfalls wichtig ist es aber, für diese Teilhabe und für gegenseitiges Vertrauen und gegenseitigen Respekt unter den verschiedenen Akteuren die nötige Zeit einzuräumen.

Wir hoffen, dass die NGOs von diesem Prozess Anregungen erhalten werden, wodurch jeder Einzelne von uns dazu bewegt wird, über die Strategien für die Bekämpfung von Ausgrenzung nachzudenken, Ziele zu setzen und an deren Umsetzung mitzuwirken. Die europäische Strategie gegen soziale Ausgrenzung verpflichtet uns, zur nächsten Phase überzugehen. Die Organisationen der Zivilgesellschaft können nicht einfach nur für die Kraft des Protests stehen. Zu einer Zeit, in der das Projekt einer neuen Verfassung für die Union die Sozialpolitik zu einer der drei Säulen der europäischen Demokratie macht, sollten sie Akteure im Entwurf der Sozialpolitik werden.

Isabelle Leborgne leitete ihre Botschaft der TeilnehmerInnen an der zweiten Tagung von Armut betroffener Menschen damit ein, dass sie an die zehn neuen Mitgliedstaaten erinnerte, die eine Welle von Optimismus und Herausforderungen für das neue Europa der 25 mit sich bringen. In den anderen 15 Mitgliedstaaten befinden sich die nationalen Aktionspläne 2003-2005 bereits in der Evaluierungsphase. Mit der dritten Tagung betreten wir neues Gebiet, sie basiert aber auch auf der Arbeit der beiden früheren Tagungen.

„Bei der letzten Tagung haben wir festgestellt, wo uns Wissen dahingehend fehlt, was die Anwendung nationaler Aktionspläne zur Integration angeht, mit denen viele von uns nicht vertraut sind. Wir lernten, wie man eine gewisse Distanz erzielt, mit der man auf das Niveau der Analyse gelangt und dennoch weiterhin seiner Pflicht, bei diesen Tagungen trotz echter Schwierigkeiten Zeugnis abzulegen, nachkommen kann.“

Ich trage eine starke Erinnerung an diesen Willen in mir, in unserer Arbeit beharrlich zu bleiben, zu entdecken, zu verstehen, wie Teilhabe funktioniert, und die nötigen Mittel und Wege aufzuwenden, um sie erfolgreich im Kampf gegen Armut einzusetzen. Bei der Schlussitzung im letzten Jahr fühlten wir uns stolz und stark auf Grund der Arbeit, die wir mit Würde, Leiden und Klarheit getan hatten, und waren uns gleichzeitig des Weges, der noch vor uns lag, sehr stark bewusst.

Wir erkannten, dass unsere Arbeit nicht nur uns anging, sondern in die Arbeit innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten und in den Kontext eines sozialen Europas integriert werden müsse. Wir forderten politische und wirtschaftliche Partner zu einer neuen Ebene des Dialogs auf. Die Mitglieder dieses Treffens bringen die Armut als gelebte Erfahrung mit. Wir haben in der „partizipativen“ Demokratie eine Rolle zu spielen. Die Organisation und Gliederung der Informationen und Anträge aus dieser dritten Tagung wird es uns ermöglichen, die notwendigen Partnerschaften mit den europäischen Entscheidungsträgern und jenen in den jeweiligen Mitgliedstaaten einzugehen.

Es gibt ermutigende Zeichen. Ende Juni hat in meinem Land Frankreich der für die Bekämpfung von Unsicherheit und Ausgrenzung zuständige Minister eine nationale Konferenz zur Bekämpfung von Ausgrenzung und für Integration abgehalten. Ihr gingen vier Arbeitsgruppen zu folgenden Themen voran:

1. Wie man Akteur in einem Projekt wird
2. Zugang zu Rechten
3. Wohnungslosigkeit
4. Unterbringung

Die Regierung verpflichtete sich, die Öffentlichkeit über die Bekämpfung der Ausgrenzung zu informieren, und das wurde in den nationalen Aktionsplan Frankreichs aufgenommen. Diese Beispiele sind typisch für zahlreiche andere in anderen Mitgliedstaaten und stehen für die positiven Auswirkungen der von der lokalen Ebene ausgehenden Teilhabe.

Ich möchte mich mit einer Botschaft der Hoffnung, insbesondere an die Neuankömmlinge, verabschieden:

Jean Monnet, einer der Gründungsväter Europas, sagte „Wir bringen nicht Staaten zusammen, wir vereinigen Menschen.“

Vor Beginn der Arbeitsgruppen möchte ich mich gerne ebenfalls beim EAPN, seinem Präsidenten und dem gesamten Team für die enorme Arbeit bedanken, die sie bei der Organisation dieser Tagungen geleistet haben. Das EAPN gibt der Armut in Europa ein Gesicht. Ebenfalls danken möchte ich der irischen Präsidentschaft für ihre Unterstützung und den teilnehmenden politischen Vertretern für den Geist der Partnerschaft. Anerkennung gebührt den

DolmetscherInnen für ihre wichtige Rolle, in der sie uns helfen, einander zu verstehen. Schließlich möchte ich jeden Einzelnen von Ihnen herzlich willkommen heißen. Sie sind alle Botschafter Ihrer Länder und darauf sind Sie sicher stolz.“

Erfahrungsaustausch: Berichte der Arbeitsgruppen

1. Blaue Arbeitsgruppe

Vorsitz: Peter Kelly, Scottish Poverty Alliance,
Berichterstellung: Danielle Dierckx, Belgien
Coach: Geza Gosztonyi, Ungarn

1.1 Teilhabeprozesse:

Diese Arbeitsgruppe führte eine gründliche Untersuchung der Prozesse der Teilhabe durch, insbesondere jenen auf lokaler und nationaler Ebene. Die Verbindungen zwischen sozialer und wirtschaftlicher Diskriminierung wurden im Erfahrungsaustausch durchleuchtet.

| Verbindungen zwischen sozialer und wirtschaftlicher Diskriminierung |
|---|
| „Wir wollen nur unsere eigenen Rechte. Eine Erlaubnis zu erhalten heißt nicht, dass man Rechte hat. Bevor es die EU gab, fuhren Roma durch diese Gebiete und wir hatten weniger Probleme als jetzt.“ TeilnehmerIn aus Italien |
| „Die Dinge werden immer schlechter und die Gesetzgebung immer einschränkender. Ich habe Zweifel an der Entwicklung der Gesetzgebung. Wir fühlen uns ausgegrenzt und ausgestoßen. Länder akzeptieren MigrantInnen nur, um sie auszunutzen.“ TeilnehmerIn aus Spanien |
| „Ich arbeite mit Roma in Spanien. Wir sind innerhalb Europas eine ethnische Minderheit und werden in wirtschaftlicher, sozialer, und kultureller Hinsicht überall abgewiesen. Nach der Erweiterung der EU werden wir eine große Minderheit in Europa sein.“ TeilnehmerIn aus Spanien |
| „Ich war in Italien 20 Jahre lang im Gefängnis. Es fällt mir schwer, Teil der heutigen Gesellschaft zu sein. Manchmal bin ich richtig verloren. Jetzt arbeite ich mit ehemaligen Straftätern daran, wie man sich integriert. Wir sollten nicht nur Forderungen an die Regierungen stellen. Wir sollten auch am Thema Information arbeiten. Manchmal haben wir mit Ex-Strafgefangenen oder Drogensüchtigen zu tun, aber in erster Linie sind sie Menschen. Wir sollten eine Lobby bilden, zuerst auf unterster Regierungsebene. Die Beamten müssen Verständnis für die Menschen haben, und dafür, wie wichtig Teilhabe ist.“ TeilnehmerIn aus Italien |

Eines der Schlüsselgebiete, das sich aufgrund der direkten Erfahrung der TeilnehmerInnen an der Arbeitsgruppe aus der Diskussion ergab, war das Fehlen gleichberechtigter Teilhabe. Das Fehlen einer Stimme in der Politik ist am extremsten im Fall von Asylbewerbern, Flüchtlingen, ausländischen ArbeitnehmerInnen, und Vertretern ethnischer Minderheiten. Die Tatsache, dass die Teilhabe von Minderheiten in Europa nicht sichergestellt ist, z. B. jene der 12 Millionen einheimischen Roma, ist ein großes Hindernis für jegliche Art von Fortschritt in diesem Zusammenhang. Die Arbeitsgruppe analysierte, wie von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen nicht nur von der Politik ausgeschlossen sind. So sind z. B. jene, die von extremer Diskriminierung konfrontiert sind, auch wesentlich gefährdeter, im Gefängnis zu landen. Die Arbeitsgruppe befasste sich des Weiteren mit den Verbindungen zwischen der Diskriminierung und der breiteren Teilnahme an der Zivilgesellschaft, die von einem Teilnehmer in einem Satz mit folgenden Worten zusammengefasst wurden: „Wir haben das Existenzrecht, das Staatsbürgerschaftsrecht und diese Rechte sind im täglichen Leben nicht reflektiert.“ Ein Good-Practice-Beispiel aus Spanien zeigte, wie eine Kampagne die Menschen zusammenbringen kann, und ihnen hilft, ihre Frustrationen zu überwinden.

Beispiel für Good Practice aus Spanien

„Aqui vivo; aqui voto“ (Hier lebe ich, hier wähle ich)

Unsere Kampagne bestand aus einer Reihe von Initiativen mit der Forderung nach:

- einer Änderung der Gesetze
- voller Teilhabe von AusländerInnen mit Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung,

Wir brachten Ausländer und Politiker miteinander in Kontakt und organisierten Schattenstimmzettel für Schattenwahlen.

Dadurch wurde der Fall in den Medien aufgegriffen und machte Schlagzeilen, wie „6000 MigrantInnen das Wahlrecht verweigert“ wird.

1.2 Beispiel einer Politik für mehr Teilhabe aus Finnland

Die Verbindungen zwischen Maßnahmen gegen Armut und Diskriminierung und der umfassenderen Teilhabe an der Zivilgesellschaft wurde in der Diskussion der Umfrage über strukturelle Mechanismen fortgesetzt. Das Beispiel einer Struktur, die die Teilhabe in Finnland fördert, wurde als Schwerpunkt für die Diskussion verwendet.

Die finnische Regierung hat in Form des „Regierungsprogramms zur Teilhabe der Zivilgesellschaft“, einem von vier Regierungsprogrammen für die Jahre 2003-2007, Verbindungen zwischen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und der Entwicklung der Zivilgesellschaft hergestellt. Dabei handelt es sich um ein nationales Demokratieprojekt, das zur Förderung der Bürgerbeteiligung und Stärkung einer funktionierenden Demokratie gestartet wurde. Das Ziel ist, Möglichkeiten für die Beteiligung von BürgerInnen und WählerInnen zu

verbessern und über das Thema Demokratie besser zu informieren, sowie den Vertretungscharakter der Demokratie zu stärken. Besondere Beachtung wird der Integration von schlecht ausgebildeten jungen Menschen mit niedrigen Gehältern geschenkt werden, da diese bereits sozial aus der Gesellschaft ausgegrenzt oder ausgrenzungsgefährdet sind.

Maija Pulli, **Työttömien Valtakunnallinen Yhteistoimintajärjestö (TVY) – Nationale Kooperationsorganisation Arbeitsloser in Finnland** – schilderte einige der Probleme bei der Realisierung dieses Programms. Neue Möglichkeiten, z. B. bei der Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologie in Form von digitalem Fernsehen, stehen Menschen ohne Geld nicht offen. Die Regierung spricht von neuen Herausforderungen; sie will die Bürger zu Rate ziehen und die Wahlbeteiligung und die Zahl der Parteimitgliedschaften erhöhen. Sie sucht neue Formen der Teilhabe: von lokaler zu globaler Ebene. Bildung und Entwicklungsarbeit zum Thema Staatsbürgerschaft werden geboten. Es besteht jedoch die Gefahr, dass „schöne Worte verwendet werden, es aber bei diesen bleibt“. Konkrete und sichtbare Aktionen müssen gesetzt werden, wenn diese Politik Erfolg haben soll.

1.3 EU-Erweiterung

Das Potential einer Verbindung der Agenda zur Armutsbekämpfung mit Maßnahmen zur Steigerung der Teilnahme an der Zivilgesellschaft wird durch die aus der EU-Erweiterung entstehenden neuen Möglichkeiten verstärkt. Tiefergehende Analysen und ein klares Aktionsprogramm sind erforderlich, da die Geschwindigkeit der Änderungen, besonders in den neuen Mitgliedstaaten, enttäuschend ist.

| Erfahrung mit Strukturen und Organisationen |
|---|
| „Die Menschen in Bulgarien sind enttäuscht von der steigenden Armut und dem fehlenden Fortschritt im Ausmaß der Teilhabe. Der Haupterfolg ist die Aufnahme als Mitglied des EAPN.“ TeilnehmerIn aus Bulgarien |
| „Wir stärken die Netzwerke durch Vertretung der von Armut Betroffenen in Ausschüssen, z. B. für Benutzerrechte. Als ich Mitglied eines solchen Ausschusses war, sammelte ich eine Menge Informationen, die ich an andere Mütter weitergab. Es ist für uns eine Möglichkeit, uns selbst zu vertreten.“ TeilnehmerIn aus Frankreich |
| „Wir stärken die Teilhabe durch Arbeit in kleineren Gruppen. Es gibt zehn Gruppen in unserem Netzwerk. Viele waren selbst ausgegrenzt. Wir beginnen mit diesen Gruppen und gehen dann zu Beziehungen zu größeren Gruppen über. Dann können wir mit dem Lobbying beginnen. Es kann funktionieren, wenn die Verbindungen gestärkt werden und wir einen guten Informations- und Kommunikationsfluss von unten nach oben und von oben nach unten haben.“ TeilnehmerIn aus Großbritannien |

| |
|---|
| <p>„Wenn man seiner Meinung Ausdruck gibt, ist man ein Störfaktor für sie. Wenn wir uns zu Wort melden, sollen wir das sagen, was sie wollen. Wenn sie uns zu Beschäftigung verhelfen, handelt es sich dabei nur um eine Reihe schlecht bezahlter Kurzeinsätze, die nicht zu einer Anstellung führen. Es ist ein Teufelskreis, von einer Schulung zur nächsten. Wir sollten zumindest längerfristige Verträge verlangen. Arbeitgeber können uns billig einstellen, aber wie steht es mit ihrer Verantwortung?“</p> <p>TeilnehmerIn aus Frankreich</p> |
| <p>„Wir brauchen eine Harmonisierung der Indikatoren!! Andernfalls sprechen die NGOs nicht mit einer Stimme. Es geht um die Messung der Teilhabe. Wir brauchen eine Evaluierung der nationalen Aktionspläne. Es ist schade, dass keiner der für soziale Kohäsion verantwortlichen Vertreter der französischen Ministerien hier ist.“</p> <p>TeilnehmerIn aus Frankreich.</p> |
| <p>„Ich möchte, dass Tagungen wie diese in allen Ländern und auf allen nationalen Ebenen abgehalten werden, um die nationalen Aktionspläne zur sozialen Integration zu beeinflussen.“</p> <p>TeilnehmerIn aus Italien</p> |

1.4 Networking von der Basis aufwärts:

Allgemeine Bemerkungen reflektierten, dass die fehlende Teilhabe am deutlichsten war, wo keine Verbindungen zu Regierungsstrukturen vorhanden waren. Auf der Plusseite vermerkten die TeilnehmerInnen, dass Teilhabe von den Regierungen nun als unvermeidlich angesehen wird. Teilhabe und Mobilisierung sind Teil einer politischen Agenda, die mehr Kontinuität ermöglicht. Eingehend diskutiert wurde, welche Art der Organisation die Stimme der von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen deutlicher hörbar machen würde. Die TeilnehmerInnen aus Frankreich beschrieben dazu einen Networking-Ansatz von der Basis aufwärts, mit der die Teilhabe nachhaltiger gestaltet werden kann.

Die Diskussion zum Thema Struktur wies auch auf die verschiedenen Machtebenen hin, die integriert werden müssen. In einigen Ländern, wie z. B. in Frankreich und Deutschland, ist die regionale Ebene besonders wichtig. Einige Erfahrungen waren mit Strukturen gemacht worden, die zur Förderung der Teilhabe existieren, jedoch im bürokratischen System untergehen. Positive Erfahrungen mit den nationalen Aktionsplänen waren auch in der zweiten Runde gemacht worden. Es gab mehr Teilhabe und stärkere Anerkennung des Stellenwerts von Sichtbarkeit, Transparenz und Dialog.

2. Bericht: Grüne Arbeitsgruppe

Vorsitz: Léopold Vereecken, EAPN Belgien
Berichterstattung: Justyna Wilga, ATD
Coach: Clara Fonseca, EAPN

2.1. Von der Erfahrung zur Weitergabe

Das Hauptthema dieser Arbeitsgruppe basierte auf dem Image von Armut, das projiziert werden soll. Schwerpunkt der Diskussion waren folgende Schlüsselfragen:

- Wie und an wen wollen wir Informationen weitergegeben?
- Wie wollen wir die Behörden von unserer gelebten Erfahrung in Kenntnis setzen und wie Appelle an sie richten?
- Was sollen wir tun, um unser Leben zu verbessern?

Eine Gruppe aus Belgien beschrieb ein Modell, in dem von Armut betroffene Menschen, die unter den Folgen der Energieprivatisierung litten, eine schlagkräftige Lobby mobilisierten, die auf lokaler, flämischer, bundesweiter und europäischer Ebene operiert. Tausende beteiligten sich an der Abfassung eines Positionspapiers an die Politiker. Das Projekt behauptet, dass die EU-Richtlinie zur Energieprivatisierung von Armut betroffene Menschen verstärkt gefährdet. Stromabschaltungen sind die erste Stufe der sozialen Ausgrenzung und es ist offensichtlich, dass Teilhabe an der Gesellschaft ohne Zugang zu Energie nicht möglich ist. Eine Politik zur Privatisierung des Energiesektors kann Unternehmern helfen, von denen einige sogar die Steuer hinterziehen. Das Problem der Privatisierung öffentlicher Versorgungsdienste stellte sich als eines der zentralen Themen und zeigte, wie eine europäische Politik zu wachsender Armut und sozialer Ausgrenzung als Nebenerscheinung führen kann.

Ein Mobilisierungsmodell

Das vom belgischen EAPN unterstützte Projekt „Armut und Energie“ organisiert von Armut betroffene Menschen im Kampf um ihr Recht auf Energie. Es begann mit einer Gruppe von Frauen in Turnhout, denen die Strom- und Gasversorgung abgeschaltet worden war, und hat seither in ganz Flandern an Zulauf gewonnen. Das Projekt hat zu direkten Ergebnissen geführt: Stromabschaltungen werden nicht mehr unmittelbar ausgeführt, ein einziger Anbieter kann sie nicht durchsetzen, und sie sind einem gesetzlichen Verfahren unterworfen. Angesichts dieser Ergebnisse, der Öffentlichkeitswirkung und des Interesses von Seiten der Politiker sind die Betroffenen äußerst motiviert, an Tagungen teilzunehmen. Der Beauftragte für Gemeindeentwicklung ist dafür verantwortlich, die Betroffenen in ALLE Aspekte der Kampagne einzubeziehen und agiert als Kontaktvermittler.

Die Zusammenarbeit lohnt sich:

- Verbindungen mit anderen Organisationen, die dasselbe Ziel haben, wurden eingerichtet

- Alle Kontakte mit Partnern werden zusammen mit der Zielgruppe aufgenommen
- Die Projektansprüche werden auch Experten vorgelegt, um sicherzustellen, dass sie wissenschaftliche Grundlagen haben
- Die Projektergebnisse werden weitreichend verbreitet. Verschiedene öffentliche Dienststellen ersuchen um Informationsveranstaltungen
- Es besteht ein Dialog mit öffentlichen Entscheidungsträgern.

Beauftragte für Gemeindeentwicklung: Mieke Clymans PRISO, Steunpunt, Turnhout, Belgien

Viele TeilnehmerInnen hatten ähnliche Erfahrungen und beschrieben, wie Strom- oder Gasabschaltungen zu Wohnungslosigkeit und Zerfall der Familie geführt hatten. In Dänemark wurde zum Beispiel einer der Teilnehmer wohnungslos, weil er seine Stromrechnung nicht bezahlen konnte. Vom starken Trinker wurde er zu Alkoholiker, was zum Zerfall seiner Familie führte. In Litauen führt eine 6- bis 7-prozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer für Heizung ebenfalls zu Problemen der Zahlungsunfähigkeit.

Energieabschaltungen: Gelebte Erfahrung

„In Polen sind nicht nur die NGOs unfähig, ihren Strom zu zahlen, auch bei den Bahnen gibt es oft Abschaltungen. Derzeit werden Nebenstrecken geschlossen. Das führt zu Arbeitslosigkeit.“
TeilnehmerIn aus Polen

„Da der Staat der einzige Anbieter ist, steht es ihm frei, sehr hohe Steuern auf die Wiederherstellung der Stromversorgung einzuheben.“
TeilnehmerIn aus Portugal

Die Kampagne für öffentliche Versorgungsdienste ähnelte der von BARKA in Polen für Beschäftigung durchgeführten Kampagne. Die TeilnehmerInnen äußerten sich zum Wert von Unterstützung, Schulung, Bildung, und Beschäftigungsmöglichkeiten. Der Teufelskreis kann durchbrochen werden, wenn Möglichkeiten und Unterstützung für die Selbstorganisation bestehen. Die vorhandenen Möglichkeiten sind jedoch oft zu kurzfristig, um langfristige Ergebnisse zu unterstützen.

| |
|--|
| „Die Wiederherstellungsgebühren nach einer Abschaltung sind enorm.“ TeilnehmerIn aus Polen |
| „Durch die Privatisierung von Wasser wird die Situation in den Lagern der Roma immer schlimmer.“ TeilnehmerIn aus Portugal |
| „Wenn man mit halbwüchsigen Kindern vom Existenzminimum ¹ lebt, hat man Probleme, für Energie zu bezahlen.“ TeilnehmerIn aus den Niederlanden |
| „In Belgien sind fünf Minister für die Energie verantwortlich; es ist schwer, sie zu erreichen, ihre Aufmerksamkeit zu erhalten. Sie sind alle Eigenheimbesitzer und teilen unsere Erfahrung daher nicht.“ TeilnehmerIn aus Belgien |

| |
|---|
| Schaffung von Arbeits- und Schulungsmöglichkeiten |
| „Wir wenden uns an die Behörden, um die Ergebnisse unserer Arbeit vorzulegen. Wir zeigen ihnen, wie wir uns selbst informieren und bilden, uns einer Therapie unterziehen (für Alkoholiker), wie wir durch unsere eigenen Bemühungen unser Leben ändern. Wir zeigen ihnen, dass wir uns selbst um uns kümmern können. Viele Minister haben unsere Schule und unsere Arbeit gesehen. Sie glauben mir nie, dass ich Alkoholiker bin und mit enormen Problem kämpfe. Nicht einmal ich konnte mir vor sechs Jahren vorstellen, dass ich studieren und ein Diplom haben würde. Unser Leben ist Zeugnis für unsere Glaubwürdigkeit in den Augen der Behörden und unsere Erfahrung hat zum Entwurf von Gesetzen, insbesondere im Bereich soziale Beschäftigung (soziale Genossenschaften) beigetragen. Dadurch werden den NGOs die Mittel geboten, den Geist des Unternehmertums unter den von Armut Betroffenen zu fördern, die dank ihres privilegierten Status Beschäftigungs- und Schulungsmöglichkeiten schaffen können.“ TeilnehmerIn aus Polen |

2.2 Recht auf Grundversorgung

Es besteht die Gefahr, dass Sozialschutzsysteme mehr zu einer Form der Wohltätigkeit werden, während andere Politiken die Kluft zwischen Arm und Reich nur noch größer machen. Dadurch wird die Spaltung Europas in eine Zweiklassengesellschaft noch weiter verstärkt. Was kann zur Gewährleistung der Grundversorgungsdienste getan werden? Ohne diese grundlegenden Einrichtungen ist Teilhabe unmöglich. Laut den Erfahrungen der Arbeitsgruppe die Einschränkung der Mobilität der EuropäerInnen ist ein klares Beispiel dafür, besonders, weil Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen so begrenzt sind.

¹ Anm. der Übers.: In einigen Mitgliedstaaten als „Minimex“ bezeichnet.

Recht auf Leistungen und Unterstützung – nicht Wohltätigkeit

„In Finnland ist das Recht auf Unterkunft, Gesundheitsversorgung, Bildung und Information garantiert, aber das Problem der Arbeitslosigkeit, die bei 10 % liegt und bei nicht finnisch sprechenden Einwanderern sogar noch höher ist, besteht nach wie vor. Sie können sich nicht bilden oder informieren. Finnisch ist eine schwierige Sprache, aber wir wollen uns in die Gesellschaft integrieren. Was können wir tun, damit der Sozialschutz nicht zu einer Art Almosen für Einwanderer wird?“

TeilnehmerIn aus Finnland

„Ich war alkoholsüchtig aber man kann seine Sorgen nicht ertränken. Jetzt bin ich abhängig von ‚Kofoed’s Skole²‘, weil sie mir geholfen hat, mein Leben zu verbessern.“

TeilnehmerIn aus Dänemark.

„Ich war früher heroinsüchtig, aber jetzt habe ich seit einem Jahr eine Stelle, dank BARKA.“

TeilnehmerIn aus Polen

2.3 Struktur und Organisation

Die TeilnehmerInnen an der Arbeitsgruppe gaben ihren Reaktionen auf die Umfrage über strukturelle Mechanismen Ausdruck. Als Schwerpunkt der Diskussion wurde das Beispiel des „Dienstes für den Kampf gegen Armut“ in Belgien herangezogen. Die Behörden haben diese Initiative als Mittel zur Beratung von Verbänden ins Leben gerufen. Teilhabe ist dort die wichtigste Arbeitsmethode.

„Wir sehen uns alles Schriftliche genau an. Am Ende jedes Treffens überprüfen wir, ob wir das Geschriebene gut verstehen. Schriftliche Dokumente sind so wichtig, weil sie den Beteiligten die Möglichkeit geben, Inhalte und Arbeit an andere weiterzugeben. Unsere Diskussionen stehen Fachleuten (auf den Gebieten Gesundheit und Wohnungswesen) und auch anderen, z. B. von Mieterverbänden, offen. Wir veranstalten Schulungen im Lesen und zur Verbesserung der Verständnis. Das geht sogar so weit, dass Rechtsexperten oft von der Relevanz der Fragen, die die von Armut und Ausgrenzung Betroffenen vorbringen, überrascht sind. Alle zwei Jahre verfassen wir einen Bericht, zu dem die Regierung Stellung nehmen muss.“

Aufgrund der Lehren aus dieser Erfahrung benötigen wir:

- Schriftliche Aufzeichnungen zu Sitzungen
- Die Möglichkeit für Networking und Besprechungen
- Einen auf Austausch und nicht auf Almosen beruhenden Dialog (selten bei Behörden)

² Anm. der Übers.: „Skole“ bedeutet „Schule“ auf dänisch.

- Garantierte Möglichkeiten für ausgegrenzte Menschen, sich auszudrücken und gehört zu werden
- Schulungen

Andere TeilnehmerInnen an der Diskussion teilten diese Erfahrung.

| Strukturen und Organisation: Die Stimme der Erfahrung |
|--|
| „Wir brauchen Netzwerke und Partner, die wissen, wie man sich Gehör verschafft, zum Beispiel Gewerkschaften und die Presse. Aktionen und Partnerschaften erzeugen einen Schneeballeffekt.“ |
| „Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten, zum Beispiel zwischen von Armut Betroffenen und Universitäten, um Forderungen und Projekte vorzubereiten.“ |
| „Ausgegrenzte Menschen können sich selbst als aktiv und als fähig wahrnehmen, Initiativen zur Änderung ihres Lebens zu ergreifen, sie können sich innerhalb von Verbänden ausdrücken, Projekte mit anderen Gruppen angehen, sich schulen lassen, usw.“ |
| „Wir haben ein Beschäftigungsseminar, in dem wir unsere Erfahrungen mit dem Arbeitsmarkt mit anderen teilen, und mit Gewerkschaftsdelegierten und Firmenvertretern diskutieren. Der Inhalt dieser Debatten wird genau notiert, mehrmals gelesen, und für den Schlussbericht genehmigt. Das nimmt Zeit in Anspruch, ebenso wie die Beratung mit Partnern, aber es ist notwendig.“ TeilnehmerIn aus Belgien |
| „In Portugal ist es schwierig, ein Netzwerk zur Vertretung unserer Rechte einzurichten. Die Regierung kürzt die Zuschüsse an Netzwerke, um sie zu schwächen. Wir fordern nicht zu viel, um unsere Zuschüsse nicht zu verlieren.“ TeilnehmerIn aus Portugal |
| „Unser Projekt wird von den flämischen Behörden finanziert, die unsere Zuschüsse nicht kürzen, weil wir in einem Dialog mit ihnen stehen. Wir wählen das Thema. Die Arbeit des Netzwerks, zum Beispiel Besuche bei von Armut Betroffenen, wird hauptsächlich von Freiwilligen erbracht.“ TeilnehmerIn aus Belgien |

3. Bericht: Orangefarbene Arbeitsgruppe

Vorsitz: Robin Hanan, EAPN Irland
 Berichterstattung: Josée Goris, Belgien
 Coach: Klaus Boehlke, Deutschland

3.1 Erfolgsfaktoren

Die Erfahrungen der TeilnehmerInnen an der Arbeitsgruppe hoben hervor, dass die Armut in Europa zunimmt, während der Wohlstand insgesamt ebenfalls steigt. Die Sozialschutzsysteme sind jedoch schwächer und weniger effektiv. In

diesem Zusammenhang ist die Frage berechtigt, ob es überhaupt sinnvoll ist, über Teilhabe zu sprechen.

Das Thema Teilhabe ist nach wie vor wichtig, damit Armut auf der politischen Agenda bleibt, und auch als Mittel zur Bewusstseinsbildung, um auf struktureller Ebene Initiativen zu setzen. Teilhabe ist dann erfolgreich, wenn die geleistete Arbeit sichtbar ist. Andererseits reicht Teilhabe alleine nicht aus, um Sozialmaßnahmen oder nicht umgesetzte Politik zu korrigieren.

Hauptpunkte der Diskussion:

- Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist die Sichtbarkeit von Organisationen und Aktionen. Beispiele dafür sind Straßenversammlungen, Dossiers, Broschüren, Aktionen und Demonstrationen.
- Weiters wichtig ist, ständigen Druck auf die Regierung auszuüben, zum Beispiel durch regelmäßige Postsendungen, bis sie eine Zusage abgibt.
- Ein weiterer Erfolgsfaktor ist der Zusammenschluss der Kräfte gleichgesinnter Organisationen und die Bildung von Netzwerken.
- Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, wie z. B. mit Gewerkschaften, trägt ebenfalls zum Erfolg bei.
- Lobbying bei und Einfluss auf Politiker/n

Der Erfahrungsaustausch in der Arbeitsgruppe ergab, dass in einigen Ländern die gewählten Vertreter den Dialog mit Verbänden abgebrochen haben. Sie wollen den Bürgern nicht zuhören, und argumentieren, soziale Angelegenheiten seien ihre Sache. Die Gruppe beschloss, diese Frage als zentrales Thema zur Diskussion in der Plenarsitzung vorzulegen.

3.2 Netzwerke zur Teilhabe

Für die Präsentation der Ergebnisse der Umfrage über strukturelle Mechanismen wurde eine Fallstudie aus Irland verwendet. In Irland gibt es zehn nationale Netzwerke, die offizielle Kontakte mit der Regierung hinsichtlich der Realisierung der irischen Armutsbekämpfungsstrategie haben. Alle diese Netzwerke sind autonom und haben ihre eigene Identität als Nichtregierungsorganisationen, sie erhalten Zuschüsse von der Regierung. Außerdem haben sie auch die Aufgabe, lokale Armutsbekämpfungsinitiativen zu unterstützen und den politischen Einfluss ihrer Mitglieder zu fördern, zu denen bestimmte geografisch bzw. durch gemeinsame Interessen definierte Gemeinschaften sowie einzelne von Armut betroffene Menschen zählen. Eines der Netzwerke ist auf die spezifischen Anforderungen alleinerziehender Eltern konzentriert.

Alleinerziehende Eltern und Kinder: eine Priorität

| |
|---|
| <p>Maria Creighton ist freiwillige Mitarbeiterin einer lokalen Gruppe zur Unterstützung der Rechte alleinerziehender Eltern. Sie verwendete ihre Erfahrung mit ‚OPEN‘, einem Netzwerk für Alleinerziehende in Irland, dessen Vorsitzende sie ist, in ihrem Vortrag darüber, wie Netzwerke in Irland die Teilhabe durch direkt Betroffene erreichen. „Meine Botschaft heute ist, dass alleinerziehende Eltern die ihnen gebotenen Möglichkeiten ergreifen. Wir wollen wirtschaftliche Unabhängigkeit, und vor allem wollen wir Anerkennung für die Verschiedenheit von Familien. Wir sind echte Familien. Das Konzept für das Netzwerk ist, dass Gruppen einander treffen, um Informationen, Schulung und Unterstützung zu teilen. Unser Ethos ist immer eines der Selbsthilfe gewesen. Alleinerziehende Eltern sind lokale Gruppenleiter und auch die Vorstandsmitglieder sind alle Alleinerziehende. Was mich angeht, so war ich arbeitslos und hatte ein sehr kleines Kind. Das Netzwerk hat im Rahmen des INTEGRA-Programms finanzielle Unterstützung erhalten und sechs von uns konnten an einem Schulungsprogramm teilnehmen. OPEN stellte die Mittel für die Kinderbetreuung und Reise zur Verfügung, ohne die ich nicht teilnehmen hätte können. Das war das erste und letzte Mal, dass ich von einer Organisation die Unterstützung erhalten habe, die Alleinerziehende benötigen.“</p> |
| <p>„Viele europäische Länder haben hoch entwickelte Politiken. Leider ist das in Griechenland nicht der Fall.“ TeilnehmerIn aus Griechenland</p> |
| <p>„Auch in Schweden hat man es schwer als AlleinerziehenderIn, aber wir erhalten eine Menge Unterstützung, die sehr hilfreich ist. Kinderbetreuung zu bekommen, ist einfach. Außerdem können wir als alleinerziehende Eltern 18 Monate lang mit Gehalt zu Hause bleiben. Weitere monatliche Leistungen sind das Recht auf eine Reduktion der Miete und eine Familienbeihilfe. Auf diese Weise haben wir zahlreiche Privilegien, aber es gibt immer noch sehr viele Kinder in Schweden, die unter Armut leiden.“ TeilnehmerIn aus Schweden</p> |

3.3 Materielle Ressourcen

Eine wesentliche Voraussetzung für Erfolg in einem Prozess der Teilhabe ist, dass eine bestimmte Anzahl von Gruppen über die materiellen Ressourcen verfügt, sich an dem Prozess zu beteiligen. Unterstützung, z. B. in Form verbesserter Kinderbetreuungsstätten oder von Zugang zu Transportmöglichkeiten, würde AlleinerziehenderInnen eine verstärkte Teilnahme ermöglichen. MigrantInnen sind aufgrund administrativer Anforderungen ebenfalls von der Teilnahme ausgeschlossen. Die bürokratischen Voraussetzungen, die sie erfüllen müssen, um Papiere und legalen Status zu erhalten, sind langwierig und kompliziert, und kosten daher Energie. Auch hier bleibt daher kein Platz für die Teilhabe. Kinder sind besonders gefährdet.

Unterstützung für Einzelne und Gruppen, die bereit sind, initiativ zu werden, könnte vor dem Versinken in permanente Armut bewahren.

Teilhabe und finanzielle Unterstützung

„Teilhabe und Ressourcen gehen Hand in Hand. Wenn wir die Armut auf lange Sicht bekämpfen wollen, können wir nicht ein System auf der Basis von Unterstützung für einzelne Projekte haben. Wir haben Partnerschaften für den Kampf gegen die Armut und wir werden auf europäischer Ebene ernst genommen, daher sollten adäquate Mittel folgen, bis wir das Problem endgültig beseitigen können.“

TeilnehmerIn aus Deutschland

3.4 Verletzung von Menschenrechten

Ein Bulgare, dessen Kind entführt worden war, erzählte in bewegenden Worten darüber, wie Armut die Menschenrechte verletzt, was dazu führen kann, dass Kinder dem Menschenhandel zum Opfer fallen. Wenn die Kinder von Armut betroffener Familien entführt werden, wird auf europäischer Ebene nichts getan. Die Arbeitsgruppe einigte sich darauf, diese Frage in der Schlussitzung vorzubringen.

Menschenhandel

Die Armut wird von korrupten und kriminellen, gut organisierten Kräften in der Gesellschaft ausgenutzt. Das persönliche Zeugnis eines Vaters hob hervor, wie gefährdet in Armut lebende Kinder sind. Sein Kind Savesin wurde im Alter von sieben Jahren von der Straße vor dem Haus der Familie entführt. Nach mehreren Jahren verzweifelter Suche in Bulgarien beschloss er, vor den Büros der Europäischen Union in Brüssel auf Hungerstreik zu gehen, um auf das Fehlen von Schritten auf nationaler Ebene und die Notwendigkeit einer Initiative gegen den Handel mit Kindern auf europäischer Ebene hinzuweisen.

„Die Polizei in Bulgarien tat nichts und als ich meine eigenen privaten Ermittlungen startete, war sie dagegen und sagten, ich könnte damit mein Kind gefährden. Savesin bedeutet Hoffnung in meiner Sprache und er ist jetzt ein Symbol der Hoffnung für alle entführten Kinder.“

3.5. Kontaktaufnahme mit Entscheidungsträgern und politische Gestaltung

Eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Erfolg der Teilhabe und des Prozesses der Teilhabe ist die Bereitschaft von Seiten der Politiker, in einen Dialog einzutreten. Eine Reihe von Delegationen erklärte, dass es keine Möglichkeit des Zugangs zu den Entscheidungsträgern gibt. Diese distanzieren sich von Verbänden, würden ihre Versuche zur Kontaktaufnahme unterbinden, und sich immer noch weigern, sich mit ‚deren Sache‘ zu beschäftigen. Die Arbeitsgruppe diskutierte Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit Politikern, um diese aktiver in Diskussionen mit von Armut und sozialer Ausgrenzung

Betroffenen einzubeziehen. Man einigte sich darauf, das Podium um Empfehlungen dazu zu bitten.

Teilnahme an der politischen Gestaltung

In Griechenland gibt es Schätzungen zufolge eine halbe Million Menschen mit Behinderungen, von denen sich ungefähr 63 % diese Behinderung vorwiegend bei Verkehrsunfällen zugezogen haben, viele von ihnen sind junge Menschen. Mit der Initiative EQUAL leiteten wir eine Partnerschaft aus 16 Organisationen in Griechenland. Das Hauptziel war, die Teilhabe von Menschen mit körperlichen Behinderungen zu verbessern, da es sehr wenig strukturierte Möglichkeiten dazu gibt.

Die Partnerschaft, an der sich u.a. das öffentlich-rechtliche Fernsehen beteiligte, war breitgefächert und beinhaltete eine umfassende Medienkampagne zu Fragen der körperlichen Behinderung und der Zugangsmöglichkeiten. 85 % der öffentlichen Gebäude in Griechenland sind nicht zugänglich.

Die Verbände und Bewegungen für Behinderte waren nicht nur an der Realisierung, sondern auch an der gemeinsamen Planung der Initiativen beteiligt. Es machte einen Unterschied, dass die Vertreter von Basisorganisationen dabei waren. Diese Sichtweise von unten ist eine gute Methode, um unseren Stereotypen entgegenzuwirken.

Wir müssen die Sichtweise der Mikroebene und aller Ebenen einbeziehen.

Europäische Politiken gegen soziale Ausgrenzung stellen „soft laws“ dar. Mit der Methode der offenen Koordinierung wird versucht, die Mitgliedstaaten dazu zu veranlassen, die Verantwortung für soziale Integration zu übernehmen, was jedoch ihrem guten Willen überlassen bleibt. Die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe sprachen sich dafür aus, sicherzustellen, dass die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung in „hard laws“ verankert wird, die gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten zur Verantwortung gezogen werden können. Außerdem wurde eine Forderung nach weiteren Bemühungen für gemeinsame Normen, zum Beispiel für Mindestgehälter, in ganz Europa erhoben. Einige dieser Anstrengungen müssen auf europäischer Ebene unternommen werden.

Man einigte sich, dass Empfehlungen dahingehend [von Nutzen wären]³, wie man eine europäische Resolution zur Stärkung der Aktivitäten von Freiwilligen und Nichtregierungsorganisationen erreichen kann. Möglichkeiten zur Sicherung finanzieller Mittel bei gleichzeitiger Wahrung der Autonomie sind erforderlich.

4. Bericht: Violette Arbeitsgruppe

Vorsitz: Philip Lonegren, Schweden
Berichterstattung: Laura Calvanelli, Italien

³ Anm. der Übers.: engl. Satz unvollständig, Ergänzung sinngemäß.

Coach:

Marja Hermans, Belgien

4.1 Lebens- und Arbeitsbedingungen

Eines der Schlüsselthemen, das aus der Diskussion hervorging, war die Situation ausländischer ArbeitnehmerInnen, die extremen Formen der Ausbeutung ausgesetzt sind. Sie sind nicht in Armutsstatistiken zu finden und haben weder Stimme noch Gesicht. Wie können ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert werden? Wenn diese ausländischen ArbeitnehmerInnen keine legale Arbeitsgenehmigung haben, sind sie in noch größerer Gefahr, ausgebeutet zu werden. Es gilt, Schritte zu ihrer Legalisierung und Sichtbarmachung zu unternehmen. Die Arbeitsgruppe diskutierte den Antrag, ausländischen ArbeitnehmerInnen das Wahlrecht zu geben. Das würde ihnen die Möglichkeit geben, einen Dialog mit Politikern aufzunehmen und einige Grundrechte geltend zu machen.

Die Frage von Unterkünften, die entweder ungenützt oder als Substandard zu bezeichnen sind, wie man sie in zahlreichen Großstädten findet, war ein Hauptanliegen der TeilnehmerInnen. Verborgene Armut ist unter Menschen mit Behinderungen, Familien mit nur einem Einkommen, und Familien von Allererziehern im Ansteigen begriffen.

Arbeits- und Lebensbedingungen

„Wir sehen täglich, dass viele junge Leute drei Jobs haben, zum Beispiel schlecht bezahlte Arbeit in einem Restaurant oder Krankenhaus, um auf ein Mindestgehalt zu kommen. Es gibt in Schweden nicht genügend Berufsausbildung für solche jungen Leute.“

TeilnehmerIn aus Schweden.

„Im Zentrum für MigrantInnenrechte in Irland treffen wir Vorkehrungen und geben ausländischen ArbeitnehmerInnen Unterstützung – und zwar sowohl EU- als auch Nicht-EU-Bürgern. Wir haben auch ein Migrantenforum, zu dem wir z. B. Politiker einladen. Wir dokumentieren und untersuchen die Erfahrung ausländischer ArbeitnehmerInnen, die oft die schmutzigste, gefährlichste und schwierigste Arbeit leisten. Wir haben auch eine Gruppe zur Unterstützung ausländischer HaushaltshelferInnen. Viele von ihnen arbeiten für Leute mit akademischer Ausbildung und werden für die Betreuung der Familie benötigt, da die Frauen in Irland mehr und mehr am Arbeitsmarkt teilnehmen. Ihre Aufenthaltsgenehmigung ist von einer ein- oder zweijährigen Arbeitserlaubnis abhängig, daher gerät man leicht in eine Situation, in der man keine Papiere hat. Arbeitgeber verwenden die Arbeitserlaubnis als Waffe. Auch wenn man keine Arbeitserlaubnis braucht, gibt es oft Probleme mit Steuerzahlungen und Sozialabgaben. Viele

| |
|---|
| MigrantInnen sind sich ihrer Rechte nicht bewusst und einige Arbeitgeber sind nicht über Migrantenrechte informiert.“ TeilnehmerIn aus Irland |
| „In Spanien gibt es ausländische SaisonarbeiterInnen, deren Lebensbedingungen erschreckend sind und die ihre Rechte nicht kennen und ausgebeutet werden. Dagegen sollte auf europäischer Ebene etwas getan werden.“ TeilnehmerIn aus Spanien |

4.2 Schaffung der Bedingungen für Teilhabe

Ein weiteres Schlüsselthema war das Spektrum der Teilhabeebenen in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Die EU sollte klare Richtlinien und Kriterien setzen, um die Teilhabe der von Armut Betroffenen in allen Ländern sicherzustellen.

Kofinanzierung sollte geboten werden, da es für kleine Nichtregierungsorganisationen fast unmöglich ist, Zugangsmöglichkeiten zu EU-Mitteln zu nutzen. Weiters benötigen kleinere Organisationen für die Teilhabe Möglichkeiten zur Schulung und zum Kapazitätsausbau.

| Organisation auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene |
|--|
| „Die lokale Ebene ist besonders wichtig. Sie stellt den ersten Schritt zum Erfahrungsaustausch mit Bürgern dar, die normalerweise keine Gelegenheit zur Meinungsäußerung haben. Ich bin aus Rom und dort versuchen wir gerade einen neuen Ansatz, bei dem lokale Regierungsbeamte die ortsansässigen Leute treffen.“ TeilnehmerIn aus Italien |
| „Wir haben vor sechs Monaten eine Beratungsgruppe zum Nationalen Aktionsplan eingerichtet und bekräftigt, dass wir auf lokaler Ebene beginnen müssen. In Großbritannien gibt es eine Menge schriftlicher Versprechen zur Förderung der Teilhabe, aber wir wollen echte Teilhabe an den Plänen auf lokaler und regionaler Ebene. Die Task Force basiert nicht auf einer Reihe von kleinen Plänen, sondern auf einem Prozess, der auf lokaler Ebene beginnt und in die allgemeineren Pläne einfließt. Zum Beispiel gibt es in Schottland bestimmte Statistiken, die in den nationalen Plan einbezogen werden können.“ TeilnehmerIn aus Großbritannien |
| „Es gibt zum Beispiel ein Projekt, das in mehreren Bezirken gut funktioniert; die Behörden sollten es übernehmen. Wir sollten nicht nach sechs Monaten Projekte beenden, die gute Ergebnisse aufweisen. Wir brauchen längerfristige Projekte, die in einem Netzwerk ineinander greifen. Aus ihnen müssen |

wir Lehren ziehen, um die selben Fehler nicht in einem anderen Projekt zu wiederholen.“
TeilnehmerIn aus Frankreich

4.3 Neue Formen der Armut

Der fehlende Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie stellt eine neue Form der Armut besonders für Kinder dar. Kinder ohne Zugang zum Internet können dieses nicht zu Lernzwecken verwenden, daher werden Bildungsnachteile noch verstärkt. Auf europäischer Ebene könnte mehr getan werden, um den Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie für kleinere Organisationen und lokale Gruppen zu verbessern.

Dialog zwischen Podium und TeilnehmerInnen

Es gab eine Reihe von Schlüsselthemen, die allen Diskussionen in den Arbeitsgruppen, wie im vorangehenden Abschnitt dargestellt, zu Grunde lagen. Das Plenum wurde in Form eines Dialogs zwischen den TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppen und den Podiumsmitgliedern abgehalten. Fragen und Antworten sind in diesem Abschnitt jeweils unter geeigneten Überschriften zusammengefasst:

Vorsitzender:

Professor. Seamus O' Cinneide, University of Maynooth, Ireland

Podium:

- **Mary Coughlan, Ministerin für Familie und Soziales,**
- **Minister Maria Arena, Ministerin für soziale Integration, Großstadtpolitik, Chancengleichheit und öffentlichen Dienst, Belgien**
- **Mr Armindo Silva, Referatsleiter, Soziale Ausgrenzung, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales, Europäische Kommission**
- **Ms Brigitte Weinandy, Mitglied des EU-Ausschusses für Sozialschutz, Conseiller de direction 1ère classe, Ministerium für Familie, Solidarität und Jugend – Nationaler Dienst für Sozialaktionen, Luxemburg**
- **Ludo Horemans, Vizepräsident, EAPN**

Professor Seamus O Cinneide eröffnete die Sitzung mit einer Erinnerung an die TeilnehmerInnen, dass sich die irische Präsidentschaft verpflichtet hatte, Empfehlungen und Anregungen der Dritten Tagung von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffener Menschen aufzunehmen. **Ministerin Mary Coughlan** hatte des Weiteren zugesagt, die Erkenntnisse aus der Tagung mit den Schlussfolgerungen der irischen Präsidentschaft aus den Konferenzen der irischen Präsidentschaft „Reconciling mobility and social exclusion: the role of employment and social policy“ sowie „Families, Change and European Social Policy“ zu verbinden. Sie ersuchte eine der Teilnehmerinnen, Sandra Christian aus den Niederlanden, einige ihrer Schlussfolgerungen aus der letztgenannten Konferenz zu präsentieren..

| Eine Betroffene zur Situation der Familie: Sandra Christian |
|--|
| <p>Sandra Christian aus den Niederlanden brachte eine bewegende Schilderung ihrer eigenen Erfahrungen ein. Sie beschrieb, wie sich ihre Wirklichkeit und ihre Sorgen um die Zukunft als Großmutter in einer Alleinerzieherfamilie in ähnlichen Anliegen aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union widerspiegeln. Während der Europäischen Konferenz über Familie und soziale Integration unter der Schirmherrschaft der irischen Präsidentschaft wurde sie dadurch ermutigt, dass sie herausfand, wie andere mit ähnlichen Veränderungen in den Familienstrukturen und –werten konfrontiert waren und sich ähnliche wie sie Sorgen über die Betreuung der Kinder und der älteren Menschen machte. Die Botschaft an den Europäischen Rat, die sie der Familienministerin mitgab, lautete, dass es in unserer Verantwortung liegt, sicherzustellen, dass es unsere Kinder besser haben als wir.</p> |

| Fragen zu Vielfalt und Diskriminierung: Zugang zur Grundsicherung |
|---|
| Welche Politik würden Sie verfolgen, um sicherzustellen, dass Maßnahmen der sozialen Sicherheit nicht in den Bereich Solidarität und Selbsthilfe abgewälzt werden? |
| Wie kann die Europäische Union die Integration verschiedener Gruppen unterstützen, die unter Diskriminierung leiden, im politischen Gestaltungsprozess unterrepräsentiert und bei Strafmaßnahmen überrepräsentiert sind? |
| Wie können wir durch nicht stigmatisierende Maßnahmen gegen alle Formen der Diskriminierung vorgehen und Zugang zu Arbeit, Leistungen und Wohnung erlangen? |
| Was kann man tun, um von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen eine Grundsicherung zu garantieren? |
| Wie können wir die Mobilität von Menschen mit Behinderungen verbessern, wenn sie schon Schwierigkeiten damit haben, Zugang zu öffentlichen Orten zu erhalten?? |
| Wie können wir sicherstellen, dass dokumentenlose MigrantInnen leichter Zugang zu den geeigneten Papieren erhalten? |
| Wie können wir das Niveau der Kinderbetreuungseinrichtungen verbessern und so AlleinerzieherInnen mehr Teilhabe ermöglichen? |
| Was wird in Bezug auf die Anerkennung von Qualifikationen getan, die die Integration von ImmigrantInnen verbessern würden? „Mein akademischer Grad wird in Italien nicht anerkannt und trotz meiner universitären Qualifikationen werden mir manuelle Tätigkeiten angeboten.“ |

Ministerin Mary Coughlan sagte einleitend, dass in allen Nationalstaaten bestimmte Gefahren in Bezug auf Armut bestehen. So sei etwa im Zusammenhang mit relativer Armut zu bemerken, dass die Kluft zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen umso größer ist, je mehr Menschen einen Arbeitsplatz haben. Die Rechte der Menschen, die in ein anderes Land kommen, seien zu sichern. Es gebe dazu viele Gesetze, aber nur wenig Gerechtigkeit. Die Umsetzung der Gesetze sei schwierig. AlleinerzieherInnen seien besonders gefährdet. Während der irischen Präsidentschaft gab es Schritte zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, es sei jedoch schwierig, mit den Arbeitgebern Vereinbarungen etwa über flexible Arbeitszeit und „term-time working“ (Arbeit nur während des Schuljahres) zu schließen.

Weiter sagte sie: „Die Frage, wie wir die Zivilgesellschaft einbinden und wie wir volle Teilhabe sicherstellen, ist noch nicht zur Gänze beantwortet. In Irland treffen nun alle Organisationen mit mir als Ministerin zur Budgeterstellung zusammen. Der sogenannte „Ansatz von der Basis aufwärts“ kann sehr fruchtbar sein, so habe ich etwa vor kurzem eine offene Konsultation mit vielen lokalen Gruppen zum Thema Familie geführt – sie stand jedem offen, der teilnehmen wollte.“

Politischen Wandel herbeiführen zu wollen, kann frustrierend sein, aber wir müssen mehr daran arbeiten, die Menschen zu ermächtigen und ihnen Zugang zum politischen Leben zu geben, als mit ihnen auf Konfrontationskurs zu gehen. Wir müssen wissen, wie man die Menschen besser ermächtigt, z.B. durch Schulungsmaßnahmen. Als Politikerinnen und Politiker stützen wir uns auf Menschen wie Sie, die uns die Dinge darstellen, wie sie sind.“

Ministerin Maria Arena antwortete folgendermaßen auf die Fragen: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen Zugang zu Nahrung, Kultur, Bürgerrechten, Bildung haben. Es ist ein Luxus, wenn man von Teilhabe spricht, wenn die Grundsicherung nicht gegeben ist. Der Staat darf seine Verantwortung nicht auf NROs abwälzen. Es ist Verantwortung des Staates, sicherzustellen, dass es Wohnraum, Bildung und Grundeinkommen gibt. Wir stehen vor einer widersprüchlichen Situation – wir wollen bis 2010 die Armut ausmerzen und haben gleichzeitig eine Reihe von Richtlinien, die besagen, dass im Bereich Sozialschutz weniger getan werden soll.“

In Beantwortung der Frage der MigrantInnenrechte sprach sie über die verschiedenen Dimensionen der Armut, die Bedeutung der Grundrechte und die Notwendigkeit, illegale MigrantInnen in Betracht zu ziehen.

„Wir müssen auf europäischer Ebene über MigrantInnen sprechen. Wenn sich ein Land für Großzügigkeit entscheidet, kann dieses Land die Solidarität zerstören und die Großzügigkeit auslöschen. Im Falle der Niederlande gab es zum Beispiel eine offenere Politik, die zur Folge hatte, dass sie sich nicht aufrechterhalten ließ und in eine weniger großzügige Politik als in manchen anderen EU-Staaten umschlug.“ Sie wies auch darauf hin, dass es „in Belgien ein Zentrum für

Chancengleichheit gibt, das für die Beobachtung und Umsetzung der Gesetze über alle Formen der Diskriminierung im Alltag zuständig ist. Dieses Instrument könnte auch für andere Mitgliedstaaten interessant sein.“

Im Hinblick auf die Wohnungssituation beschrieb **Ministerin Maria Arena** eine Situation, in der unseriöse Hausbesitzer Geld auf Kosten der Armen machen. Als Beispiel nannte sie ein fünfstöckiges Gebäude, in dem ein Keller ohne Dusche oder Toilette für jeweils 250 Euro pro Monat an illegale Migranten vermietet wurde. Die Lösung lag ihrer Meinung in der Gründung von öffentlichen Sozialhilfezentren, die mit Hausbesitzern zusammenarbeiten, damit Substandardwohnungen renoviert und in kostengünstige Wohnmöglichkeiten umgewandelt werden können.

Armindo Silva von der Europäischen Kommission sprach über die Integration von MigrantInnen und AsylbewerberInnen. Er wies darauf hin, dass es in den letzten Jahren einen großen Zustrom an illegalen MigrantInnen gegeben hat, was zu ernstzunehmenden Problemen der sozialen Integration führte, welche der Arbeitsmarkt nicht von sich aus lösen konnte. Auf EU-Ebene wurde die soziale Integration von MigrantInnen und AsylbewerberInnen zu einer Priorität des EQUAL- Programms.

„Wir erhalten jetzt die ersten Ergebnisse der Evaluierung dieses Programms. Ein weiteres wichtiges Problem ist die Integration ethnischer Minderheiten, es wurde durch die Erweiterung verstärkt. Die Situation der Roma in einigen der neuen Mitgliedstaaten ist – wie in den Gemeinsamen Memoranda für die soziale Integration (*Joint Memoranda on Social Inclusion/JIM*) angeführt – ein Grund zur Besorgnis. In den früheren kommunistischen Systemen gab es für die Roma Sonderprogramme für Beschäftigung, diese brachen aber mit dem Ende des Regimes zusammen. Die Roma stellen in vielen der neuen Länder, etwa Ungarn, eine wesentliche Bevölkerungsgruppe dar. Wir müssendarüber nachdenken, wie wir auf EU-Ebene die Probleme angehen, die durch die weitgehende soziale Ausgrenzung und Armut unter den Roma entstehen. Bisher haben wir diese Fragen in den EU-Programmen als Querschnittsmaterie behandelt und keinen gezielten Ansatz nach ethnischer Herkunft verfolgt. Derzeit steht die soziale Situation der Roma-Frauen und –Kinder im Vordergrund, da die Länderberichte zur sozialen Integration besondere Probleme in diesen Gemeinschaften hervorgehoben haben, die es anzusprechen gilt.“

„Es gibt europäische Gesetze gegen Diskriminierung, die seit dem vergangenen Jahr umgesetzt werden sollten. Einige der Mitgliedstaaten haben sie jedoch noch nicht in ihre nationale Gesetzgebung aufgenommen. Hier besteht Bedarf nach einem verstärkten Dialog innerhalb der Mitgliedstaaten, mit Diskussionen auf allen Ebenen.“

Die Einbeziehung der Armutsbekämpfung in andere Politikbereiche gewinnt zusehends an Bedeutung. In Irland gibt es bereits ein Instrument zur Prüfung von Maßnahmen auf ihre Auswirkungen im Zusammenhang mit Armut, dadurch ist

anerkannt, dass Armut eine Querschnittsmaterie ist. Mit diesem Instrument kann man in allen Politikbereichen Druck ausüben und Handlungsbedarf aufzeigen. Auf europäischer Ebene können Fortschritte auch mit Hilfe des Verfassungsvertrags erzielt werden, der konkret auf die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung als eine Querschnittsmaterie hinweist, die es in anderen Politikbereichen zu beachten gilt, und mit Hilfe der Grundrechtscharta.

Brigitte Weinandy teilte die Besorgnis im Zusammenhang mit der Lage der Minderheiten und sagte: „Das ist eine große Herausforderung für die zweite Runde der NAPs/Integration. In fast allen Nationalen Aktionsplänen gibt es Maßnahmen gegen die Probleme von Minderheiten und Diskussionen über das Monitoring der Fortschritte sind im Gange.“

Im Zusammenhang mit der Frage der Umverteilung in Kontexten, in denen mit wachsendem Wohlstand auch die Armut zunimmt, meinte sie:

„Die Mechanismen in den 15 ‚alten‘ Mitgliedstaaten im Hinblick auf Mindesteinkommen, Sozialleistungen und Integration von Minderheiten sind ein Engagement zu Gunsten der Umverteilung. Es werden beträchtliche Anstrengungen unternommen, diese sozialen Maßnahmen nachhaltig zu gestalten, sodass die durch Armut betroffenen Menschen weiterhin Zugang dazu haben.“

| Fragen zum Thema: Teilhabe – eine Stimme für die, die sonst nicht gehört werden |
|---|
| Wie kann die Stimme der Menschen, die sonst nicht gehört werden, in den Prozess der Entwicklung von politischen Maßnahmen gegen Armut eingebracht werden? |
| Was kann man tun, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen von WanderarbeiterInnen zu verbessern? |
| Was kann man gegen die Benachteiligung von Kindern ohne Internetzugang in der Bildung tun? |
| Was kann man gegen Kinderhandel tun? |

Ministerin Maria Arena bekräftigte ihre Ansicht, dass die auf direkten Erfahrungen basierenden Aussagen der Menschen sofortige Antworten verlangten. Weiters sagte sie:

„Wir brauchen auch eine mittel- und langfristige Perspektive, um das Ziel, in 10 Jahren die Armut völlig zu beseitigen, erreichen zu können. Diese muss auf Grundrechten basieren. Menschen in prekären Situationen brauchen Informationen in klarer Sprache, damit sie über ihre Rechte Bescheid wissen.“

Zur Problematik des Menschen- bzw. Kinderhandels betonte **Ministerin Mary Coughlan**, es sei völlig inakzeptabel, dass es diesen gebe. Sie unterstützte die Ansicht, dass die Problematik nicht nur im Bereich Justiz und Inneres auf nationaler Ebene zu behandeln sei. Sie wolle in der Bekämpfung Fortschritte

innerhalb Europas erzielen und werde alles daransetzen, dass die erforderlichen Mittel und der politische Wille zur Bekämpfung vorhanden sind.

Ministerin Maria Arena sagte zum Thema Teilhabe:

„Was die Frage der Teilhabe betrifft, so gibt es verschiedene Möglichkeiten, um direkte Beteiligung in einer repräsentativen Demokratie zu fördern, und wir sollten diese stärken, indem wir die Menschen ermutigen, ihr Wahlrecht auszuüben. Teilhabe sollte nicht auf eine Elite beschränkt sein. In Belgien wurde z.B. ein Gesetz verabschiedet, dass AusländerInnen das Wahlrecht einräumt – trotz einer Meinungsumfrage, in der sich 60 % dagegen aussprachen. Starke Führungsqualitäten sind erforderlich, um unbegründete Ängste zu überwinden.“

Armando Silva verwies auf zwei wesentliche Punkte, die in diesen Fragen aufgeworfen wurden und mehr Augenmerk verdienen:

„Einer davon sind die Wohnbedingungen für MigrantInnen, der andere ist die Nutzung der Informationstechnologie und ihr Zusammenhang mit der sozialen Ausgrenzung. Im Rahmen des Aktionsprogramms der Gemeinschaft gegen soziale Ausgrenzung führt die Kommission derzeit zwei große Studien zu diesen Themen durch, um Good Practice-Beispiele aufzuzeigen und zu untersuchen, wie Anstrengungen in diesem Zusammenhang gezielt und effektiv sein können.“

Brigitte Weinandy stellte sich im Zusammenhang mit einer Stimme für die, die sonst nicht gehört werden, die Frage nach der besten Form der Organisation, die sicherstellt, dass wir gehört werden.

„Mehr direkte Teilhabe wird die Probleme der von Armut betroffenen Menschen nicht lösen, sodass Lobbying an Bedeutung gewinnt. Von Armut betroffene Menschen brauchen eine Lobby, die ihre Interessen vertritt. Mehr direkte Teilhabe wird nicht alle Probleme lösen, vor denen wir stehen. In den Systemen der repräsentativen Demokratie werden verschiedene Interessen durch Organisationen vorgebracht, die in einen Dialog mit den Politikern eintreten können. Man hat mehr Macht, wenn man sich in NROs organisiert, als wenn man seine Probleme direkt und selbst anspricht. Man kann Menschen dazu bevollmächtigen, seine Probleme aufzugreifen, und gemeinsame Interessen vieler Menschen identifizieren.“

| Fragen im Zusammenhang mit Strukturen und Maßnahmen für die Teilhabe |
|---|
|---|

| |
|---|
| EU-Richtlinien führen zur Privatisierung des Energiesektors. Unserer Erfahrung nach führt das zu einer Ausschließung von Zugang zu Energie, dem ersten Schritt zur sozialen Ausgrenzung. Verstärkt die Liberalisierung der europäischen Märkte die Zweiteilung der Gesellschaft? Können sich die europäischen Behörden darauf festlegen, dass sie den Auswirkungen der EU-Richtlinien in diesem Bereich entgegenwirken und Informationen zum Konzept der Liberalisierung auf dem Energiesektor vorlegen werden? |
|---|

| |
|---|
| Kann die EU die Initiative ergreifen, indem sie empfiehlt, nationale Tagungen |
|---|

| |
|--|
| zum Thema Armut zu organisieren, die in allen Mitgliedstaaten als Teil der NAPs/Integration finanziert werden? Was kann der Ministerrat tun, um einen solchen Vorschlag zu konkretisieren? |
| Wie können kleine NROs mehr Zugang zu EU-Geldern erhalten? |
| Wie sieht es mit neuen Formen der Teilhabe oder Schulungen dafür aus? |
| Um eingebunden zu werden, müssen NROs stark sein. Was schlagen Sie vor, damit erneuerbare Ressourcen, die die Autonomie von Gruppen fördern, garantiert sind? |
| Wir würden es gerne sehen, wenn extremer Reichtum, der auf Finanzbetrug beruht, bekämpft würde, statt dass von Armut betroffene Menschen schikaniert werden. Was planen Sie gegen Finanzbetrug und Steuerhinterziehung? |
| „Menschen werden auf Kosten der Arbeitnehmer reich. Viele Menschen verlieren ihre Arbeit, wenn Firmen schließen und dorthin abwandern, wo die Arbeitskräfte billiger sind. Was können Sie tun, um solche Firmenpolitik zu beeinflussen, sodass das Geld, das die Unternehmen machen, nicht mit ihnen abfließt? |
| Eine der wesentlichsten Bedingungen für die Teilhabe und den Erfolg des damit verbundenen Prozesses ist es, dass die Politiker bereit sind, in einen Dialog einzutreten. Eine der anwesenden Delegationen erklären, dass es keinen Zugangs zu den Entscheidungsträgern gibt. Diese distanzieren sich von Vereinigungen, unterbinden ihre Versuche der Kontaktaufnahme und weigern sich, sich mit ‚deren Sache‘ zu beschäftigen. Wir können wir Politiker mobilisieren, sodass sie sich aktiver bei unseren Entscheidungen engagieren? Was sollten wir tun oder ihnen anbieten, um einen Dialog herbeizuführen? Wie können wir mit den Politikern zusammenarbeiten, um es möglich zu machen, dass die Stimme der von Armut Betroffenen in alle Politikbereiche einbezogen wird? |
| Europäische Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung wie etwas die Methode der offenen Koordinierung streben zwar an, dass die Mitgliedstaaten Verantwortung für die soziale Integration übernehmen, überlassen dies jedoch dem guten Willen der Staaten. Wie können wir einige der „soft laws“ verbindlicher machen? |
| Kann die EU klare Richtschnüre und Kriterien vorgeben, um sicherzustellen, dass von Armut betroffene Menschen in allen Ländern die Möglichkeit zur Teilhabe erhalten? |
| EAPN hat Indikatoren der sozialen Teilhabe ausgearbeitet, es gab jedoch kein Follow-up. Welches Follow-up zu den Indikatoren ist geplant? |

Ministerin Mary Coughlan antwortete: „Es ist schwierig, Verbindungen zwischen EU-Richtlinien und der Art und Weise, wie die nationalen Regierungen mit Problemen umgehen, zu schaffen. Die ‚Methode der offenen Koordinierung‘, die die Best Practices aus allen Mitgliedstaaten heranzieht, hat sich als ausgezeichnetes Instrument zur Herstellung dieser Verbindungen erwiesen.“

Im Hinblick auf EU-Gelder, vor allem im Zusammenhang mit kleineren NROs, sagte **Ministerin Mary Coughlan**, dass diese Frage pragmatisch behandelt werden kann. Finanzierung sollte Netzwerken zur Verfügung gestellt werden und von diese an kleinere Gruppen weitergegeben werden. Wo Sonderinitiativen erfolgreiche Modelle schaffen, können diese über Bereichsgrenzen hinaus angewendet werden. Auch ein ganzheitlicher Ansatz ist erforderlich. Ermächtigung, Vertretung, Kinderbetreuung, Gesundheit, familiäre Beziehungen tragen alle zu unserer Lebensqualität bei. Eines der Probleme liegt darin, dass wir in politischen Diskussionen über diese Fragen in reglementierter Form sprechen.

Ministerin Maria Arena meinte: „Zugang zu Schulungsmaßnahmen ist nicht nur für die gefährdetsten Gruppen, sondern auch für die Beamtenschaft notwendig. In Belgien werden von Armut betroffene Menschen rekrutiert, um den Beamten bei der machbaren Umsetzung politischer Maßnahmen zu helfen.“ Auf die Frage nach der Privatisierung der öffentlichen Versorgungsleistungen verleiht sie ihrem Widerstand gegen die Liberalisierung Ausdruck: „Wir können nicht sagen, dass wir ein starkes soziales Europa wollen, und gleichzeitig die Liberalisierung von Versorgungsleistungen wie Wasserversorgung vorantreiben.“

Sie antwortete auf die Frage nach den Indikatoren dahingehend, dass sie sie als notwendig erachte, Zahlen alleine seien jedoch nicht immer ausreichend, um das zu sehen, was hinter ihnen steht. Wenn die Menschen von Arbeitslosigkeit sprechen, dann haben sie kein Bild von Arbeitslosen vor sich. Auch qualitative Daten können eine große Wirkung erzielen. In Belgien gibt es Instrumente zur Messung der Wirksamkeit von Aktionen und Maßnahmen.

Armindo Silva sagte: „Die von den Arbeitsgruppen angesprochenen Fragen sind thematisch weitreichend und sollte in einigen Punkten eher von Kollegen aus anderen Abteilungen beantwortet werden, etwa jenen, die für Betrug oder Energie zuständig sind. Eine seriöse Beantwortung aller aufgeworfenen Fragen würde eine größere Delegation von Kollegen aus der Kommission auf dem Podium erfordern.

Weiters meinte er:

„Was die Gesetzgebung auf europäischer Ebene anbelangt, so gibt es die Kritik, dass die legislative Verpflichtung zu „weich“ ist, dass es sich um „soft laws“ handelt. Jene, die versuchen, in ihren eigenen Ländern mit einschlägigen Gesetzen Fortschritte zu machen, tendieren dazu, als letzte Instanz nach der Europäischen Union zu schauen. Die geeignetere Antwort ist wahrscheinlich „Mehr Macht dort, wo die Probleme liegen“. Es gibt keine Stimmen zu Gunsten der Harmonisierung der Gesetzgebung in der EU aus sozialen Gründen bzw. kaum Unterstützung für eine zentralisierte europäische Sozialpolitik, aber es gibt viele Stimmen für die Methode der offenen Koordinierung. Das bedeutet nicht, dass wir nicht versuchen sollten, allgemeine Richtschnüre für Mindesteinkommen und andere Maßnahmen zu geben, da auch Besorgnis

dahingehend besteht, ob die extreme Vielfalt der Instrumente es möglich macht, ein Leben in Würde zu garantieren.

Der Europäische Sozialfonds berücksichtigt die Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung bereits als Priorität. 20 % der Gesamtmittel gehen an Aktionen in diesem Bereich, aber es besteht Sorge um den Zugang zu diesen Mitteln. Kleine Zuschüsse sind im Rahmen der derzeitigen Gesetzeslage verfügbar, es ist jedoch nicht klar, ob die Zielsetzungen der Reform 1999 umgesetzt wurden oder nicht. Es gibt einige Ideen, die der näheren Betrachtung Wert sind, etwa ein Garantiefonds für kleine NROs.“

Brigitte Weinandy meinte im Hinblick auf die Gesetzgebung, es gebe im Zusammenhang mit der Übertragung von Befugnissen von der nationalen auf die europäische Ebene in bestimmten Bereichen Probleme, da sich damit die politischen Maßnahmen von den Ebenen der Umsetzung, der lokalen und nationalen Ebene, entfernen würden. Die Nationalen Aktionspläne und die Methode der offenen Koordinierung gelten als „weiche Maßnahmen“, haben aber mitunter recht starke Auswirkungen. Druck unter Gleichrangigen kann durchaus stark wirken und ist einer der positivsten Aspekte des gesamten Prozesses, was die Mitgliedstaaten auch dazu verpflichtet, Zusagen zu machen, über deren Fortschritt berichtet wird.

Ludo Horemans sagte im Namen des EAPN:

„Ich möchte ein paar wichtige Elemente unterstreichen, die mit dem Europäischen Netzwerk zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in Zusammenhang stehen, was unsere Arbeit auf nationaler Ebene und Druck auf europäischer Ebene angeht. Der Erfolg bei der Erreichung unserer Zielsetzungen im ganzen Netzwerk in Europa hängt von Eurem Erfolg auf nationaler Ebene ab. Ihr werdet auf nationaler Ebene Druck ausüben müssen, wenn wir als Lobby Erfolg auf europäischer Ebene haben sollen.“

Er erinnerte die TeilnehmerInnen: „Frau Minister Mary Coughlan wird die Schlussfolgerungen der dritten Tagung dem Ministerrat vorlegen. Was Armindo Silva im Namen der Kommission gesagt hat – dass Eure Fragen über die Zuständigkeiten der Ministerien für Arbeit und Soziales bzw. der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales in der Europäischen Kommission hinausgehen – hat interessante Aspekte für das Netzwerk an sich. Das Netzwerk unterstreicht die Bedeutung von Unterstützung und finanziellen Mitteln zur Ermächtigung und zum Kapazitätsaufbau bei den NROs und Zugang zu EU-Mitteln, um dies zu erreichen.“

Schlussbemerkungen

Ministerin Mary Coughlan schloss mit einem kurzen Überblick in Form von Schlussfolgerungen aus dem Dialog, aus dem sich für sich einmal mehr u.a. folgende Schlüsselthemen ergeben hatten:

- Stellenwert der laufenden Partnerschaft zwischen den verschiedenen Akteuren
- Fruchtbringender Austausch zur Gestaltung von politischen Maßnahmen als Folge der Partnerschaft
- Erfahrungsaustausch als wirkungsvoller Anstoß für Handeln
- Aktive Teilhabe als Weg zu Verbesserungen in Politik und Umsetzung
- Gute Organisation und Mittelausstattung der wichtigsten Interessensgruppen

Ministerin Coughlan gratulierte allen an der Organisation der Veranstaltung beteiligten Personen und sagte, sie werde dem Ministerrat über die Veranstaltung Bericht erstatten.

Maria Marinakou, Präsidentin des EAPN, sagte im Namen des EAPN:

Die während der Tagung durchgeführte und diskutierte Umfrage bestätigte die direkten Berichte der TeilnehmerInnen in den Arbeitsgruppen. Sie zeigt die Beschränkungen der Strukturen und Mechanismen für die aktivere Einbindung und das Engagement von Menschen auf, durch die diese Teil der Lösung, nicht des Problems werden. Der Prozess des Nationalen Aktionsplans hat zu wesentlichen Verbesserungen geführt, es besteht jedoch immer noch ein Mangel an politischem Willen, diese voranzubringen.

Sie machte folgende Empfehlungen:

- Die Europäische Kommission könnte bestimmte Richtlinien verschärfen und damit die Mitgliedstaaten stärker zur Verantwortung ziehen.
- Mehr Mittel zur Finanzierung der Teilhabe auf nationaler Ebene sind erforderlich.
- Umfassende Sozialschutzsysteme sind erforderlich, um die Grundbedürfnisse zu sichern.
- Möglichkeiten für Ausbildung und lebenslanges Lernen müssen mit geeigneteren Ressourcen ausgestattet werden.
- Mehr Beschäftigung sollte qualitativ bessere Arbeitsplätze bedeuten, nicht unsichere und atypische Beschäftigung.

Sie betonte, dass es nicht nur um die Frage einer Mindestsicherung geht, sondern auch um Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Werden diese verweigert, hat das Folgen für das wirtschaftliche wie das soziale Europa. Es gab viele bewegende Berichte über Diskriminierung, die der bereits auf europäischer Ebene beschlossenen entgegenliefen. Wirtschaftlicher Wettbewerb ohne Rücksicht auf soziale Integration schafft Trennlinien, die letztlich den wirtschaftlichen Wohlstand einschränken. Die Privatisierung von Waren und Dienstleistungen ohne Rücksicht auf die soziale Integration wird der Wohnungslosigkeit und dem Zerfall von Familien Vorschub leisten und zu steigenden Sozialausgaben führen. Wir brauchen ein Europa, in dem

Menschenrechte im Mittelpunkt stehen und die Bekämpfung der Armut ganz oben auf der Agenda steht.

Wir verlassen uns darauf, dass Frau **Minister Mary Coughlan** den Sukkus aus den Erkenntnissen der Konferenz zieht, das Streben der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen beachtet, und das Ergebnis dem Ministerrat vorlegt. Man kann nicht erwarten, dass die 68 Millionen Menschen in den 25 Mitgliedstaaten, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, auf einen unerreichbaren goldenen Augenblick warten, in dem alle Bedingungen stimmen, damit ihre Probleme angesprochen werden, sie brauchen jetzt bessere Lebensqualität.“

Reflektion: Von der Theorie zur Praxis

Die Kluft zwischen Theorie und Praxis

Die Kluft zwischen der Theorie der Integration und der Praxis wurde durch die persönlichen Berichte und Beispiele der TeilnehmerInnen lebendig veranschaulicht. Sie analysierten die Auswirkungen den EU-Richtlinien bzw. der Handlungen von Großunternehmen auf ihr eigenes Leben. Die Kluft war dort am auffälligsten, wo den Grundrechten nicht zum Durchbruch verholfen wurde – dieser Faktor sollte bei der Umsetzung der neuen europäischen Verfassung beachtet werden. Die TeilnehmerInnen untersuchten die Ängste, die zu Tage treten, wenn man für den Wandel eintritt, während man als Organisation oder Einzelperson gleichzeitig in seinem Grundeinkommen von staatlichen Behörden abhängig ist. Die PodiumsteilnehmerInnen teilten viele der Anliegen, die die TeilnehmerInnen mit ihren Fragen ansprachen. Es gab auch eine Reihe von Problemen, bei denen es nicht zu einer Lösung der Differenzen kam und bei denen weitere Diskussionen erforderlich sind.

Fragen, die weiterer Diskussion bedürfen

a) Ist die Einbindung von Armut betroffener Menschen am besten durch die sie vertretenden Organisationen oder durch direkte Beschäftigung seitens der politischen Entscheidungsträger zu erreichen?

Die Diskussionen in den Arbeitsgruppen deuten darauf hin, dass von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen direkt ihre Stimme erheben wollen, sie brauchen Unterstützung und Ausbildung seitens der Netzwerke und Organisationen, um dies zu erreichen. Sie müssen sich auch aktiv in die Organisationen und Netzwerke einbringen, um eine Chance zu haben, ihre kollektiven Erfahrungen darzustellen. Wenn man die Teilhabe der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen fördert, sollten die öffentlichen Stellen sicherstellen, dass die Organisationen, die sie konsultieren, auch jene umfassen, die für die direkte Teilhabe von Armut und Ausgrenzung betroffener Menschen eintreten.

b) Sind die Konsultation der Nutzer von Leistungen und die Konsultation zu politischen Maßnahmen gleichzeitig ablaufende Prozesse? In den Antworten zur Umfrage wurde auf nationaler Ebene nur wenig zwischen Konsultation der Nutzer von Leistungen und Einflußnahme auf die politischen Maßnahmen unterschieden. Die Antworten deuteten darauf hin, dass eine Ausweitung der Leistungen durch Befragung der Empfänger und Feedback im Zusammenhang mit der Gestaltung und Erbringung der Leistungen sowohl für die Nutzer der Leistung als auch für die Qualität der Leistung große Vorteile haben kann. Die Diskussion über die Qualität der Leistung kann jedoch getrennt von den politischen Entscheidungen über das Niveau der gebotenen Leistung, die Finanzierung und die Form der Leistung abgehandelt werden. Die öffentlichen Stellen ziehen insgesamt eine Aufteilung in Untergruppen vor, da dies zu einem wirksameren und gezielteren Ressourceneinsatz führen kann. Die Stimmen der TeilnehmerInnen wiesen auf die Gefahr von Isolation, Stigmatisierung und Wohltätigkeit anstelle von Gerechtigkeit hin, die diesem Ansatz innewohnt. Die Maßnahmen müssen sich auf Querschnittspolitiken und andere Formen der Armut und sozialen Ausgrenzung beziehen, um der Vielschichtigkeit von Armut gerecht zu werden und sie in jedem Fall zu besiegen. Dies kam am klarsten in der Diskussion über die Privatisierung der Wasser- und Energieversorgung zum Ausdruck.

c) Welche Zusammenhänge bestehen zwischen der Sozialschutzpolitik und Maßnahmen zur Ausmerzung der Armut?

Wir müssen die Anstrengungen verstärken, bestehende Sozialschutzmaßnahmen nachhaltig zu machen, damit von Armut betroffene Menschen weiterhin Zugang dazu haben. Das Ziel zu setzen, bis zum Jahr 2010 die Armut auszumerzen, und gleichzeitig eine Reihe von Richtlinien zu verabschieden, auf Grund derer weniger im Bereich Sozialschutz zu tun ist, sind einander widersprechende Linien. Die soziale Vorsorge seitens der Regierungen, die für von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen ein ‚Rettungsanker‘ ist, gerät auf Grund von Rationalisierungs- bzw. Liberalisierungsmaßnahmen unter Druck.

Fragen, in denen es gemeinsames Engagement gibt:

Während der dritten Tagung wurde immer wieder das Bekenntnis zu den Grund- und Menschenrechten und zur Ablehnung aller Formen der Diskriminierung erneuert. Die direkte Erfahrung der TeilnehmerInnen zeigte, welche Kluft zwischen dem theoretischen Engagement und der gelebten Alltagsrealität besteht. Die Diskriminierung von Roma, Flüchtlingen und AsylbewerberInnen nimmt zu, anstatt zurückzugehen. Die Einführung von Gesetzen über offizielle Strafen bei Nichteinhaltung politischer Verpflichtungen wurde diskutiert.

Kurzfristig wurde die Anwendung der Methode der offenen Koordinierung als Möglichkeit, Druck auf Gleichrangige auszuüben, empfohlen. Darüberhinaus gibt es eine Reihe von Bereichen, in denen mehr Zusammenarbeit und/oder Follow-up nützlich wäre:

1. Die Erarbeitung einer allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Definition dessen, was unter strukturellen Mechanismen zu verstehen ist, „die von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen in die Gestaltung und Umsetzung von politischen Maßnahmen einbinden“. Diese Definition sollte von Leitlinien zur Verteilung der Mittel, um sicherzustellen, dass diese Mechanismen wirkungsvoll sind, ebenso begleitet werden wie von verbesserter Evaluierung der Teilhabeprozesse.
2. Ein Programm, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Wander bzw. GastarbeiterInnen zu verbessern, das sich bestehender Beispiele für Arbeit in diesem Bereich auf bessere Weise bedient.
3. Gemeinsame Leitlinien für die Rolle der nationalen Regierungen und der NROs in der Förderung der Teilhabe von Armut und Ausgrenzung betroffener Menschen, gestärkt durch Schulungen darüber, wie wirksame Teilhabe erreicht werden kann.
4. Eine Verpflichtung, Finanzierung für Netzwerke auf nationaler Ebene bereitzustellen, welche die Mittel dann an kleinere Gruppen weitergeben.
5. Besserer Zugang zum Europäischen Sozialfonds für kleinere NROs
6. Eine Überprüfung europäischer Politiken mit direkter Auswirkung auf von Armut betroffene Menschen auf ihre Wirkung, z.B. im Zusammenhang mit Sozialschutz, Liberalisierung des Energiesektors, Arbeits- und Lebensbedingungen von Wander- bzw. GastarbeiterInnen.
7. Stärkerer Einsatz bestehender Modelle der Ausbildung und des Kapazitätsaufbaus, mehr Arbeit an der Anerkennung von Qualifikationen und besserer Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie
8. Schulung in Sachen Teilhabe für Beamte
9. Familienfreundliche Maßnahmen. Mehr Arbeit bei Arbeitgebern, die familienfreundliche, flexible Arbeitsbedingungen bieten, z.B. Arbeit während des Schuljahrs; dies würde allen Eltern, besonders jedoch AlleinerzieherInnen zu Gute kommen.
10. Zugang zu einfach formulierten Informationen über Grundrechte für alle in einem Land aufhaltigen Personen
11. Ein Aktionsprogramm gegen Kinderhandel.

Teil eines Prozesses

Die Atmosphäre des offenen Dialogs war in allen Sitzungen durch einen gesunden und lebendigen Austausch ohne Sarkasmus und Bitterkeit gekennzeichnet. Die irische Präsidentschaft ist in der Vertiefung des Dialogs

über politische Fragen zwischen den von Armut Betroffenen und den Entscheidungsträgern einen wesentlichen Schritt weiter gegangen. Allgemein stimmte man überein, dass es nützlich wäre, eine breitere Palette von Akteuren in diesen Prozess einzubinden, da politische Maßnahmen in vielen Bereichen Auswirkungen auf die Armutssituation haben. Man war sich auch allgemein einig, dass die Tagung als Teil eines fortlaufenden Prozesses zu sehen ist. Die klare Zusage von Madame Jacobs, die vierte Tagung von Armut und Ausgrenzung betroffener Menschen während der luxemburgischen Präsidentschaft zu veranstalten, bedeutet, dass der Prozess im Jahr 2005 weitergeht.

Teil 3: Umfrage

Fragebogen

Ein Meinungsforscher wurde beauftragt, eine Umfrage durchzuführen, um zur Vorbereitung der dritten Tagung von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffener Menschen Informationen über die Mittel zu sammeln, die eingesetzt werden, um Teilhabe herbeizuführen.

Die Umfrage basierte auf einem Fragebogen, der Folgendes ermittelte:

- Beispiele für strukturelle Mechanismen, die von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen in den Mitgliedstaaten in die politische Gestaltung und Umsetzung einbinden;
- Informationen und Ansichten dazu, ob das Bestehen solcher Netzwerke es von Armut und Ausgrenzung betroffener Menschen ermöglicht, sich bei der Vorbereitung der Nationalen Aktionspläne/Integration Gehör zu verschaffen.
- Hinweise für mögliche zukünftige Entwicklungen

Der Fragebogen wurde den Mitgliedern des Programmausschusses für soziale Ausgrenzung und des Exekutivausschusses des EAPN zugeschickt. Der Rücklauf mit Unterstützung des Exekutivausschusses betrug 11 Stück (Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Luxemburg, Portugal, Schweden und Vereinigtes Königreich). Die Umfrage wurde im März vor der Erweiterung durchgeführt, es ging jedoch auch eine Antwort vom Ministerium in der Tschechischen Republik ein, welche in die Umfrageergebnisse aufgenommen wurde. Fragebögen wurden auch an die nationalen Netzwerke in der EAPN gesendet, hier betrug der Rücklauf 13 Stück (aus Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, den Niederlanden, Portugal, Spanien und dem Vereinigten Königreich).

Der Fragebogen beschäftigte sich mit Beispielen für Mechanismen zur Einbindung von Armut und Ausgrenzung betroffener Menschen (und der Organisationen, denen sie angehören) in die Gestaltung und Umsetzung politischer Maßnahmen. Im Begleitschreiben zum Fragebogen hieß es, dass Strukturen als Organisationen/Gremien/Abteilungen zu verstehen sind, die auf

Dauer bestehen. Der breiter gefasste Ausdruck „Mechanismus“ bezog sich auch auf Beratungsforen und andere Formen der direkten Beteiligung, die in politische Gestaltung und Umsetzung mündet. Die Interpretationen der Begriffe Mechanismus oder Struktur waren sehr unterschiedlich, das deutete darauf hin, dass hier mehr Arbeit erforderlich ist. Eine Auswahl an Beispielen wurde als Hinweis für die Auswertungsergebnisse im März 2004 herausgefiltert und kann als Grundlage für diese Arbeit dienen.

Beispiele⁴

Österreich: Gezielte Leistungen

Die Antwort Österreichs kam aus verschiedenen Quellen, welche vom Vertreter Österreichs im Programmausschuss für soziale Ausgrenzung koordiniert wurden, und enthielt eine beträchtliche Zahl von Beispielen für Leistungen an bestimmte Gruppen, z.B. Kinder, Familien, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen. Eines der Beispiele aus Österreich ist die Unterstützung eines Seniorenrates, auf den die Prinzipien von Konsultation und Teilhabe zutreffen

| Art des Mechanismus (nicht staatlich) | Reichweite | Budget |
|--|------------|------------|
| Österreichischer Seniorenrat | National | 143.892,-€ |
| Der Österreichische Seniorenrat bietet SeniorInnen in Österreich das Recht auf Mitbestimmung in allen Fragen, die sie betreffen. | | |

Träfen die von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen angestrebten Bedingungen zu, so würde eine solche Möglichkeit zur Teilhabe auch anderen Gruppen wie Frauen, Minderheiten, Wohnungslosen etc. angeboten. In der Praxis könnte das zum Beispiel heißen, dass die Selbsthilfe- und Lobbying-Initiativen arbeitsloser Frauen und Männer, die ein eigenes nationales Netzwerk in Österreich gründen wollen, ähnliche Möglichkeiten zur Verfügung gestellt erhalten wie der Seniorenrat.

Belgien: Strukturelle Unterstützung

Die belgische Regierung hat ein klares politisches Bekenntnis zur vollen Teilhabe der von Armut und Ausgrenzung Betroffenen abgelegt und sich verpflichtet, Strukturen zur Umsetzung dieser Politik zu schaffen. Zur Erfüllung der Voraussetzungen für freie und offene Teilhabe bietet das "*Partnerschaftsabkommen zwischen dem Bund, den Gemeinden und den Regionen*" in Belgien ein Modell der Koordinierung, das auch für andere Mitgliedstaaten von Nutzen sein könnte, besonders jenen, die noch keine Mechanismen eingeführt haben, um Teilhabe zu fördern. Die Struktur verfügt über starke Beziehungen zu den nichtstaatlichen Netzwerken, die den Kontakt mit den von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen herstellen, und bietet einen strukturellen Mechanismus, der den Erfordernissen der komplexen föderalen Struktur Belgiens entspricht.

⁴ Anm. der Übers.: Aus praktischen Gründen wurde nach der alphabetischen Reihenfolge in der englischen Fassung vorgegangen, d.h. nach den englischen Ländernamen.

| Art des Mechanismus (staatlich) | Reichweite | Budget |
|--|---|-----------------|
| Dienst für die Bekämpfung von Armut, Unsicherheit und sozialer Ausgrenzung | National Regional Städtisch Ländlich | -€400000 |
| <p>Hauptziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Erstellung eines Verzeichnisses, Systematisierung und Analyse zu Unsicherheit, Armut, sozialer Ausgrenzung und Zugang zu Rechten auf Grundlage der festgelegten Indikatoren;;</i> • <i>konkrete Empfehlungen und Vorschläge für die Verbesserung von politischen Maßnahmen und Programmen zur Vermeidung von Unsicherheit, zur Bekämpfung der Armut und zur Integration der Menschen in die Gesellschaft;</i> • <i>alle zwei Jahre Abfassung eines Berichtes;</i> • <i>auf Ersuchen einer der unterzeichnenden Parteien, der Interministeriellen Konferenz für soziale Integration, oder auf eigene Initiative Abgabe von Empfehlungen oder Abfassung von Zwischenberichten zu Fragen, die mit einem in ihrem Aufgabenbereich liegenden Problem zusammenhängen;</i> • <i>Abhaltung struktureller Konsultationen mit den Ärmsten.</i> | | |

Zur direkten Konsultation der betroffenen Gruppen braucht diese staatliche Struktur das unabhängige belgische Netzwerk zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, welches wiederum vom Erfolg der regionalen Netzwerke abhängt; dies ist typisch für die föderale Struktur Belgiens. Die Analysen dieser Netzwerke verweist auf die Kluft zwischen der Umsetzung lobenswerter Zielsetzungen, der entsprechenden Methodik und der Realität. Der Konsultationsprozess hat sich noch nicht so weit entwickelt, dass man die Bedingungen geschaffen hätte, auf Basis der Gleichrangigkeit zusammenzuarbeiten, und die Zeit zur Organisation der Teilhabe war noch zu kurz, um wesentliche Ergebnisse zu erzielen. Die Antwort des belgischen EAPN deutet darauf hin, dass mit dem derzeitigen Aufwand bessere Ergebnisse erzielt werden könnten, wenn es eine strategische Erhöhung der Mittel gäbe, die vor allem dem nichtstaatlichen Networking auf regional Ebene zu Gute kommen sollten.

Tschechische Republik: Gezielte Leistungen für bestimmte Gruppen

In den meisten Beispielen nichtstaatlicher und staatlicher Mechanismen, hinter denen das Tschechische Ministerium für Arbeit und Soziales steht, richten ihre Leistungen an bestimmte Gruppen. Es gibt auch ein interessantes Pilotprojekt für die Gemeindeplanung, in dem die Einbindung aller Interessensgruppen (d.h. Nutzer, Bereitsteller, Käufer) eine Schlüsselzielsetzung ist. Das Gemeindeplanungsmodell wird im Bereich der Sozialdienste angewendet, dort soll es einen offenen Prozess der Bedarfsfeststellung und Ressourcenverteilung sowie der Suche nach den besten Lösungen auf die Schiene bringen.

Das hier ausgewählte tschechische Beispiel ist eines der wenigen, in denen die Ausrichtung auf spezifische Gruppen auch ethnische Minderheiten einschließt. Das konkrete Beispiel betrifft regionale Konsultationen in Form von Sozial- und Gesundheitskommissionen, die beratende Funktion im Zusammenhang mit den Anliegen von Menschen mit Behinderungen und Roma haben. Diese regionalen Kommissionen bringen über einen dafür vorgesehenen Mechanismus die Informationen in einen nationalen Konsultationsprozess ein.

| Art des Mechanismus (nicht-staatlich) | Reichweite | Budget |
|---|-------------------|---|
| Sozial- und Gesundheitskommissionen – beratende Gremien für die Gemeinden | Regional | Finanzierung durch Regionen und Gemeinden aus deren Budgets |
| Die von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen sind in diesem Fall Menschen mit Behinderungen und Roma | | |
| Hauptziel: Beratung der Gemeinden zu Gesundheits- und Sozialfragen auf regionaler Ebene | | |

In der Antwort des tschechischen Ministeriums für Arbeit und Soziales wurde auch betont, dass man gerne mehr von den Erfahrungen derer lernen möchte, die bereits mit dem Prozess der Erstellung Nationaler Aktionspläne vertraut sind, da man in der Tschechischen Republik gerade dabei ist, den ersten Nationalen Aktionsplan „Soziale Integration“ zu erstellen.

Dänemark: Die Lücke zwischen Theorie und Praxis schließen

Der staatliche und der nicht-staatliche Sektor in Dänemark übermittelten eine gemeinsame Antwort, die durch den Vertreter des Programmausschusses für soziale Ausgrenzung koordiniert wurde. Die Beispiele beziehen sich vor allem auf Sozialdienste. Die Zielsetzung einer Einbindung der „Nutzer“ und von

Freiwilligen in Wohnbauorganisationen ist die einzige konkrete Bezugnahme auf Teilhaber derer, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Es wird festgestellt, dass es notwendig ist, einen Geist der „Partnerschaft mit derzeit und ehemals ausgegrenzten Menschen“ zu entwickeln, wie das Beispiel zeigt. Die allgemeine Kluft zwischen offizieller Politik der Teilhabe seitens der gefährdetsten Menschen und der praktischen Umsetzung zeigt sich am Beispiel des hier gewählten staatlichen Mechanismus.

| Art des Mechanismus (staatlich) | Reichweite | Budget |
|--|------------|--------------|
| Name der Initiative: „Rat für gefährdete Gruppen“ | National | - 500000€ |
| Hauptziel: Die offizielle Politik verfolgen und Vorschläge machen | | |

Das Beispiel zeigt das Bewusstsein dafür, dass eine genauer definierte Strategie erforderlich ist, um von Armut betroffenen Menschen die Teilhabe an der Umsetzung von politischen Maßnahmen zu ermöglichen.

Finnland: Ein Mainstreaming-Ansatz

Es gibt keinen speziellen Mechanismus auf Ministeriumsebene, durch den von Armut betroffene Menschen direkt in den Entscheidungsfindungsprozess eingebunden werden könnten. Laut dem Vertreter des Ministeriums für Soziales und Gesundheit im Programmausschuss für soziale Ausgrenzung ist Konsultation dort jedoch Teil der Arbeitsweise und Kultur und man beschäftigt sich im Detail mit der Meinung von NROs, wenn es darum geht, Reformen vorzubereiten, Gesetzesentwürfe zu verfassen etc. Die Antwort des Ministeriums für Soziales und Gesundheit betont, dass die Regierung in Finnland sich zu einem Verwaltungssystem bekennt, das aktiv die Zivilgesellschaft einbindet, danach strebt, demokratisch und in der Erbringung seiner Leistungen transparent zu sein. Alle BürgerInnen können sich auf verschiedenen Ebenen direkt mit der Verwaltung, mit Ministerien, Politikern etc. in Verbindung setzen. Die Antwort der finnischen Regierung betonte auch den Einsatz moderner Kommunikationstechnologie, wenn sie ihren BürgerInnen zuhört.

NROs erwarten ein ähnliches Ausmaß an Teilhabe seitens der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen, so ist etwa **Työttömien Valtakunnallinen Yhteistoimintajärjestö (TVY) – Nationale Organisation für die Zusammenarbeit der Arbeitslosen in Finnland** – in der Bevölkerungsgruppe der Arbeitslosen verwurzelt und wird von ihnen verwaltet. Jeder in den TVY-Organisationen war arbeitslos, bevor er/sie wieder Beschäftigung fand.

Das Beispiel aus Finnland verbindet Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft, wobei partizipatorische Strukturmechanismen als Teil eines Mainstream-Ansatzes verwendet wird (d.h. der Aspekt der Armut wird in allen Politikbereichen berücksichtigt). Eines der Beispiele, das der Vertreter des Programmausschusses für soziale Ausgrenzung lieferte, ist das Programm der Regierung für politische Maßnahmen zur zivilen Teilhabe, eines von vier politischen Programmen für die Jahre 2003-2007.

| Art des Mechanismus (staatlich) | Reichweite | Budget |
|---|-------------------|---------------|
| Zivile Teilhabe, Politisches Programm der Regierung | National | -€ |
| <p>Das Programm der finnischen Regierung umfasst vier sogenannte politische Programme. Eines davon ist das Programm für politische Maßnahmen zur zivilen Teilhabe für die Jahre 2003-2007. Es handelt sich um ein landesweites Demokratieprojekt, das darauf abzielt, die Teilhabe der Zivilgesellschaft zu fördern und das Funktionieren der Demokratie zu stärken. Zielsetzung ist es, die Möglichkeiten zu Beteiligung an der Zivilgesellschaft und an Wahlen verbessern und bessere demokratische Bildung zu bieten, ebenso wie auch die sonstige Stärkung der repräsentativen Demokratie.</p> <p>Das politische Programm wird Maßnahmen zur Förderung der Demokratie koordinieren. Besonderes Augenmerk wird auf die Integration von weniger gut ausgebildeten jungen Menschen mit geringerem Einkommen in die Zivilgesellschaft sein, die derzeit bereits sozial ausgegrenzt sind oder Gefahr laufen, es zu werden.</p> | | |

Frankreich: Gesetzesbestimmungen

Die Antwort der Regierung auf den Fragebogen beschäftigte sich eher mit den Formalerfordernissen bei der Umsetzung von gesetzlichen Bestimmungen (siehe Beispiel), während die NRO-Antwort sich stärker auf die Entwicklung gemeinsamer Werte innerhalb einer Gruppe konzentrierte, die sich als freiwilliger Zusammenschluss formiert.

| Art des Mechanismus (staatlich) | Reichweite | Budget |
|--|-------------------|---------------|
| Name der Initiative: Loi (Gesetz) 2002-2 | National | -€ |
| <p>Hauptziel: Erweiterung der Teilhabemechanismen in sozialen und sozio-medizinischen Strukturen Zuschüsse für Notfallsleistungen (CHRS) für Gruppen mit derartigen Zielsetzungen</p> | | |

Die staatliche Unterstützung für Aktionsprogramme zur sozialen Integration haben sich bisher stark auf Leistungen und Stützungen für Einzelpersonen und Familien als auf Netzwerke und andere Mechanismen, die für Teilhabe bei der politischen Gestaltung oder Umsetzung sorgen, konzentriert. Das kann dazu führen, sodass große Erbringer von Leistungen über den Nationalen Rat gegen Ausgrenzung (gegründet 1998 nach der Verabschiedung des Gesetzes gegen soziale Ausgrenzung) an der politische Debatte beteiligt sind.

Die Antworten von NROs und staatlichen Stellen zeigen, dass es bisher bei der Erarbeitung der Nationalen Aktionspläne „Soziale Integration“ keine Beteiligung von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffener Menschen gab. Es gibt jedoch Beispiele für Regierungsinitiativen, die sowohl das zuständige Ministerium als auch REALPES/EAPN als eingehaltenes Versprechen für Verbesserungen betrachten. Ein wichtiges Beispiel ist das Bekenntnis zu einer Konferenz zur Armut, die Gruppen bei Einzeltagungen in 8 Bezirken die Möglichkeit gab, ihre Sichtweise zu präsentieren.

Deutschland: Die Größenordnung der strukturellen Mechanismen

Das Beispiel „Beraterkreis“ in Deutschland zeigt, wie in einigen Mitgliedstaaten besondere Konsultationsgruppen eingerichtet wurden. Ein weiterer Vergleich des Einsatzes von Konsultationsgruppen oder Beiräten und des Ausmaßes, in dem diese von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen einbinden, wäre zweckmäßig.

| Art des Mechanismus (nicht-staatlich) | Reichweite | Budget |
|---|-------------------|--|
| Beraterkreis – Beirat für den Bericht über Armut und Reichtum und die NAPs | National | -€ staatliche und andere Mittel |
| Hauptziel: Einsatz des Fachwissens der NROs, Selbsthilfeorganisationen und anderer Experten zur Begleitung des Prozesses der Ausrichtung und Evaluierung des Berichts über Armut und Reichtum und der NAPs | | |

Mechanismen wie der aus Vertretern von Selbsthilfeorganisationen bestehende Beirat, der im Zusammenhang mit dem Nationalen Aktionsplan konsultiert wird, hat eine spezifische Sicht auf den Fragenkomplex und ist anderer Natur als etwa Regierungsprogramme wie „Soziale Stadt“, in der der Teilhabeaspekt überwiegt. Eine umfassendere Untersuchung der strukturellen Mechanismen, die die Teilhabe von Armut betroffener Menschen ermöglichen, würde einen Gestaltungs- und Umsetzungsprozess erfordern, der auch Überlegungen der Größenordnung und interner staatlicher Strukturen einbezieht. Die Antwort des EAPN Deutschland streicht dies heraus:

„Wollte man den Fragebogen komplett beantworten, müsste man Recherchen auf verschiedenen Ebenen, national, regional und lokal, betreiben. Es ist nicht möglich, in so kurzer Zeit zu antworten.“

Die Antwort des EAPN in Deutschland weist auch mit Nachdruck darauf hin, dass die erforderlichen strukturelle Mechanismen auf lokaler und regionaler Ebene operieren müssen, aber auch eine klare Verbindung zur nationalen Ebene

(dem Bund) brauchen, wenn sie ein zufriedenstellendes Maß an Teilhabe und Feedback liefern sollen.

Griechenland: Definition eines strukturellen Mechanismus für Teilhabe

Das EAPN Griechenland hielt sich im Kontext der Umfrage an eine strenge Definition des „strukturellen Mechanismus“ und schlussfolgerte: „.....es gibt keine Organisationen, die explizit für die Teilhabe und Einbindung von Armut und Ausgrenzung betroffener Menschen in die politischen Gestaltungs- und Umsetzungsprozesse arbeiten.“

Es besteht – so das EAPN Griechenland - die Tendenz, bestimmte Kategorien von Armen *eher wahrzunehmen als andere*, sodass „Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Frauen zum Beispiel durch ihre Verbände mehr Einfluß haben als die Wohnungslosen, MigrantInnen oder AlleinerzieherInnen.“ Das EAPN Griechenland spielt eine Schlüsselrolle als der einzige strukturelle Mechanismus unter den NROs, der die Bedingungen für die Schaffung von Grundlagen im Teilhabeprozess erfüllt. Es besteht auch eine Möglichkeit, hier eine Verbindung zu einer Regierungsinitiative – dem Nationalen Ausschuss für Sozialschutz - herzustellen, der seit den jüngsten Wahlen nicht getagt hat. Weitere Informationen waren seitens des Mitglieds des Programmausschusses für soziale Ausgrenzung nicht verfügbar.

Die Antwort des EAPN Griechenland verweist auf „die Idiosynkrasien und Spezifika der griechischen Gesellschaft und die Rolle der Zivilgesellschaft. Griechenland ist das Land mit einer der höchsten Armutsraten unter den EU-15, die Zivilgesellschaft existiert dort noch nicht allzu lange und ist durch einen Mangel an institutionalisierter Parteienstellung im politischen Entscheidungsprozess gekennzeichnet.“ Die Frage der Teilhabe gilt als ‚neuer Diskurs‘ und der Erfahrungsaustausch mit anderen Mitgliedstaaten wird als wichtig für die Entwicklung von Good Practices erachtet.

Irland: Netzwerke von Netzwerken

Das Beispiel aus Irland zeigt, dass zwischen Regierung und NRO-Initiativen enge Beziehungen bestehen können. Das Department of Rural, Community and Gaeltacht Affairs (Ministerium für ländliche Fragen, Gemeindeangelegenheiten und die gälischsprachigen Gebiete) bietet Finanzierung für 10 nationale Netzwerke zur Armutsbekämpfung, die für die Einbindung spezifischer Gruppen sorgen. Jedes nationale Netzwerk ist für sich autonom und hat eine eigene Identität als NRO, erhält jedoch Mittel für Personal, das in den Bereichen Entwicklung, politische Maßnahmen oder Verwaltung arbeitet.

| Art des Mechanismus (nicht-staatlich) | Reichweite | Budget |
|--|-----------------|----------------------|
| National Anti Poverty Networks Programme (Programm für Netzwerke zur Armutsbekämpfung) | National | - €1,450,000 € |
| <p>Hauptziel: Unterstützung für Netzwerke zur Bekämpfung von Armut zur Ausweitung ihrer Kapazität, sodass sie zur politischen Entwicklung auf nationaler Ebene beitragen können Erweiterung der Kapazität dieser Netzwerke, um politische Maßnahmen aus ihren Erfahrungen auf lokaler und nationaler Ebene ableiten zu können. Es gibt 10 solche nationale Netzwerke zur Armutsbekämpfung, die die Interessen von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffener Menschen vertreten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ European Anti Poverty Network (EAPN) Ireland ▪ Community Workers' Co-op (CWC) ▪ Forum of People with Disabilities (FPD) ▪ Irish National Organisation of the Unemployed (INOUE) ▪ Irish Rural Link (IRL) ▪ Irish Traveller Movement (ITM) ▪ One Parent Exchange and Network (OPEN) ▪ Children's Rights Alliance (CRA) ▪ Irish Refugee Council (IRC) ▪ Older Women's Network (OWN) | | |

Die Hauptkriterien für diese Finanzierung liegen darin, dass die Netzwerke die von ihnen vertretenen Gruppen auch aktiv einbinden müssen, sie müssen im Geist einer Entwicklung der Gemeinschaft agieren und über eine repräsentative Struktur verfügen. Sie müssen weiters lokale Aktionen gegen Armut unterstützen und politischen Einfluss unter ihren Mitgliedern – geografisch oder durch gemeinsame Interessen definierte Gemeinschaften oder Personen, die in Armut leben – fördern. Diese Netzwerke machen zwar die Grundlagenarbeit, welche die Teilhabe der durch die Netzwerke vertretenen konkreten Gruppen verbessern kann, es bleibt jedoch noch viel zu tun, was den Prozess der Beteiligung angeht. Der Bericht zur 2002 erfolgten Konsultation im Zusammenhang mit den NAPs/Integration verweist auf die Notwendigkeit, die Beteiligungsstrukturen zu verbessern.

Italien: Lokale soziale und wirtschaftliche Entwicklung

CILAP/EAPN Italien hielt sich im Zusammenhang mit der Umfrage an eine strenge Definition des „strukturellen Mechanismus“ und berichtete, es gebe keine nicht-staatlichen oder staatlichen Mechanismen, die Diskussion, Analyse und Reflektion der Lage von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffener Menschen wiedergeben würden. Das Beispiel einer staatlichen Initiative wurde hier als

Hinweis darauf beschrieben, dass es möglicherweise eine Wende hin zu einem Bekenntnis zur Teilhabe geben könnte. Es zeigt die Auswirkungen der nationalen Gesetzgebung (Gesetz Nr. 328), aus der Stadtplanungsprogramme hervorgegangen sind – „Piani regolatori sociali“ (sozialpolitisch beeinflusste Stadtplanung). Diese Mechanismen der lokalen BEhörden zielen auf eine Art Dezentralisierung ab. Laut CILAP scheinen sie „in einigen großen Gemeinden (Rom, Neapel) und anderen, kleinen Gemeinden zu funktionieren.“ Das Netzwerk zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung CILAP in Italien plant, eine Beziehung zu den „Piani regolatori sociali“ (sozialpolitisch beeinflussten Stadtplanungsprogrammen) herzustellen.

| Art des Mechanismus (staatlich) | Reichweite | Budget |
|--|-------------------|---------------|
| „Piani regolatori sociali“ (sozialpolitische Stadtplanung) | Städtisch | -€ |
| Das im Jahr 2000 verabschiedete Gesetz Nr. 328 regelte die Neuordnung der Sozialhilfe und der öffentlichen Sozialdienste auf lokaler Ebene; darin ist die Gründung von Vermittlungsorganisationen für die Planung lokaler Projekte vorgesehen. Einige Gemeinden gründeten die „Piani regolatori sociali“ (sozialpolitisch beeinflusste Stadtplanungsprogramme), die in den Gemeinden lokal agieren: sie haben die Aufgabe, die Beteiligung aller Akteure an lokalen Aktionen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. | | |

CILAP arbeitet mit anderen NROs zusammen, die in anderen Mitgliedsstaaten als Mechanismen zur Förderung der Teilhabe angeführt wurden, etwa der Caritas.

Luxemburg: Einbindung von NROs in die politische Gestaltungsarbeit

Staatliche Initiativen in Luxemburg basieren auf bestehenden Gesetzen und Gesetzesnovellen. Sie sind nicht so sehr auf die direkte Einbindung derer, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, ausgerichtet, sondern suchen die NROs einzubinden, die diese Menschen zusammenbringen. Ein im Mai 2003 zur Verabschiedung dem Parlament vorgelegtes Gesetz sieht daher die Beteiligung von Vertretern solcher NROs am „Conseil Supérieur à l'action sociale“ (Hoher Rat für Sozialaktionen) vor. Der Hohe Rat berichtet dem Parlament alle drei Jahre und stellt fest, welche Aktionen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erforderlich sind bzw. empfiehlt entsprechende Maßnahmen.

Im Dezember 2003, schon vor der Verabschiedung des neuen Gesetzes, waren ATD-Quart Monde, A.S.T.I und CARITAS als Experten bei einer Sitzung des Hohen Rates vertreten.

Das Beispiel ASTI ist angeführt, weil dort das Schwergewicht auf Rechten liegt und damit eine der Bedingungen für Teilhabe erfüllt ist, die lautet „Es gibt keinen Platz für Diskriminierung in Dialog und Austausch.“ Das ist eines der wenigen Beispiele aus allen Antworten, in dem die Betonung auf Rechte oder Bekämpfung der Diskriminierung gelegt wurde.

| Art des Mechanismus (nicht-staatlich) | Reichweite | Budget |
|--|------------------------|---------------------------|
| <p>Name der NRO: <i>A.S.T.I. Association de Soutien aux travailleurs immigrés a.s.b.l. /Verband zur Unterstützung von Gastarbeitern</i> http://www.asti.lu/ <i>Vertrag mit der Regierung (Ministerium für Familie, soziale Solidarität und Jugend)</i></p> | <p>National</p> | <p>ca. 120.000</p> |
| <p>Hauptziel: Eintreten für die Rechte und Interessen von ImmigrantInnen und Förderung ihrer Teilhabe am öffentlichen Leben. <i>(Das Projekt für Schulungsmaßnahmen zur leichteren Integration von AsylbewerberInnen auf dem Arbeitsmarkt wurde mit EQUAL-Mitteln finanziert.)</i></p> | | |

Durch die Gesetzesänderung verlagert sich das Schwergewicht von einer Beziehung zwischen Sozialdienst und Klienten hin zu einer breiter angelegten Konsultation im Rahmen eines politischen Gestaltungsprozesses. Das Bekenntnis zur Einbindung von NROs in Planung und politische Gestaltung ist Teil eines Prozesses, in dem die Erbringung von Leistungen mit der größere Kreise erreichenden Teilhabe der Zivilgesellschaft verbunden werden. Es basiert auf dem Prinzip, dass die Forderungen von Armut betroffener Menschen durch Organisationen, die ihre Interessen vertreten, besser kommuniziert werden.

Portugal: Lokale und regionale Zusammenarbeit

Die portugiesische Regierung hat nach intensivem Lobbying seitens der NROs die Gründung eines NRO-Forums angeregt. Das ist in den Augen des EAPN Portugal ein wichtiger Durchbruch:

„Auch wenn dieses Forum keine direkte Teilhabe von Armut betroffener Menschen schafft, wird es doch eine wichtige Plattform für die Organisationen sein, die von Armut betroffene Menschen vertreten, und ihnen Gehör verschaffen. Es wird ein Nationales Forum sein, in dessen Rahmen die NROs konsultiert werden und ihre Ansichten vorbringen können.“

(Antwort des EAPN Portugal auf den Fragebogen, Mai 2004) |

Das ausgewählte Beispiel zeigt, dass sich die Regierung in Portugal nun auch stärker der Zusammenarbeit mit der regionalen und lokalen Ebene verschreibt. Die Regierung stellt Mittel zur Verfügung, die es dem EAPN in Portugal ermöglichen, mit Pilotprojekten einen Prozess der Aktivierung auszulösen, in dessen Rahmen mehr Teilhabe an der Gestaltung, Umsetzung und Evaluierung von Maßnahmen möglich sein wird. Ergebnisse dieses Aktivierungsprozesses liegen noch nicht vor, dazu ist es noch zu früh.

| Art des Mechanismus (nicht-staatlich) | (nicht-) | Reichweite | Budget |
|--|----------|----------------------|-----------------|
| „Aktivierung zur Teilhabe“ Portugal | EAPN | National Regional | -82.335,38 € |
| Hauptziel: Seit 2002 versucht das EAPN Portugal, über ein Projekt mit dem Titel „Aktivierung zur Teilhabe“ Aktionen durchzuführen, mit denen von Armut betroffene Menschen an der Definition, Umsetzung und Evaluierung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung eingebunden werden sollen. Im Jahr 2003 war das Projekt Teil des portugiesischen NAP/Integration und wurde von der portugiesischen Regierung finanziert. Es handelt sich um den Beginn eines Prozesses, einen Versuch, der vom portugiesischen Netzwerk zur Bekämpfung von Armut koordiniert wird. Es besteht in 4 Regionen des Landes (Porto, Braga, Évora und Coimbra). | | | |

Niederlande: KlientIn oder BürgerIn?

Als wichtigste staatliche Maßnahme der Einbindung wurde vom EAPN Niederlande die Schaffung von „Klientenräten“ genannt, die es seit einiger Zeit gibt und die die Nutzer von Leistungen vertreten, etwa Altersheime, Betreuungszentren für Wohnungslose und die Räte von Leistungsempfängern auf lokaler Ebene.

Diese Räte sind in der nationalen Gesetzgebung verankert und werden auf regionaler und lokaler Ebene finanziert. Das EAPN hat „die LKU (Landelijke Kadertraining Uitkeringsgerechtigden / Nationale Schulung für Leistungsempfänger) zur Schulung von Menschen an Bord geholt, denen die Möglichkeit zur Teilhabe an den Klientenräten gegeben werden soll; dort können sie die Politik auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene beeinflussen.“ (Antwort des EAPN NL). Die Schulung für die Menschen in den Klientenräten durch die LKU wurde jedoch 2004 aus finanziellen Gründen reduziert (Einsparungen in allen Bereichen). Das bedeutet, dass die Einbindung von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffener Menschen im Rückgang, nicht im Steigen begriffen ist.

| Art des Mechanismus (staatlich) | Reichweite | Budget |
|--|-------------------|---------------|
| Klientenräte | National | -€ |
| Hauptziel: Nutzergruppen in die Gestaltung von Leistungen und Sozialpolitik einzubinden. Die Organisation von Klientenräten ist verpflichtend vorgeschrieben, sie müssen jedoch auf der Ebene der Region, Provinz oder lokalen Gebietskörperschaft umgesetzt und finanziert werden. | | |

Spanien: Von der Theorie zur Praxis

Mechanismen zur Einbindung der „afectados“ in Spanien sind auf der Ebene der Regierung und der NROs entweder schwach oder existieren gar nicht. Das Europäische Netzwerk zur Bekämpfung von Armut ist der Ansicht, dass die einzigen nennenswerten Denkprozesse in diesem Zusammenhang ATD-Fourth World zu verdanken sind. In Anerkennung der Tatsache, dass es notwendig ist, in diesem Bereich zu arbeiten, hat das Netzwerk eine Gruppe gegründet, die sich der Entwicklung der Teilhabe als Teil des EAPN-Neubeginns in Spanien verschrieben hat. Auf dieser Grundlage und auf Grund der Teilnahme einer spanischen Delegation an der dritten Europäischen Tagung wird zum Thema Teilhabe ein Seminar abgehalten werden.

Das spanische Netzwerk zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung hat als bestes Beispiel auf die Partnerschaft zwischen drei NROs hingewiesen, die an einem europäischen Projekt zur Bekämpfung der Diskriminierung arbeiten.

| Art des Mechanismus (staatlich) | Reichweite | Budget |
|--|-------------------|---------------|
| Aktionsprogramm gegen Diskriminierung im Zusammenhang mit Beschäftigung, getragen von drei NROs | National | -€ |

Cáritas: Arbeit an der Integration junger Menschen, die Gefahr laufen, aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt zu werden.
Rotes Kreuz: Arbeit an der Integration von ImmigrantInnen in den Arbeitsmarkt
Fundación Secretariado General Gitano: Arbeit an der Integration von Angehörigen der Roma-Minderheit in den Arbeitsmarkt
Die drei Programme sehen die Teilhabe von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffener Menschen im Prozess der Arbeitsmarktintegration vor. Sie stehen derzeit in der Umsetzungsphase.

Es ist vorgesehen, die Erfahrungen aus diesen drei Programmen zur Unterstützung der Planung zukünftiger Teilhabeprozesse in Spanien heranzuziehen.

Schweden: Teilhabe von „Nutzern“ und Zivilgesellschaft

Die Antwort Schwedens weist nachdrücklich auf die Kluft zwischen den gemeinsamen Bestrebungen der Regierung und den NROs einerseits und der Umsetzung der dazugehörigen Prozesse hin. Es ist die ausdrückliche Absicht des schwedischen Aktionsplans, sich mit den Lücken in der Teilhabe zu beschäftigen und „dafür zu sorgen, dass die BürgerInnen mehr Chancengleichheit erhalten, wenn es darum geht, den politischen Prozess mehr, als derzeit der Fall ist, zu beeinflussen.“ (NAP/Integration Schweden, S. 37). Das ausgewählte Beispiel basiert auf dem Vorschlag, „einen Ausschuss für die Beteiligung von Nutzern an sozialen Entwicklungen im Ministerium für Gesundheit und Soziales einzurichten, in dem das Netzwerk zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und Vertreter des schwedischen Verbandes der lokalen Behörden sowie das Nationale Gesundheits- und Sozialamt eine wichtige Rolle spielen werden.“ (NAP/Integration Schweden, S. 41)

| Art des Mechanismus (staatlich) | Reichweite | Budget |
|---|-------------------|---------------|
| “Ausschuss zur Einflussnahme durch Nutzer” | National | -€ |
| Hauptziel: Konsultationsgremium, das öffentlichen Sektor, Freiwilligen- und Nutzerorganisationen zusammenbringt um alle einschlägigen Gremien zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Gefährdung zu mobilisieren. | | |

Aus der Sicht der schwedischen Regierung ist es „schwierig, einen umfassenden und erfolgreichen Austausch von Informationen über Best Practices zu entwickeln.“ Eines der Beispiele für Good Practice aus Sicht der Regierung ist das der lokalen Entwicklungsvereinbarungen, die Theorie und Praxis der Gemeindeentwicklung oder lokalen sozialpolitischen Entwicklung vereinen und denen ein Bekenntnis zu Teilhabe zu Grunde liegt; sie sind in der Lage, eine breite Palette von politischen und anderen Ideologien unter ihrem Schirm zusammenzubringen.

Vereinigtes Königreich: Dezentralisierung

In der Antwort aus dem Vereinigten Königreich heißt es, dass die Regierung des Vereinigten Königreiches „die Notwendigkeit anerkennt, dass sie mit breit gestreuten Personengruppen partnerschaftlich zusammenarbeiten muss, wenn sie Armut und soziale Ausgrenzung wirksam bekämpfen will.“ Der Ansatz basiert auf der Delegation von Zuständigkeiten an die Parlamente von Schottland und Wales und die Verwaltung von Nordirland.

| Art des Mechanismus (staatlich) | Reichweite | Budget |
|--|-------------------|----------------------------|
| Name der Initiative: Social Inclusion Partnerships (Partnerschaften für soziale Integration) http://www.communitiesscotland.gov.uk | Schottland | 4.1m Pfund Sterling |
| Hauptziel: Einbindung der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen in die verbesserte Erbringung lokaler öffentlicher Leistungen in benachteiligten Gebieten. | | |

Das Ministerium für Arbeit und Pensionen „berät sich mit der Social Policy Task Force (SPTF). Die SPTF ist ein Netzwerk/eine Dachorganisation von NROs, die vor allem zur Zusammenarbeit mit der Regierung des Vereinigten Königreichs an den Nationalen Aktionsplänen/Integration gegründet wurde. Die SPTF wurde vom EAPN initiiert und war in die Entwicklung des NAP/Integration 2003 eingebunden. Das hat zur einem gemeinsamen Projekt zur Entwicklung von Instrumenten der Teilhabe („Participation Toolkit“) geführt, welche die Beteiligung von Menschen, die Armut erlebt haben, an der Entwicklung der NAP/Integration

stärken wird. Die Stellungnahmen aus dem Vereinigten Königreich zum Mehrwert der engen Arbeitsbeziehungen zwischen Regierung und NROs strahlen Begeisterung aus: „Ein offenerer Teilhabeprozess hat den Vorteil, den Entscheidungsträgern bestimmte Probleme bei der Umsetzung von politischen Maßnahmen aufzuzeigen. Ohne die direkte Einbindung der von Armut betroffenen Menschen wäre man auf manche dieser Probleme nicht in diesem Ausmaß aufmerksam geworden.“

Anhang I: Programm

| Dritte Europäische Tagung von Armut und Ausgrenzung betroffener Menschen Programm | |
|--|--|
| Donnerstag, 27. Mai | Eintreffen der Delegierten |
| 19.00 | Buffet im Hotel Dorint |
| Freitag, 28. Mai | Konferenzvorsitz: Professor Seamus O Cinneide |
| 9.00 - 9.45 | Eröffnungsplenum <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gerry Mangan, Vertreter der irischen Präsidentschaft ▪ Maria Arena, Ministerin für soziale Integration, Großstadtpolitik, Chancengleichheit und öffentlichen Dienst, Belgien ▪ Marie-Josée Jacobs, Ministerin für Familie, soziale Solidarität und Jugend, Luxemburg ▪ Odile Quintin, Generaldirektorin für Beschäftigung und Soziales, Europäische Kommission ▪ Isabelle Leborgne, Association Action Partenariat International Economique et Social, Teilnehmerin an der zweiten Tagung |
| 9.45 – 10.15 | Tee/Kaffeepause |
| 10.15 – 13.00 | Arbeitsgruppen 1: Einführung und Erfahrungsaustausch <ul style="list-style-type: none"> • Kurzzusammenfassung der 1. und 2. Tagung • Vorstellung der TeilnehmerInnen, ihrer Verbände/NROs und der wichtigsten Erfolge und Herausforderungen für ihre Verbände/NROs. • Die aufgeworfenen Probleme werden zu abgestimmten gemeinsamen Fragen für den Dialog im Schlussplenum formuliert werden. |
| 13.00 – 14.30 | Mittagessen |
| 14.30 – 16.00 | Arbeitsgruppen 2: Teilhabe – wie sieht es in der Praxis aus ? <ul style="list-style-type: none"> • Präsentation der wichtigsten Ergebnisse der Umfrage • Präsentation eines Beispiels aus der Umfrage |

| | |
|-------------------------|--|
| | (Diskussion) <ul style="list-style-type: none"> • Austausch von Beispielen für Teilhabe, in die TeilnehmerInnen eingebunden sind. |
| 16.00 – 16.30 | Tee/Kaffeepause |
| 16.30 – 17.30 | Arbeitsgruppen 2 - Fortsetzung <ul style="list-style-type: none"> • Offene Diskussion zum Thema Teilhabe |
| Abend | Abendessen im RESIDENCE PALACE , Rue de la Loi 155 Catering von BOUILLON DE CULTURES , einem Brüsseler Verband für Schulung und soziale Integration Irische Musik von Siomon O DONNGHAILE Afrikanische Musik von Federation Hope for Africa |
| Samstag, 29. Mai | Konferenzvorsitz: Professor Seamus O’CINNEIDE , |
| 9.15 – 10.15 | Arbeitsgruppen 3: Vorbereitung des Feedbacks an das Plenum |
| 10.15 – 10.45 | Tee/Kaffeepause |
| 10.45 – 13.15 | Plenum <ul style="list-style-type: none"> • Berichte von anderen Veranstaltungen der Präsidentschaft: Sandra Christian, EAPN Netherlands • Berichte und Fragen aus den Arbeitsgruppen • Antworten des Podiums • Offene Diskussion Podium <ul style="list-style-type: none"> • Mary Coughlan, Ministerin für Familie und Soziales, • Maria Arena, Ministerin für soziale Integration, Großstadtpolitik, Chancengleichheit und öffentlichen Dienst, Belgien • Armindo Silva, Referatsleiter, Soziale Ausgrenzung, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales, Europäische Kommission • Brigitte Weinandy, Mitglied des EU-Ausschusses für Sozialschutz, Conseiller de direction 1ère classe, Ministerium für Familie, Solidarität und Jugend – Nationaler Dienst für Sozialaktionen, Luxemburg • Ludo Horemans, Vizepräsident, European Anti Poverty Network |
| 13.15 – 13.30 | Schlussplenum <ul style="list-style-type: none"> • Mary Coughlan, T.D., Ministerin für Familie und Soziales, Irland • Maria Marinakou, EAPN, Präsidentin • Abschlusstellungen der Vorsitzenden |

| | |
|-------|--|
| 13.30 | <ul style="list-style-type: none">• Familienfoto• Mittagessen |
| 14.30 | Abreisemöglichkeit für die TeilnehmerInnen |

Anhang II: Teilnehmerliste

| Dritte Europäische Tagung von Armut betroffener Menschen | | | | | | | |
|--|-----------|--|--------------|-----------------|-------------------------------------|------------------|--|
| Familienname | Vorname | NRO - Organisation | Postleitzahl | Ort | Adresse | Phone | E-mail |
| ÖSTERREICH | | | | | | | |
| LANDA | Katarzyna | "Zum Alten Eisen " Selbsthilfegruppe von Arbeitsuchenden ab 40 | A-1020 | Wien | Heinistrasse 29/8A | | kml@chello.at |
| EHLER | Wulfhardt | "Zum Alten Eisen " Selbsthilfegruppe von Arbeitsuchenden ab 41 | A-1230 | Wien | Färbermühlgasse 5/2/3 | | wulfhardt.ehler@chello.at |
| KOEHLER | Dietmar | "Zum Alten Eisen " Selbsthilfegruppe von Arbeitsuchenden ab 42 | A-1230 | Wien | Dr. Hanswenzlgasse 8 | | ibd.koehler@utanet.at |
| BELGIEN | | | | | | | |
| STEPMAN | Patricia | | | | | | |
| PEELMAN | Sonja | | | | | | |
| ROSSIERS | Paul | | | | | | |
| CLYMANS | Mieke | PRISO- Steunpunt Turnhout | B-2300 | TURNHOUT | Otterstraat 116 | 32 14/44.26.74 | mieke_turnhout@priso.be |
| TALON | Jocelyne | Comité de défense des citoyens de la ville de Bruxelles | B-1000 | BRÜSSEL | Rue borgval, 2 | 32 2 502 95 02 | jocelynetalon@hotmail.be |
| CLEMENT | Eugène | Fédération Espoir d'Afrique ASBL | B-1082 | Brüssel | Place de la Gare, 1/2 | 32 2 648 97 63 | vzwfedasbl@belgacom.net |
| BULGARIEN | | | | | | | |
| IVANOVA | Angelina | Dialog zwischen den Ethnien | | Dorf DOBRODAN | | 359+889 43 72 56 | dobrodan@infotel.bg |
| POPOV | William | Kompetenz und Ethik | | Stadt PAVLIKENI | | 359+610 36 45 | |
| IVANOV | Sasho | Kultur- und Jugendorganisation der Roma | | Stadt STRELCHA | | 359+888 83 33 81 | lia@abv.bg |
| MINEV | Douhomir | EAPN Bulgarien | BG-1000 | SOFIA | Rakovski 159 str | 359+2 988 54 48 | perspekt@tradel.net |
| JELIAZKOVA | Maria | Informationszentrum | BG-1000 | SOFIA | Rakovski 159 str | 359+2 988 54 48 | perspekt@tradel.net |
| TSCHECHISCHE REP. | | | | | | | |
| Hradecky | Ija | | | | | | hradecky@nadeje.cz |
| DÄNEMARK | | | | | | | |
| RUDOLF | Ole | TRUE | DK-8210 | ARHUS | Jernaldervej 221a-ltv-dep 3535 | 86 25 07 40 | naerudvalget.aarhusamt@yahoo.dk |
| NIELSEN | Johnny | TRUE | DK-7620 | LEMVIG | Jens Sondergardsvej 3, 3sal.dep 312 | | urup722003@hotmail.com |
| HAMMER | Lis | KOFOEDS SKOLE | | DK-KOPENHAGEN | Tagensvej 29 | | |
| LARSEN | Inge | KOFOEDS SKOLE | | DK-KOPENHAGEN | Folehaven 45.Valby | | |
| LARSEN | Karin | KOFOEDS SKOLE | | DK-DRAGOR | Schoutgarden 32 | | karinl@kofoedsskole.dk |

| | | | | | | | |
|---------------------|----------------|---|----------|-----------------|----------------------------|--------------------|--|
| ESTLAND | | | | | | | |
| HEINLA | Eda | NRO Kinderhilfszentrum Tallinn | 10143 | TALLINN | Estonia blvd 7 | 3.726.454.192 | Eda.Heinla@iiss.ee |
| FINNLAND | | | | | | | |
| PULLI | Majja | TVY ry/EAPN-Fin | FI-25330 | KUUSJOKI | Riitasuontie 19 | 358 2 7344 933 | majja.pulli@kuusioki.salonseutu.fi |
| JOKINEN | Tarja | Pienperheyhdistys ry | FI-25330 | HELSINKI | Väinöläkatu 34 D 19 | 358 9 7242 932 | tarja.jokinen@kolumbus.fi |
| OYER | Yumus | Suomen Punainen Risti | FI-00810 | HELSINKI | Petter Wetterin tie 3 D 94 | 358 40 5248 126 | yumusud@hotmail.com |
| WARDOYO | Riina | Helsingin Ensikoti | FI-00510 | HELSINKI | Lemunkuja 3 C 18 | 358 50 3472 512 | rinasnet@yahoo.com |
| WARDOYO | Endro | Helsingin Ensikoti | FI-00510 | HELSINKI | Lemunkuja 3 C 18 | 358 50 3472 512 | rinasnet@yahoo.com |
| FRANKREICH | | | | | | | |
| BIANDA | Magloire Cheri | Foyer Vers l'Avenir | FR-42153 | RIORGES | 337, Chemin Martin | 33+6 230 321 56 | magcheri@yahoo.fr |
| LEBORGNE | Isabelle | AIPIES | FR-76210 | BOLBEC | 4bis Place Félix-Faure | 33+2 35 31 86 19 | aipies@wanadoo.fr |
| DUPREZ | Christine | Ass. Martine Bernard | FR-59420 | MOUVEAU | 63 rue de Lille | 33+3 20 55 07 87 | christine.duprez@wanadoo.fr |
| MOULAOU | Nassera | | FR-75020 | PARIS | 6 Rue Ch. & Robert | 33+6 82 24 52 91 | nassera.moulaoui@laposte.net |
| LONGELIN | Bénédicte | Foyer Chartrain | FR-28003 | CHARTRES | 12 rue Hubert Latham | 33+2 37 88 40 00 | bene_longelin@hotmail.com |
| LARMEE | Valérie | ATD Quart Monde | FR-69120 | VAUX en VELIN | 6 chemin des Echarmeaux | 33+4 26 65 26 21 | atdlyon@atd-quartmonde.org |
| HENRIQUES | Antonio | ATD Quart Monde | FR-69000 | LYON | 28, rue de l'annonciade | 33+4 78 39 34 30 | atdlyon@atd-quartmonde.org |
| DEUTSCHLAND | | | | | | | |
| BIEHN | Erika | NAK | 59555 | Lippstadt | Cappeltor 12 | 0049-2941-78930 | bagshi.erika@web.de |
| GEHRKE | Marlis | | 12629 | Berlin | Gothaer Str. 17 | 0049-30-9953811 | netz-sozialberatung@gmx.net |
| KRÄMER | Imme | BAG-SHI | 60439 | Frankfurt | Niederurseler Landstr. 24 | +49-69-27 22 08 98 | bagshi-beratung@aol.com |
| RATHMER | Otger | BAG-E | 60318 | Frankfurt | Nordendstr. 61 | | otger2004@yahoo.de |
| SCHRÖTER | Jens | AGAB e.V. | 28215 | Bremen | Kastanienstr. 63 | | |
| THÜRAUF | Andrea | BAG-E | 60437 | Frankfurt | Homburger Landstr. 865 | 0049-69-762267 | andrea.thuerauf@t-online.de |
| WALTHER | Beate | | 47533 | Kleve | Liesegangstr. 21 | | B.Walther-Kleve@web.de |
| GRIECHENLAND | | | | | | | |
| TSITSIPA | Theodora | | Gr-14676 | KALITH E-ATHEN | Treas, 6 | 00 30 694 7614 287 | tsitsipa@pnafonet.gr |
| LEKAJ | Egida | | Gr- | EXARHIA - ATHEN | Sp.Trikoupi | 00 30 693 7195 104 | egidaleka@yahoo.co.uk |
| MARINAKOU | Maria | EAPN Griechenland, Präsidentin des EAPN International | | | | | mmarinakou@miland.gr |
| DOURIDA | Evangelia | EAPN Griechenland | Gr 12136 | PERISTERI ATHEN | Kleanthous, 26 | 00 30 694 4152 806 | kspm-erp@otenet.gr |
| GEBRETSADIK | Geremen | | Gr-11528 | ILISSIA - ATHEN | Iridanou 4 a | 00 30 693 4486 388 | |

| UNGARN | | | | | | | |
|-----------------|----------|---|-----------|-----------|--|---------------------------------|--|
| GELSEI | Gergo | Bund der Sozialberufe | 1094 | BUDAPEST | Ráday u. 43-45. 609.sz. | +3630 275 17 37 | gelsei.gergo@kla.hu |
| MACZNE PLETSER | Agnes | CSEPEL – Hilfe für Menschen unter dem Existenzminimum | 1211 | BUDAPEST | Kiss J.alt. u. 63. 5/57. | +36-20583-3621 | |
| LAJTOS | Sandor | Teehaus – Club für Arbeitssuchende | 1214 | BUDAPEST | Szent István út 1/b. | +36-20466-7467 | lasa@freestart.hu |
| GURBAI | Katalin | Teehaus – Club für Arbeitssuchende | 1215 | BUDAPEST | Szent István út 1/b. | +36-20466-7467 | lasa@freestart.hu |
| FARKASNE BODNAR | Emma | CSEPEL – Hilfe für Menschen unter dem Existenzminimum | 1214 | BUDAPEST | Nap u.8.4/14. | +361 420 6654 | emmi48@freestart.hu |
| IRLAND | | | | | | | |
| Deaton | Margaret | Tallaght Centre for the Unemployed | Dublin 24 | Tallaght | St Dominicks Hall, Main Street | 4621075 | magdeaton@eircom.net |
| King | Liz | Tallaght Centre for the Unemployed | Dublin 24 | Tallaght | St Dominicks Hall, Main Street | 4512983 | tcu@iol.ie |
| In Son Key | Clara | Migrants Rights Centre of Ireland | Dublin 3 | Dublin | No 3 Bereford Park | 8881355 | info@mrci.ie |
| Magat | Sancha | Migrants Rights Centre of Ireland | Dublin 3 | Dublin | No 3 Bereford Park | 8881355 | info@mrci.ie |
| Creighton | Maria | One Parent Exchange & Network | Co Mayo | Co Mayo | Malvern Mews, Knock Road, Claremorris, | 086-0652815 | enquiries@oneparent.ie |
| Courtney | Joan | One Parent Exchange & Network | Co Kerry | Co Kerry | 34 Ballyrickard Court, Tralee,. | 087-9654867 | enquiries@oneparent.ie |
| ITALIEN | | | | | | | |
| ALUISI | Paola | Casa dei Diritti Sociali-CILAP EAPN Italy | I-00145 | ROM | Via G. Gozzi 161 | +393480645600 - +39065414267 | paolaalu@hotmail.com |
| PERRATONE | Guido | Emmaus Roma | I-00147 | ROM | Via Casale de Merode 8 | +39065122045 - +393398876667 | segr.emmausest@libero.it |
| PARATO | Michele | Emmaus Ferrara | I-44040 | S.NICOLO | Via Masolino Piccolo 8/10 | | emmausferrara@libero.it |
| ARSENE | Ciprian | Casa dei diritti sociali | I-00189 | ROM | Via Ischia di Castro 25 | | |
| MELE | Carlo | Caritas Italiana | I-83100 | AVELLINO | c/o Caritas italiana Piazza Libertà 23 | 39082574691 | carit_av@inopera.it |
| PALUMBO | Cristina | Caritas Italiana | I- 81016 | CASERTA | Coop. Parva Domus, Via Elci (Piedimonte Matese) | 390823783756 | crispalumbo@inwind.it |
| GRGA | Mirko | Comunità di Capodarco | I-00175 | ROM | c/o Comunità di Capodarco Via Messala Corvino 59 | 39 3391323765 | |
| BATTAGLIA | Giuseppe | Caritas Italiana | I-83100 | AVELLINO | c/o Caritas italiana Piazza Libertà 23 | | carit_av@inopera.it |
| LETTLAND | | | | | | | |
| GEIDE | Dzintars | Livani Foundation "Balta Maja" and Charity Centre | LV 1021 | Riga | Praulienas 10 -33 | 3.716.118.899 | dq@btv.lv |
| LUXEMBURG | | | | | | | |
| CAPITAO | Marco | Keine | | Luxemburg | | | |
| WIRTZ | Nico | Keine | | Luxemburg | | | |
| HOFFMANN | Marco | EAPN Lux | L-1725 | Luxemburg | 21-23, rue Henri VII | 00352-22 00 99 - 20 | marco.hoffmann@ligue.lu |
| SCHNEIDER | Klaus | EAPN Lux | | Luxemburg | | | |

| | | | | | | | |
|-------------------------|----------------|--|-----------|---------------------|---|-----------------|--|
| MALTA | | | | | | | |
| Calleja | Mark Anthony | Caritas Malta | VLT16 | FLORIANA | 5, LION STREET | 0356 25906600 | diaconia@caritasmalta.org |
| NIEDERLANDE | | | | | | | |
| CHRISTIAAN | Sandra | EAPN Nederland | NL-1622DK | HOORN | Astronautenweg 148 | | sm.chrsitiaan@quicknet.nl |
| ETTEMA | Jan | EAPN Nederland | NL-7311EJ | APELDOORN | Brinkhorstweg 11 | | janetema@wanadoo.nl |
| VEERHOFF | Niek | EAPN Nederland | NL-1703MV | HEERHUGOWAARD | Spaarne 88 | | nveer@wxs.nl |
| SMEEKES | Alida | EAPN Nederland | | | | | salida@zonnet.nl |
| DE KONING | Rien | EAPN Nederland | NL-5491KZ | OEDENRODE | Venkel 5 | | h.koning22@chello.nl |
| HUYBERTS | Anja | EAPN Nederland | NL-5491KZ | OEDENRODE | Venkel 5 | | h.koning22@chello.nl |
| NORWEGEN | | | | | | | |
| HERRESTAD | Ina | | NO-0182 | OSLO | Batteriet, Storgt 36 | 0047 234 22 340 | ina.herrestad@skbo.no |
| POLEN | | | | | | | |
| PAPRZYCKA | Elzbieta | BARKA-KOFOED SCHOOL | 62-028 | POZNAN | ul. Pilsudskiego 11/m15 | + 48 61 8720286 | sbarki@barka.org.pl |
| BOR | Lech | BARKA-KOFOED SCHOOL | 61-003 | POZNAN | ul. Sw. Wincentego 6/9 | + 48 61 8772265 | sbarki@barka.org.pl |
| KONIECZNY | Henryk | ROSE Hilfe für Menschen und Umwelt | 64-423 | LUBOSZ | Chudopczyce 17 | + 48 61 2911741 | chudopczyce@barka.org.pl |
| SCIANA | Zbigniew | ROSE Hilfe für Menschen und Umwelt | 64-423 | LUBOSZ | Chudopczyce 17 | + 48 61 2911741 | chudopczyce@barka.org.pl |
| TERCHA | Antoni | Barka Stiftung für gegenseitige Hilfe | 47-100 | Strzelce Opolskie | ul. Krakowska 16 | + 48 77 4638377 | kramat@go2.pl |
| JEDRZEJAK | Agnieszka | MONAR-MARKOT ALLIANCE | 64-610 | ROGOZNO | Roznowice 33 | + 48 67 2610678 | monar-wlkp@xl.wp.pl |
| ZDRENKA | Piotr | Barka Stiftung für gegenseitige Hilfe | 64-008 | POZNAN | ul. Sw. Marcin 30/14 | + 48 61 8532148 | barka@barka.org.pl |
| PORTUGAL | | | | | | | |
| TEIXEIRA | Maria Rosa | Associação Promoção Social População Bairro Aleixo | 4100 | Porto (Portugal) | Rua Carvalho Barbosa, Ent. 106 | 222086061 | porto@reapn.org |
| ANTUNES | José Luis | EAPN Portugal (Porto) | 4050 | Porto (Portugal) | Praça Guilherme Gomes Fernandes, 45-4º | 222086061 | porto@reapn.org |
| RIBEIRO | Maria Fernanda | EAPN Portugal (Coimbra) | 3130-255 | Soure (Portugal) | Urbanização Encosta Sol, Lote 6, R/c Esq. | 239 834241 | eapn-coimbra@clix.pt |
| GONÇALVES | Bruno | Assoc. Cigana Coimbra | 3020-208 | Coimbra (Portugal) | Bairro Ingote, Lote 22, Cave Eqª | 914488978 | brunocig@hotmail.com |
| PAIVA | Júlio | EAPN Portugal | 4200-218 | Porto (Portugal) | Rua Costa Cabral, 2368 | 225420807 | julio.paiva@reapn.org |
| SLOWAKISCHE REP. | | | | | | | |
| KVAPILOVA | Erika | | | SLOVAKIA-Bratislava | Pifflova 3, 851 01 | 421 2 62249798 | erza@nexta.sk |

| SPANIEN | | | | | | | |
|------------------------|------------|--------------------------------------|-----------|----------------------------------|---|-----------------|--|
| VIRELLA | JUAN PEDRO | ANDALUCÍA ACOGE | 41008 | SEVILLA (Andalucía) | Parque las Naciones 31 | 954900773 | acoge@acoge.org |
| BANOU | RABIA | MALAGA ACOGE | 29009 | MALAGA (Andalucía) | C/Sevilla 8 | 952393200 | malaga@acoge.org |
| ALGOUCH | APDENOUR | MALAGA ACOGE | 29009 | MALAGA (Andalucía) | C/ Sevilla 8 | 952393200 | malaga@acoge.org |
| RODRIGUEZ | SANDRA | SERVICIOS SOCIALES Ayunt Miguelturra | 13171 | CIUDAD REAL (Castilla la Mancha) | Plaza España 1 | 926160666 | luisargueton@navegalia.com |
| RASTROLLO | PATRICIA | ASOCIACIÓN SOCIAL ANDRÓMINES | 80110 | BARCELONA (Cataluña) | Carretera Vella, 37 | 935641574 | andromines@andromines.org |
| JIMENEZ | MARIA JOSE | FUND SECRETARIADO GENERAL GITANO | 36205 | VIGO (Galicia) | C/Faisán 3 | 986260255 | acceder.vigo@fsgg.org |
| NAVARRO | JOSE MARÍA | CENTRO DE SOLIDARIDAD | 50014 | ZARAGOZA (Aragón) | C/Lucero del Alba 2 | 976331775 | barberoak@hotmail.com |
| ARMENDARIZ | MAITE | EAPN.NAVARRA | 31014 | PAMPLONA (Navarra) | C/Artica 32 | 948134823 | oficina@redpobreza.org |
| SCHWEDEN | | | | | | | |
| SODERSTROM | Helena | RSMH | SE 75242 | UPPSALA | Gnejsvägen 2 B | | |
| ALPHONCE | Elisabet | RSMH | SE 75263 | UPPSALA | Hagavagen 278 | | |
| PERSON | Maj | RFHL | SE 753 20 | UPPSALA | Bangardsgatan 13 | | |
| JONSON | Gith | KRIS | SE 116 23 | STOCKHOLM | Bondegatan 9 A | | |
| SAMUELSON | Rolf | EAPN | SE75428 | UPPSALA | Ferlingsgatan 73 | | rolf.samuelson@comhem.se |
| VEREINIGTES KÖNIGREICH | | | | | | | |
| MOYO | Temba | | CF103NB | CARDIFF | c/o Cardiff University-JOMEC-Bute Building, King Edward XII Ave | | bucolliv@cf.ac.uk |
| LOW | Vicki | Moray Against Poverty | | ELGIN | 34 Glenlossie Drive, New Elgin | 44+1343 55 0215 | cross2@tiscali.co.uk |
| FOX | Mike | UKCAP | L6 6AZ | LIVERPOOL | 11a Pear Grove | | |
| BUCOLLI | Vanessa | OXFAM | CF 10 3NB | CARDIFF | c/o Cardiff University-JOMEC-Bute Building, King Edward XII Ave | | bucolliv@cf.ac.uk |
| PODRIMAJ | Lumturi | NIAPN | BT152GB | BELFAST | c/o NICVA 61 Duncairn Gardens | 44+2890 875 010 | niapn@nicva.org |
| VELLEM | Ronald | NIAPN | BT152GB | BELFAST | c/o NICVA 61 Duncairn Gardens | 44+2890 875 010 | nMOYO |
| MOYO | Selina | Refugee Women's Action Group | CF103NB | CARDIFF | c/o Cardiff University-JOMEC-Bute Building, King Edward XII Ave | | bucolliv@cf.ac.uk |

| TEAMS | | | | | | | |
|-------------------------------|----------|--|--------|-----------|-----------------------|-------------------|--|
| HERMANS | Marja | Welzijnszorg | B-1000 | Brüssel | Huidevetterstraat 165 | 32 2 -502.55.75 | marjahermans@welzijnszorg.be |
| GORIS | Josée | Cellule Pauvreté | B-1000 | Brüssel | Anspachlaan 1 | | josee.goris@minsoc.fed.be |
| DIERCKX | Danielle | University of Antwerp- UA | B-2000 | Antwerpen | Prinsstraat 13 | 00 32 3-220 47 67 | danielle.dierckx@ua.ac.be |
| BOEHLKE | Klaus | | 12487 | Berlin | Mühlbergstr. 20 | 0049-30-63902626 | netz-sozialberatung@gmx.net |
| VEREecken | Léopold | Forum Bruxellois de Lutte contre la Pauvreté | B-1180 | Brüssel | Rue AL.Renard 86/7 | 00 32 2 343 66 91 | leopold.vereecken@siynet.be |
| FONSECA | Clara | EAPN Brussels | B-1000 | Brüssel | Rue du Congrès 37-41 | 32 2 230 44 55 | clara.fonseca@eapn.skynet.be |
| HANAN | Robin | EAPN Irland | | | | | eapn@iol.ie |
| KELLY | Peter | Poverty Alliance Scotland EAPN | | GLASGOW | 162 Buchanan Street | 44+141 353 0440 | peter.kelly@povertyalliance.org |
| GOSZTONYI | Geza | Regionales Zentrum für soziale Ressourcen Budapest, Ungarn | H-1052 | Budapest | Varoshaz u. 9-11. | 36(1) 327 1419 | gosztonyi@budapest.hu |
| LONEGREN | Philip | EAPN Schweden | | | | | philip.lonegren@chello.se |
| CALVANELLI | Laura | Caritas Roma | | | | | lcalvanelli@yahoo.it |
| WILGA | Justyna | Barka Stiftung | | | | | wilgai@go2.pl |
| Umfrage & Bericht | | | | | | | |
| GORMAN | Margo | | | | | | margogorman@eircom.net |
| Vorsitzender | | | | | | | |
| O CINNEIDE | Seamus | | | | | | seamus.ocinneide@may.ie |
| BEHÖRDEN | | | | | | | |
| BELGIEN | | | | | | | |
| FRANSEN | Kathleen | Stafmedewerker Vlaams Netwerk vzw | B-1030 | Brüssel | Vooruitgangstraat 323 | 32 2 204 06 50 | vlfa@skynet.be |
| VAN GEERTSOM | Julien | Bundesamt für soziale Integration | | | | | |
| ARENA | Maria | Ministerin für soziale Integration, Großstadtpolitik, Solidarität und Jugend | | | | | |
| RABAU | Muriel | Ständige Vertretung Belgiens bei der EU | | | | | |
| Europäische Kommission | | | | | | | |
| SILVA | Armindo | GD Beschäftigung und Soziales, EU-Kommission | | | | | |
| QUINTIN | Odile | Generaldirektorin, GD Beschäftigung und Soziales, EU-Kommission | | | | | |
| IRLAND | | | | | | | |
| COUGHLAN | Mary | Ministerin für Familie und Soziales, Irland | | | | | |

| | | | | | | | |
|----------------------------|-------------|---|--------|-------------|-------------------------|----------------|--|
| LUXEMBURG | | | | | | | |
| JACOBS | Marie-Josée | Ministerin für Familie, soziale Solidarität und Jugend, Luxemburg | | | | | |
| ÖSTERREICH | | | | | | | |
| HELMUT | Lang | Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz | | A-1010 WIEN | Stuebning 1 | 71100-6300 | helmut.lang@bmsg.gv.at |
| UNGARN | | | | | | | |
| KANNAI | Magdolna | Abt. soziale Koordination – Ministerum für Gesundheit, Soziales und Familie, Ungarn | | | | 36 1 475 5837 | kannai.magdolna@eszcsn.hu |
| NIEDERLANDE | | | | | | | |
| DE GEUS | Femke | Ministerium für Soziales und Beschäftigung, Abt. Arbeit und Sozialhilfe | | | | 31-70-333 6357 | fdegeus@minszw.nl |
| NORWEGEN | | | | | | | |
| BJERKNES | Solveig | Norweg. Direktion für Gesundheit und Soziales | | | | | solveig.bjerknes@shdir.no |
| TSCHECHISCHE REP. | | | | | | | |
| VALECKA | Hana | | | | | | Hana.Velecka@mpsv.cz |
| ETUC-CES | | | | | | | |
| FONTENEAU | Gérard | ETUC - Berater | | | | 32 2 224 04 61 | mleonard@etuc.org |
| LEONARD | Myriam | CES | | | | | |
| EUROCHILD | | | | | | | |
| WILLIAMS | Anne | | | | | | anne.williams@efcw.org |
| ATD 4th WORLD | | | | | | | |
| MACIOTI | Gunda | 4th World – Delegierte zur EU | B-1040 | Brüssel | Avenue Victor Jacobs 12 | 32 2 647 99 00 | atd.europe@tiscali.be |
| Euro Health Network | | | | | | | |
| STEGEMAN | Ingrid | EuroHealthNet | B-1000 | Brüssel | 6 Rue Philippe le Bon | 32 2 235 0320 | i.stegeman@eurohealthnet.org |
| Combat Poverty | | | | | | | |
| JOYCE | Fidelma | Combat Poverty Ireland | | | | | |

| ORGANISATIONS-KOMITEE | | | | | | | |
|-----------------------|-------------|---|-------------|-----------|-----------------------|-----------------|--|
| MANGAN | Gerry | Dept. Social & Family Affairs (Ministerium für Soziales und Familie) - Irland, Abt.leiter | | | | 353 704 35 04 | |
| DAHERTY | Darragh | Ständige Vertretung Irlands | | | | 02-282 34 62 | |
| O SEAGHDHA | Eoin | Dept. Social & Family Affairs – Irland | | | | 353 1 704 30 31 | |
| O'MALLEY | Lorcan | Dept. Social & Family Affairs – Irland | | | | | |
| QUINN | Orlaigh | Dept. Social & Family Affairs – Irland | | | | | |
| BARRON | Cathy | Dept. Social & Family Affairs – Irland | | | | | |
| FAUGHNAN | Helen | Dept. Social & Family Affairs – Irland | | | | | |
| MURPHY | Ann | Dept. Social & Family Affairs – Irland | | | | | |
| WALSH | Niamh | Dept. Social & Family Affairs - Irland | | | | | |
| FRAZER | Hugh | EU-Kommission, GD BEschäftigung | | | | 02 295 96 01 | |
| VANDENBUSSCHE | Johan | Kabinett von Min. Maria ARENA | B-1000 | Brüssel | Rue Royale 180 | 02-790 56 61 | |
| JONES | Samara | FEANTSA | | | | 02 534 41 66 | |
| KENNINGHAM | Sarah | ATD Quart Monde | B-1040 | Brüssel | Av.Victor Jacobs 12 | 02-6479900 | |
| HOREMANS | Ludo | EAPN Vizepräsident | B-1000 | Brüssel | Rue du Congrès-37-41 | | ludo.horemans@antwerpen.be |
| FARRELL | Fintan | EAPN Direktor | B-1000 | Brüssel | Rue du Congrès-37-41 | 32 2 230 44 55 | fintan.farrell@eapn.skynet.be |
| GERONDAL | Micheline | EAPN Projektbeauftragter | B-1000 | Brüssel | Rue du Congrès-37-41 | 32 2 230 44 55 | micheline.gerondal@skynet.be |
| WEINANDY | Brigitte | Ministerium für Familie, soziale Solidarität und Jugend, Luxemburg | L-2420 | Luxemburg | 12-14 Ave. E. Reuter | 352 478 3653 | Brigitte.Weinandy@fm.etat.lu |
| SPC | | | | | | | |
| WILLAME | Elise | Leiterin der belgischen Vertretung | | | | | |
| GÄSTE | | | | | | | |
| Dänmark | | | | | | | |
| JENSEN | Steen Viggo | Rat für Sozial Ausgegrenzte | | DK- | | | steegen_viggo@msn.com |
| EAPN Portugal | | | | | | | |
| AIRES | Sergio | EAPN Portugal | | | | | sergio.aires@netc.pt |
| EAPN Europa | | | | | | | |
| CHAMPEIX | Claire | EAPN EUROPA | B-1000 | Brüssel | Rue du Congrès, 37-41 | 32 2 230 44 55 | claire.champeix@eapn.skynet.be |
| TV | | | | | | | |
| VAN NIEKERK | André | Crossing the Line production | NL- 2515 BE | DEN HAAG | Huygensstraat 21 E | 31 70 383 63 62 | www.crossingthelineprod.nl |
| KUIPERS | E. | Crossing the Line production | | | | | |
| VAN DE BERG | R. | Crossing the Line production | | | | | |
| VAN DE ZEE | R. | Crossing the Line production | | | | | |

| Sekretariat/Freiwillige | | | | | | | |
|-------------------------|-----------|---------------|--------|---------|-----------------------|----------------|--|
| LEMMENS | Philippe | EAPN Europa | B-1000 | Brüssel | Rue du Congrès, 37-41 | 32 2 230 44 55 | claire.champeix@eapn.skynet.be |
| NOLMANS | Cynthia | EAPN Europa | B-1000 | Brüssel | Rue du Congrès, 37-41 | 32 2 230 44 55 | claire.champeix@eapn.skynet.be |
| MAES | Kris | | | | | | |
| PEETERS | Ingrid | | | | | | |
| VAN HUMBEECK | Patrik | | | | | | |
| VERECKEN | Nicolas | | | | | | |
| MINEV | Alexandar | | | | | | |
| PEKANOV | Atanas | | | | | | |
| HOREMANS | Mathias | | | | | | |
| CZMYR | Agnieska | ATD 4th world | | | | | |
| CHESNEAU | Emilie | | | | | | |
| MIGNOT | Mélanie | | | | | | |

| DOLMETSCHER/INNEN | | | | | | | |
|-------------------|----------------|--|--|--|--|--|--|
| ALSTROM | Annika | | | | | | |
| BATTISTELLI | Alberto | | | | | | |
| BAUDET | Karine | | | | | | |
| BELAQUI | Ouassila | | | | | | |
| BRUCATO | Eric | | | | | | |
| CAUCIG | Isabella | | | | | | |
| CHAVET | Christine | | | | | | |
| CHMIELEWSKA | Ewa | | | | | | |
| CLAEYS | Isabelle | | | | | | |
| CORREIA | Rui | | | | | | |
| DELADRIER | Patrice | | | | | | |
| DE SA MOREIRA | Carlos | | | | | | |
| EECKHAUT | Frieda | | | | | | |
| ENAMI | Ceighegh | | | | | | |
| ERVYN | Olivier | | | | | | |
| FIERENS | Anja | | | | | | |
| FEDERICO | Serge | | | | | | |
| GALLER | Isabelle | | | | | | |
| GONZALVES | Manoel | | | | | | |
| GRIGOROVA | Ada | | | | | | |
| IMHAUSER | Françoise | | | | | | |
| JURION | Karin | | | | | | |
| KAPPI | Mirka | | | | | | |
| LEDENT | Isabelle | | | | | | |
| LENDERMAN | Anne | | | | | | |
| MILEVA | Tsena | | | | | | |
| POTZ | Angelika | | | | | | |
| PUHONEN | Eeva | | | | | | |
| RAU | Karina | | | | | | |
| REVA | Marianne-Berta | | | | | | |
| ROSSI | Maria | | | | | | |
| STAUSHOLM | Lisbeth | | | | | | |
| TALVITIE | Jussi | | | | | | |
| TOTSIS | Stravro | | | | | | |
| VAN HYFTE | Annick | | | | | | |
| VAN STALLE | Christine | | | | | | |
| WRAAE | Lone | | | | | | |